DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

# CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

329 29. JAHRGANG Februar 2012 4,50 €

AUS DEM INHALT:

## SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

# Kultur der Kooperation

**Wie immer in Krisenzeiten nimmt das Interesse an alternativen Wirtschaftsformen zu. Welche Erfahrungen wurden in der Vergangenheit gemacht, und welche Projekte gibt es heute? Was sind ihre gesellschaftlichen Funktionen, und wie können sie kooperieren, um gemeinsam stärker zu werden?**

Women wigwaming flax, 1944, Growers Cooperative near Monroe, Oregon — Foto: Archiv

**Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin** ● Seit Jahrzehnten taucht immer wieder die Idee auf, dass es gut wäre, wenn sich die verschiedenen Betriebe, Projekte und Initiativen anderen Wirtschaftens vernetzen würden. So entstand auch CONTRASTE 1984 aus der Projektemesse »Ökologisch leben, friedlich arbeiten in einer selbstbestimmten Gesellschaft« in Oberursel. Eine breitere Vernetzung ist bisher nicht gelungen. Im März 2012 geht es nun nach Kassel zum »Forum Solidarische Ökonomie«.

Schon immer geht es in politischen Diskussionen um wirtschaftliche Selbsthilfe auch um die Frage, ob sie mehr sein kann, als ein Nischenphänomen zur Hilfe in der Not: Hat sie das Potential, das System der dominanten, profitorientierten Wirtschaftsweise zu sprengen? Oder lenkt sie eher ab von politischen Fragen, verhindert vielleicht das Aufbrechen gesellschaftlicher Konflikte, und hat insofern eine systemstabilisierende Funktion? Und passen nicht Selbsthilfe und Eigenverantwortung hervorragend zum Abbau des Sozialstaats, dessen gravierendste Auswirkungen hierzulande dank Schuldenbremse vermutlich noch bevorstehen?

Auch in der Frage staatlicher Unterstützung gibt es unterschiedliche Auffassungen. Während jedoch in den 1980er Jahren die Staatsknetedebatte recht grundsätzlich geführt wurde, scheint sie heute eher pragmatisch verhandelt zu werden. Nach wie vor sind die Rahmenbedingungen für genossenschaftliche Unternehmungen in unterschiedlichsten Rechtsformen – zumindest in Deutschland – eher schwierig. Ob sich das im internationalen »Jahr der Genossenschaften 2012« ändern wird? Was kann von der EU erwartet werden?

Brasilien hat schon 2003 ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie eingerichtet. Unterstützt durch Caritas, Gewerkschaften und Universitäten entstehen Genossenschaften, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut zu besiegen. Gleichzeitig nimmt das Landgrabbing und die Zerstörung des Regenwaldes im Amazonas-Gebiet zu – häufig gegen den erbitterten Widerstand der Einheimischen und unter Anwendung tödlicher Gewalt. Die taz berichtete Anfang Januar unter Berufung auf das brasilianische Arbeitsministerium: »In Brasilien gibt es so viele Arbeitssklaven wie noch nie. Farmen oder Baufirmen verweigern tausenden Arbeitern Mindestlohn und Hygiene«.

Wenn Selbsthilfeinitiativen über den Nutzen für ihre Mitglieder hinausgehende gesellschaftliche Wirkungen erzielen wollen, dann werden sie nicht umhin kommen, miteinander zu kooperieren. Ebenso wie innerhalb von Gruppen ist auch die Kooperation zwischen Projekten wesentlich abhängig von der Art und Weise, wie die Menschen darin miteinander agieren – eben von der Kultur der Kooperation.

Wenn es gelänge, dass größere Teile der unterschiedlichen Unternehmungen und Projekte anderen Wirtschaftens ein gemeinsames Selbstverständnis entwickelten, und wenn sie sich darüber hinaus als Teil sozialer Bewegungen für eine global gerechte Gesellschaft begriffen, und in diesem Sinne gemeinsam agierten, dann könnten vielleicht solidarwirtschaftliche Vorhaben in größerem Maße als bisher entstehen. Um ihr transformatorisches Potential zu entfalten, bräuchten sie einen offenen und aktiven Umgang mit ihrem Doppelcharakter als tendenziell systemstabilisierende Nothilfe-Reparaturbetriebe und gleichzeitig Keimformen einer anderen Welt. Solidarische Ökonomie ist keine Heilslehre, keine Idee, die der Vermarktung bedarf, sondern eine vielfältige und widersprüchliche Realität, die glaubhaft in eine größere Öffentlichkeit getragen werden sollte. Eine Kultur der Kooperation braucht Raum für solidarische Kritik und die Bereitschaft und Fähigkeit, Ambivalenzen zu benennen und ihr Fortbestehen auszuhalten.●

### SCHWERPUNKTTHEMA


Die Soziale Solidarische Ökonomie in der Wirtschafts- und Finanzkrise (Teil 2) — Seite 7
Gibt es ein richtiges Leben im falschen? — Seite 8
Forum Solidarische Ökonomie – Kultur der Kooperation — Seite 8
Über das Scheitern von Vernetzungsversuchen — Seite 9
Genossenschaftsgründung als Bildungsprozess. Über die Rolle der Innovationswerkstätten (»Incubadoras«) für Solidarische Ökonomie in Brasilien — Seite 10
Forschungsarbeit zu Utopie und Praxis: Kritischer Blick auf Solidarische Ökonomie in Brasilien — Seite 10


Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

### MEDIEN

Vor zwanzig Jahren erschien die erste Ausgabe der TERZ, Düsseldorfs Stattzeitung für Politik und Kultur. Sie entstand in einer Zeit, in der es noch eine bunte und vielfältige alternative Stattzeitungslandschaft gab, die gerade damit anfing, sich zu kommerzialisieren. Viele dieser Stadtmagazine sind mittlerweile verschwunden oder zu inhaltsleeren Anzeigenblättern verkommen. Ganz anders die von einem ehrenamtlich arbeitenden Redaktionskollektiv herausgegebene TERZ. Seite 3

Der zum neunten Mal stattfindende, größte links-alternative Medienkongress #LiMA12 greift die Trends Digitalisierung und Multi-Kommunikation auf und beschäftigt sich mit den Schnittstellen zwischen Kultur, Medien und Gesellschaft. Seite 4

### SOZIALES ZENTRUM

Seit Mitte der 90er Jahre organisiert das Kollektiv »Collectif Contre-Culture« (CCC) im monatlichen Rhythmus Solikonzerte im »CICP« in Paris, einem von unterschiedlichen Initiativen genutzten, sozialen Zentrum. Seite 4

### WAGENPLÄTZE

Der Wagenplatz Zomia in Hamburg-Wilhelmsburg feierte im November sein einjähriges Jubiläum. Eine Räumungsverfügung machte den BewohnerInnen das Leben schwer. Nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel expandierte Zomia und testete damit ein Angebot der SPD-Altona aus. Leider musste der neue Platz schon am gleichen Tag wieder aufgegeben werden, um eine Eskalation zu vermeiden. Wie es jetzt weitergeht ist vollkommen offen. Ein Tag zu Besuch bei Zomia am alten Standort auf Seite 5.

### STUTTGART 21

In Stuttgart geht es schon lange um mehr als um einen Bahnhof. Die bunte Widerstandsbewegung kämpft entschlossen weiter. Kurz vor der Räumung des Bahnhof-Südflügels nahmen etwa 3.000 Menschen an der 106. Montagsdemo mit Kulturprogramm bis um Mitternacht teil. Wir dokumentieren die Rede von Andreas Mayer-Brennenstuhl, einem Mitglied der KünstlerInnengruppe »unser Pavillon« zur Bedeutung von Demokratie und Kultur.
Seite 6

### GENOSSENSCHAFTEN

Für Betriebe ist es oft schwierig, für saisonale und befristete Beschäftigung sowie für spezifischen Teilbedarf gute und zuverlässige Fachkräfte zu rekrutieren und zu binden. In Frankreich wurde deshalb zu Beginn der 1980er Jahre das Modell der »Groupements d'employeurs« – »Arbeitgeberzusammenschlüsse« (AGZ) entwickelt. Ein Überblick über ein Instrument zur regionalen Fachkräftesicherung auf Seite 12/13

www.contraste.org

D 8008

Anzeige

STUTTGART 21: EINGEBETTETE JOURNALISTiNNEN

# Pure Machtdemonstrationen

**In den frühen Morgenstunden des 14. Januar räumten etwa 1.900 Polizisten die Blockade am Südflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Die Polizeiaktion sollte deeskalierend wirken. Doch äußerst zweifelhaft war die Rolle der »eingebetteten« JournalistInnen.**

**Von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart** ● Hätten die so genannten Ordnungshüter mit möglichst wenig Aufwand die Baustelle am Südflügel absichern wollen, dann wäre das einige Nächte vorher einfach möglich gewesen. Doch die Absichten waren eindeutig: Die Deutsche Bahn wollte Fakten schaffen und die Baustelle vorantreiben. Und die Polizei wollte in den Medien als besonnen und deeskalierend wahrgenommen werden, im Gegensatz zum »schwarzen Donnerstag« vor gut einem Jahr.

So deutete alles auf den Freitag, den 13. Januar hin. Mehrere hundert BesetzerInnen waren vor Ort im »Café am Solarbahnhof«, die Musikkapelle »Lokomotive Stuttgart« sorgte für gute Stimmung. Doch das zahlenmäßig riesige Aufgebot von 1.900 PolizistInnen machte den BesetzerInnen schnell klar, dass sie wohl nur verzögern konnten.

Nach der Volksabstimmung vom vergangenen November gab die grüne Partei ihren Widerstand gegen das Milliarden-Projekt Stuttgart21 fast vollständig auf. Die Worthülse von »konstruktiv kritisch begleiten« mutierte alsbald in betretenes Schweigen und Inaktivität der Landesregierung. Die Wahlversprechen, für Kostentransparenz seitens der Deutschen Bahn zu sorgen – geschenkt, die rechtlich umstrittene Mischfinanzierung überprüfen zu lassen – Fehlanzeige, ja: keiner der ehemals lauten grünen Politiker fand sich bereit, dem »womöglich größten technisch-wissenschaftlichen Betrugsfall der deutschen Geschichte« nachzugehen, obwohl die Fakten zur Kritik am Stresstest der DB auf dem Tisch liegen (vgl. auch Seite 6).

Zurück zur Besetzung und deren angekündigten Räumung: Sowohl Landesregierung als auch die örtliche Presse nahmen es hin, dass die Polizei nur sechs Journalisten »erlauben« wollte, beim absehbaren »harten Kampf um den Südflügel« ganz vorn dabei zu sein. Nur »embedded«, also eingebettete und ausgesuchte JournalistInnen wollte der Afghanistan-erfahrene Polizeichef Züfle zulassen. Reine Willkür also. Die Gewerkschaft dju und auch die freien Reporter des Fernsehkanals Cams21 protestierten zwar umgehend, es half jedoch nichts: Die Stuttgarter Stadtverwaltung erließ ein Aufenthalts- und Betretungsverbot für den Mittleren Schlossgarten und die Polizei selbst installierte »rund ein Dutzend« Überwachungskameras am Hauptbahnhof.

Dennoch konnten Cams21-Reporter die Besetzung fast durchgehend dokumentieren. »Eingebettet« nahmen hingegen die RedakteurInnen der Stuttgarter Zeitung etwas zu wörtlich, denn sie betätigten sich als wahre HellseherInnen. Unter großem Gelächter erfuhren die BesetzerInnen aus der druckfrischen Zeitungsausgabe um kurz vor Mitternacht, dass die Räumung friedlich abgelaufen sei, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht begonnen hatte. Dank Bildern von Cams21 berichtete auch das NDR-Satire-Magazin »Zapp« über diese äußerst peinliche, aber für Kopfbahnhof-FreundInnen nicht unerwartete Panne der Stuttgarter Zeitung.

Noch ein aktueller Nachtrag: Am Sonntag, den 22. Januar folgte die nächste Machtdemonstration, obwohl die rechtliche Lage nicht endgültig geklärt ist: Die Polizei löste eine unbewilligte Demonstration am Wagenburgtunnel auf, die sich einer drohenden Baumfällung in den Weg stellte. Doch kurz nach Mitternacht bei Sturm und Regen heulten in Stuttgart unter Polizeischutz die Motorsägen! – live verfolgt auf cams21.de von teilweise mehr als 1.000 ZuschauerInnen.●

**Infos:**
www.parkschuetzer.de
www.cams21.de

AKTION 2012

# Halbzeit!

**Bis zum Sommer 2012 ist nun die Produktion der CONTRASTE abgesichert. Die Hälfte der erforderlichen Spenden sind eingegangen. Ganz toll wäre es, die 2. Halbzeit mit einem Endspurt schnell zu Ende zu bringen, damit das ehrenamtliche Team sich sorgenfrei auf seine eigentliche Arbeit konzentrieren kann.**

**Redaktion Heidelberg** ● Im Monat Januar gab es fünf neue Abos, leider aber auch wieder fünf Kündigungen, darunter ein Abo, das wegen Nichtzahlung trotz vieler Mahnungen und freundlicher Briefe eingestellt werden musste. Unter den Kündigungen war auch die Kündigung einer Fördermitgliedschaft über 70 EUR.

Wir benötigen also immer noch 130+ Abos, um auch ohne Spenden überleben zu können (im Februar 2010 waren es noch 140+ Abos).

### Abokampagne

Als neue Aboprämie gibt es nun unsere ArchivCD.4, die 8 Jahrgänge CONTRASTE, unser alternatives Adressenverzeichnis BUNTE SEITEN und den Reader der AlternativMedien 2012 enthält.
(siehe www.contraste.org/archiv-cd.htm).

Auf unserem Spendenkonto gingen weitere 365 EUR ein, darunter eine zweckgebundene Spende für ein Knastabo. Herzlichen Dank!

- Richard Bergmann, Graz, Austria (19 EUR)
- Bruno Fuß, Bergheim (20 EUR)
- Martin Killat, Zwickau (55 EUR)
- Jürgen Lützel, Neustadt/Weinstr. (18 EUR)
- Norbert Scheer, Göttingen (25 EUR)
- Nico Schindler, Mannheim (8 EUR)
- Erasmus Schöfer, Köln (20 EUR)
- Leo Terhagen, Brüssel (50 EUR, Knastabo)
- Anna Vobruba, Wien, Austria (30 EUR)
- Elisabeth Voß, Berlin (100 EUR)
- Holger Edzard Voss, ??? (15 EUR)
- Rolf Werner, München (5 EUR)

### Adressänderungen

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen!

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 EUR.
Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

### SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2012

**Das Zeitungsprojekt benötigt für 2012: 3.075 EUR**

**Das Ziel der Abokampagne: 130+ Neuabos**

### SCHNUPPERABO

**CONTRASTE zum Kennenlernen?**

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

### ANARES-GENOSSENSCHAFT

Ein neues Projekt im Bereich der linken Buch-Kultur braucht Deine Unterstützung: Der Anares-Buchvertrieb soll in eine Genossenschaft überführt werden.

Gründungstreffen ist am 18.2.2012 ab 10 Uhr auf Burg Lutter (Harz).

Weitere Infos bekommt Ihr unter:
info@anares-buecher.de

## JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

# Die große Plünderung

**Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin** ● Nun windet sich der Wulff, und bei jeder Windung kommen neue Unappetitlichkeiten ans Licht. Keine Sorge, ich werde den kostbaren Platz in CONTRASTE nicht damit füllen, das alles breit zu treten. Wulff ist der Prototyp des Homo Oeconomicus – ein Mensch, der nur ein einziges Ziel verfolgt: seinen persönlichen Vorteil. An ihm wird sehr schön sichtbar, wie die Solidarität der Mächtigen funktioniert: Sie halten zusammen, fördern sich gegenseitig in ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen, weil sie genau wissen, dass sie gemeinsam mehr erreichen können als allein. Ein Geben und Nehmen.

Klingt das nicht genossenschaftlich? Solidarität in der Wirtschaft ist nicht immer schön – es kommt entscheidend darauf an, wer mit wem und gegebenenfalls auch gegen wen solidarisch ist. Krisen sind ein idealer Nährboden für die Bereicherung der einen auf Kosten der anderen – Klassenkampf von oben mit einer gigantischen Umverteilung, ja Ausplünderung von Bevölkerung und Gesellschaft.

Ein kurzer Blick zurück: Offenlegung und Zwang zur Verwertung auch kleinster Vermögen durch Arme, bevor sie Hartz IV erhalten – benannt nach dem wegen Veruntreuung verurteilten ehemaligen VW-Manager Peter Hartz. Ausstieg aus der paritätischen sozialen Sicherung mit der Riesterrente – benannt nach dem damaligen Arbeitsminister Walter Riester. Der setzte dieses Subventionsprogramm für die Finanzbranche politisch durch und warb mit Auftritten für den Strukturvertrieb AWD (Allgemeiner Wirtschaftsdienst) von Carsten Maschmeyer – ebenso wie der damalige Kanzler Schröder – nicht nur für die private Altersvorsorge, sondern verlieh auch faulen Anlageprodukten des AWD, mit denen Zehntausende um ihre kleinen Ersparnisse gebracht wurden, einen Anschein von Seriosität.

Maschmeyer hat heute eine gemeinsame Beratungsfirma mit dem Wissenschaftler Bert Rürup, dem Erfinder der Rüruprente. Die Schauspielerin Veronica Ferres an seiner Seite garniert den Charme des Geldes mit dem Glamour des Showbusiness. Wen interessiert da noch, dass Maschmeyer sein vielhundertfaches Millionenvermögen mit der legalen Beraubung der BürgerInnen gemacht hat? Stattdessen verlieh die öffentliche Uni Hildesheim dem »Drückerkönig« (ZDF frontal21) die Ehrendoktorwürde – nach einer großzügigen Spende. Die Laudatio hielt Wulff, der als Freund von Maschmeyer in dessen Villa Urlaub machen durfte.

So schließen sich Kreise. Die Reichen, Mächtigen, Gelehrten und Prominenten bleiben unter sich und rotten sich zusammen zur Ausplünderung all derer, bei denen immer noch etwas zu holen ist. Zum Beispiel bei der öffentlichen Hand. Da sitzen von Konzernen finanzierte LobbyistInnen in Ministerien und Behörden und verfassen Gesetze und Verordnungen, von denen ihre Brötchengeber profitieren. Einschlägig berüchtigte BeraterInnen und AnwältInnen verkaufen PPP-Geschäftsmodelle (Public Private Partnership) für die Daseinsvorsorge, mit denen die öffentliche Hand systematisch ausgeraubt wird, und die mit Geheimverträgen jeder demokratischen Kontrolle entzogen sind. Die Begleitmusik dazu liefert die Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Litanei von Wettbewerb, Effizienz öffentlicher Leistungen und Verwaltungsmodernisierung.

Für ein Leben in Würde reicht Hartz IV nicht aus und die Teilhabe an der Nutzung von Wasser, Energie, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Mobilität etc. ist ein Menschenrecht und keine Ware. Da helfen keine moralischen Appelle, sondern es müssen Strukturen her, die Bereicherung und Machtmissbrauch wirksam verhindern und eine andere Ökonomie ermöglichen. Nur wo sind die politischen Kräfte, die das durchsetzen wollen und können?●

NEUAUSRICHTUNG DER AGRARPOLITIK

# »Wir haben es satt«

**23.000 Menschen haben Ende Januar in Berlin gegen Lebensmittelskandale, Gentechnik im Essen und Tierquälerei in Megaställen und für eine bäuerliche ökologische Zukunftslandwirtschaft demonstriert. VerbraucherInnen, Umwelt- und TierschützerInnen, ImkerInnen, Bäuerinnen und Bauern sowie entwicklungspolitische Gruppen zogen unter dem Motto »Wir haben es satt! – Bauernhöfe statt Agrarindustrie« zum Kanzleramt.**

Die Veranstalter werfen der Bundesregierung vor, bei der Reform der EU-Agrarpolitik bislang Steigbügelhalter für die Agrarindustrie zu sein, statt die Forderungen der Zivilgesellschaft durchzusetzen. Die Agrarzahlungen müssten an ökologische, soziale und Tierschutzkriterien gekoppelt und für Großbetriebe gedeckelt werden. Sämtliche Subventionen für den Agrarexport seien zu stoppen. Zu der Demonstration hatte ein Bündnis aus über 90 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Tier-, Verbraucherschutz und Entwicklungszusammenarbeit aufgerufen.

Die Nigerianerin, Mariann Bassey, Sprecherin von »Friends of the Earth«, dem internationalen Umweltnetzwerk des BUND, mahnte: »Die Politik hat schrankenlose Spekulationen auf Lebensmittel erst möglich gemacht. Gleichzeitig ist sie für den Landraub für Futtermittel und Agrosprit in den Ländern des Südens verantwortlich. Das alles treibt die Lebensmittelpreise hoch und schließt Hungernde vom Zugang zu fruchtbarem Land und zu Lebensmitteln aus. Für das Menschenrecht auf Nahrung müssen Spekulation und der Agrospritboom ausgebremst werden. Die Europäische Agrarpolitik braucht eine Kehrtwende weg von Überproduktion und Fleischexporten.«

Die Köchin, Gastronomin und Buchautorin Sarah Wiener sagte: »Jüngst wurden antibiotikaresistente Keime in Hühnerfleisch gefunden – dies ist vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Wir haben diese ständigen Lebensmittelskandale satt. Es ist höchste Zeit, dass endlich grundlegende Konsequenzen daraus gezogen werden. Wir müssen weg von der Agrarindustrie, hin zu einer bäuerlichen und nachhaltigen Landwirtschaft.«

Der Jung-Bauer Moritz Schäfer von der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) betonte: »Unser breiter Protest gegen die Agrogentechnik wirkt: BASF musste ihre Gentech-Kartoffel in Europa aufgeben, da die gesellschaftliche und bäuerliche Akzeptanz fehlt. Es ist auch eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung, denn die Amflora von der BASF war die erste Kartoffel, die es in einen Koalitionsvertrag schaffte. Auch in der EU-Agrarpolitik forciert Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner bislang die Agrarindustrie. Und das, obwohl die agrarindustriellen Strukturen Klimawandel, Hungerkrisen und das Höfesterben verschärfen. Die EU-Direktzahlungen müssen an Arbeitskräfte und Umweltleistungen gebunden und nach oben gekappt werden und dürfen nicht die Agrarindustrie mästen! Dann finden sie auch gesellschaftliche Akzeptanz.«

Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder, stellte fest: »Es geht um die Systemfrage: Lassen wir es weiter zu, Tiere in Haltungssysteme zu zwingen, die ihnen Schmerzen und Leid zufügen? Denn das ist heute der Alltag für Millionen von Tieren. In den Intensivhaltungen leiden sie direkt. Unter den Folgen leiden aber auch Umwelt, Bäuerinnen und Bauern sowie VerbraucherInnen. Daher braucht es den Schulterschluss gesellschaftlicher Gruppen. Wir kämpfen für mehr Tierwohl im Stall, gegen Gentechnik-Futtermittelimporte aus Übersee und für mehr Unterstützung der bäuerlichen, artgerechten Landwirtschaft.«●

Pressemitteilung des Bündnisses »Wir haben es satt! Bauernhöfe statt Agrarindustrie«, 21.1.2012

### Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

Anzeige

**AUTONOME STATTZEITUNG FÜR POLITIK & KULTUR IN DÜSSELDORF UND UMGEBUNG WURDE 20 JAHRE**

# TERZ 2.0
# oder
# ... auf die nächsten 20 Jahre

**Zum Jahreswechsel 1991/92 erscheint die erste Ausgabe der TERZ. Das Redaktionskollektiv »aus dem Dschungel dieser Dienstleistungsmetropole Düsseldorf« nimmt sich vor, »gehörig an den Marmorfassaden dieser Stadt zu kratzen.« – »Konsequent gegen Rassismus, Sexismus, Militarismus« soll es gehen; »Kultur von unten« und »der Alltag in dieser Stadt« sind auch mit dabei. Die große Absicht ist, die Kluft zwischen den verschiedenen politischen und kulturellen Initiativen zu überwinden und ihnen mit der Stattzeitung ein gemeinsames Forum zur Verfügung zu stellen.**

## Wie alles anfing

Anfang 1991, als die Idee für die »Stadtzeitung« aufkam, gab es zwar ziemlich viele politische Aktivitäten, die aber vielfach nebeneinander herliefen. Der 2. Golfkrieg trieb viele Menschen auf die Straße, und Hausbesetzungen erfreuten sich einiger Beliebtheit. Im Stadtteil Oberbilk wollten viele die Umstrukturierung des Viertels, der auch das Lesben- und Schwulenzentrum »Café Rosa« * zum Opfer fallen sollte, nicht widerspruchslos hinnehmen. Und auch ansonsten war politisch, sozial und kulturell eigentlich viel los.

Die radikale Linke fand sich jedoch ziemlich zersplittert. Nachdem das Projekt »Schürhaken«, das sich zum Ziel gesetzt hatte, ein autonomes Zentrum in Düsseldorf aufzubauen, scheiterte und sich auflöste, zogen einige aus diesem Projekt und weitere Interessierte dann eine Initiative zur Gründung einer »Stadtzeitung« (in der Findungsphase 1991 schrieben wir das Projekt noch nicht mit »tt«) auf. Der Aspekt, mit einem solchen Projekt wieder zur »Strukturierung« der politischen Linken beizutragen, war zentral. Wenn es schon nicht möglich ist, einen gemeinsamen physischen Raum zu schaffen, dann könnte doch vielleicht ein virtueller für das »Come together« sorgen, so die Überlegung. Darum entschied das kurz ZK genannte Zeitungskollektiv auch früh, kein linkes Bewegungsblatt machen zu wollen, das sich mehr oder weniger als Veröffentlichungsorgan für Flugblätter versteht, sondern eine offenere Form zu wählen.

Eine Stattzeitung wurde schließlich draus. Also nicht etwa ein schnödes Stadtmagazin. Nicht Anzeigenumfeld, sondern Gegenöffentlichkeit hieß das Gebot der Stunde. Darum hätten wir auch längst nicht alle Anzeigen genommen. Nach längerer Diskussion schloss das ZK Zigarettenreklamen definitiv aus. Zu unserer Überraschung bestand dann allerdings auch gar keine Nachfrage von Seiten der Tabakkonzerne. Ein Service-Teil musste allerdings schon dabei sein. Und das alles für anfangs 2,50 DM (Später 3 DM).

Wie die TERZ ihre Zeitschrift damals zusammenbastelte, das mutet heutzutage einigermaßen urtümlich an. Einen Computer hatten wir zwar schon und mit Pagemaker auch ein Layoutprogramm, aber das war nur die halbe Miete. Fotos vermochte unsere Technik damals nämlich noch nicht zu bearbeiten. Sie mussten für den Druck erst von Hand gerastert werden. Zunächst besorgte das die Druckerei, später schaffte die Redaktion sich eine eigene Repromaschine an. Und da sie für das Ungetüm sonst keinen Platz fand, wurde im Klo die Repro-Dunkelkammer eingerichtet, was natürlich nicht selten mit anderen Bedürfnissen kollidierte.

Gar nicht urtümlich erscheint allerdings, was unter diesen Bedingungen entstand. Beim Durchblättern der ersten Ausgabe ereilen einen so manche Déjà-Vu-Erlebnisse. Die Nullnummer widmete sich unter anderem der drohenden Abschiebung von Roma, dem Mordversuch eines Neonazis an einem Redskin und der Stadtentwicklungspolitik im Stadtteil Unterbilk, wo unter dem Protest der AnwohnerInnen gerade der

erste Grundstein für den Medienhafen gelegt wurde.

Alle diese Themenfelder (und viele andere) sollten die TERZ bis zum heutigen Tag weiterbeschäftigen. Die Berichterstattung über die Neonazi-Szene wurde zu einem Schwerpunkt der Zeitschrift. Er führte zu mehreren Sonderausgaben, zu einer Mitgliedschaft im Antifa-KOK und mit »Lokalpolitik und die extreme Rechte in Düsseldorf« sogar zu einem Buch. Wir konnten allerdings auch anders. So verantwortete die Redaktion Dossiers zu »Heiraten« und »Sport«, führte die linksradikalen VerbraucherInnen mit einem Billigchips-Test durch den Dschungel der Angebote und bot sogar »Lyrik«, Karikaturen und einen monatlichen Comic auf. Mit zunehmendem Alter ist uns dieses Spielerische leider etwas abhanden gekommen, aber vielleicht kommt die Muße oder Wo_Man-Power dafür ja in unseren besseren Jahren wieder.

## 1995: Bilanz nach knapp 4 Jahren

Im Sommer 1995 folgte das erste Innehalten. Die Redaktion blickte zurück und fragte sich, wie es um die am Anfang formulierten Ziele stand. Die Bilanz fiel ein wenig ernüchternd aus: »Klar, die lokale Nazi-Szene haben wir teils zur Verzweiflung gebracht, ein paar Düsseldorfer Verwaltungsstrategen auf die Füße getreten (...) und viele unkonventionelle Themen unter die Leute gebracht. Aber unter 'Gegenöffentlichkeit' hatten wir uns eigentlich einen kommunikativeren Akt vorgestellt.« Und es folgte eine Klage über lokale Gruppen, die sich manchmal erst nach dem fünften Anruf dazu bequemen, die TERZ als Forum zu nutzen. Aber auch intern fand häufig nicht genug Kommunikation statt. Der monatliche Produktionsstress ließ kaum Zeit zu tieferen inhaltlichen Diskussionen und zu einer intensiveren Aufbereitung von Sachverhalten. Die Ausgabe Herbst 1995, die sich dieser Selbstreflexion widmete, sollte nun zugleich schon die Antwort auf die bisherigen Probleme darstellen, denn es war eine Doppelnummer. Eine zweimonatige Erscheinungsweise sollte es uns fortan erlauben, unseren erklärten Absichten näher zu kommen. Da hatte das Redaktionskollektiv allerdings das menschliche Trägheitsmoment unterschätzt. Ein Artikel, für den sechs Wochen Zeit war, verfassten unsere »Schreiberlinge« dann doch wie eh und je kurz vor Redaktionsschluss, und der Substanz-Gewinn konnte nicht immer im erhofften Maße erreicht werden. Also folgte ein Jahr später die nächste Sinn-Krise und eine Rückkehr zum alten Publikationsturnus, allerdings in abgespeckter Version ohne ausführlichen Programmteil, um uns eine Menge Arbeit zu ersparen. Und als schlichtes, kostengünstig zu produzierendes Umsonstblatt. Gerade diese Entscheidung fiel uns damals nicht leicht, wollten wir doch nicht einfach so rumliegen zwischen den »Yuppieblättchen« voller Werbung. Aber offensichtlich waren es richtige Entscheidungen, denn in dieser Form konnte sich die TERZ bis heute halten.

Trotz des Redaktionsstresses fanden wir noch die Muße, in Kooperationen andere Projekte zu verfolgen. So blieb es nicht bei dem Buch über Rechtsextremismus in Düsseldorf. So gab das Kollektiv mit »... es war nicht alles für die Katz' ...« die Erinnerungen des Düsseldorfer Kommunisten Peter Baumöller heraus, die in Auszügen schon im Blatt erschienen waren. Und nach dem 11. September 2001 veröffentlichte die Zeitung die Studie »Antisemitismus in islamischen Gesellschaften« von Michael Kiefer. Zudem organisierten wir Straßenfeste, Partys und öffentliche Veranstaltungen zu Themen wie »Kommunikationsguerilla« und »Ausgrenzungen von Minderheiten in der Stadt«.

## Auf der Anklagebank

Anders als vielleicht zu erwarten, kam es in der Geschichte der TERZ nie zu großartigen Kontroversen um die inhaltliche Ausrichtung. Außer ein bisschen Geplänkel um antideutsche Positionen ist nicht viel gewesen. Uns fehlte oft schlicht die Zeit dazu, und einige Leute haben das Kollektiv auch just deshalb verlassen, weil sie politische Diskussionen vermisst haben.

Streit gab es vornehmlich mit der Außenwelt, aber das nicht zu knapp und noch dazu oft auf einem Terrain, das der TERZ nicht geläufig war: dem juristischen. Kriegsprofiteure wie der Düsseldorfer Militärdienstleister Ecolog wollten in der Zeitung nicht »Kriegsprofiteure« genannt werden, Sekten nicht »Sekten«, Rechtsextreme nicht »Rechtsextreme« und Schwarze Sheriffs störten sich an einem Vergleich mit Nachtgestalten aus Horrorfilmen. Deshalb zogen sie alle vor Gericht und malträtierten die Redaktion mit einstweiligen Verfügungen oder verlangten Unterlassungserklärungen. Manchmal konnte die Zeitung das abwenden, manchmal jedoch auch nicht, auch weil sie das finanzielle Risiko scheute, Prozesse bis zur letzten Instanz auszufechten. So bleibt das rechtliche Kapitel ein schwieriges.

## Bilanz nach 20 Jahren

Eigentlich gar nicht so schlecht. Es gelingt der TERZ besser als früher, als Forum wahrgenommen zu werden. Sie braucht es nicht mehr so lange bimmeln zu lassen, bis sie auf schreibwillige Initiativen stößt. Nicht wenige von ihnen versorgen uns verlässlich und kompetent mit Artikeln aus ihrem jeweiligen Arbeitsbereich, sei es »Sozialabbau«, »Minderheiten« oder »Flüchtlingspolitik«. Und einige der Gruppen denken sogar von sich aus an uns.

Jetzt liefert der »Außendienst« nicht selten einen Input, der den des »Innendienstes« übersteigt. Das Kollektiv schrumpfte nämlich seit 1992 beträchtlich. Zu Beginn gehörten ihm noch bis zu 30 Leute an, heute sind es gerade noch eine Handvoll. Die Zeiten, in denen es auf der Tagesordnung der Redaktionssitzung noch den Punkt »Berichte aus den Gruppen« gab und eine eigenständige Kulturredaktion sich um den schönen Schein kümmerte, gehören der Vergangenheit an. Es hatte zwar des Öfteren mal zwischen den KulturalistInnen und der Polit-Fraktion geknistert, aber das war eine produktive Spannung, deren Fehlen das Blatt ärmer macht. Nun steht die Musikkolumne unserer treuen Seele honker oftmals mutterseelenallein auf weiter Kulturflur, und die Redaktion kann somit ihren Anspruch nicht immer einlösen, das gesamte Leben in der Stadt abzubilden. Wer sich also berufen fühlt ...

Trotz alledem hält die TERZ sich weiterhin für notwendig. Wenn sich die Medien-Situation in den letzten zwei Dekaden auch beträchtlich geändert hat – in Sachen »Gegenöffentlichkeit« ist nicht allzu viel passiert. In den unendlichen Weiten des Internets hat diese nämlich nicht gerade viele Auftritte. Gute linke Seiten lassen sich an einer Hand abzählen. So bleiben wir trotz Webpräsenz bei unserem Kerngeschäft »Zeitung« und feiern uns dieses Jahr.●

* siehe CONTRASTE Nr. 295, Seite 4

Aus terz 01/2012, www.terz.org

Anzeige

ArchivCD.4

**8 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!**
1/2004 - 12.2010 und 10.1984 - 12.1985
**zusätzlich:**
**BUNTE SEITEN 2012** - Das alternative Adressbuch
**und**
**Reader der AlternativMedien** - BRD/AUSTRIA/CH
**Die CD kostet:**
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
**Info:** www.contraste.org/archiv-cd.htm
**Bestellungen an:**
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

LINKE MEDIEN AKADEMIE 2012

# Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

**Der zum neunten Mal stattfindende, größte links-alternative Medienkongress #LiMA12 greift die Trends Digitalisierung und Multi-Kommunikation auf und beschäftigt sich mit den Schnittstellen zwischen Kultur, Medien und Gesellschaft.**

Von Christoph Nitz, Berlin ● Das zunächst technisch und digital klingende Motto des Kongresses, »Schnittstellen /// interfaces«, steht für eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung von Kommunikation und nimmt die Schnittstellen zwischen Kultur, Medien und Gesellschaft in den Fokus. Es sind im Wesentlichen drei Erkenntnisse, die #LiMA12 mit diesem Schnittstellen-Thema zu einer Alternative im Reigen der Medienkongresse machen. Erstens: an Schnittstellen entsteht echter Dialog. Zweitens: an Schnittstellen entstehen Lösungen. Und drittens: mit der Anzahl von Schnittstellen wächst politische Macht.

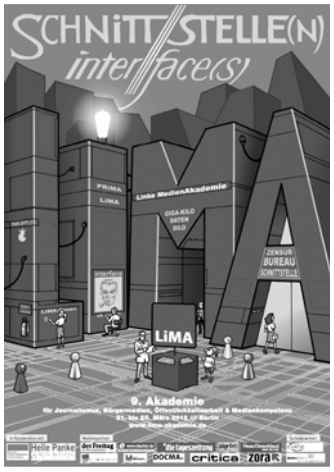
**Erste Erkenntnis:**
**echter Dialog ist typisch für Schnittstellen**

Schnittstellen entstehen durch Dialog, es sind die Berührungspunkte, über welche Kommunikation stattfindet. Martin Buber betrachtet den Dialog als menschliches Prinzip: »Alles wirkliche Leben ist Begegnung«. Die Begegnung ist das Interface, die *Grenzfläche,* wo es zum Treffen und zum Austausch kommt. Wenn Schnittstellen im links-alternativen Kontext thematisiert werden, geht es vordergründig nicht um eine Professionalisierung von Kommunikation, sondern darum, wie über sinnvolle Dialoge eine humane Zukunft gestaltet werden kann.

**Zweite Erkenntnis:**
**an den Schnittstellen werden Lösungen erzeugt**

Im *Tagesspiegel* äußert sich Hans Müller-Steinhagen, Rektor der TU Dresden: »Wir sind der Überzeugung, dass die wesentlichen Probleme, die die Menschheit heute hat, nur disziplinübergreifend zu lösen sind. Die spannenden Themen liegen an der Schnittstelle zwischen den Disziplinen.« Es stimmt: Lösungen werden im Austausch zwischen den Disziplinen gefunden. Bereits Aristoteles hat fachübergreifend gedacht und erkannt, dass Annahmen nicht allgemeingültig sind, sondern vom Gegenüber anerkannt werden müssen. So geht es nicht nur um den Dialog, sondern um das gemeinsame Verständnis als Voraussetzung für gemeinsam entwickelte Lösungen.

Heute aktueller denn je ist der interdisziplinäre Zugang aus unterschiedlichen Perspektiven nicht nur in der wissenschaftlichen Arbeit: In allen Bereichen von Kultur, Medien, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik wird Interdisziplinarität immer wichtiger. Der Apple-Gründer Steve Jobs in seiner Biografie: »Ich mag diese Schnittstelle (von Geistes- und Naturwissenschaften). Dieser Ort hat etwas Magisches an sich.«




Besonders der (zivil-) gesellschaftliche Nutzen von Schnittstellen rückt in den Blickpunkt. Immer neue Schnittstellen werden zwischen unterschiedlichen Akteuren erzeugt, um Menschen daran zu beteiligen, Lösungen zu finden. Das kann das Einbinden von BürgerInnen in Beteiligungsprozesse sein:

»In den Projekten entstehen Schnittstellen automatisch. Wenn ich einen Park umgestalte und BürgerInnen sind vom Anfang bis zum Ende dabei, dann kommt die Diskussion mit den Fachleuten um verschiedene technische Details«, ist zum Beispiel im Blog »Sozialer Zusammenhalt« von der Wiener Lokalen Agenda 21 zu erfahren.

Oder es ist die Herstellung politischer Öffentlichkeit, von Schnittstellen der Zivilgesellschaft mit Kommunal- und Landespolitik, sowie die Anerkennung zivilgesellschaftlicher Akteure als »lokale Expert/-innen« – Schnittstellenarbeit ist bei der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)« ein wichtiger Aspekt der Aktivitäten.

»Co:llaboratory« dagegen ist eine offene Kollaborationsplattform, die als Multi-Schnittstellen-System für Internet-Experten aus allen gesellschaftlichen Bereichen fungiert. Unterschiedliche Absender wie Google, Fraunhofer, oder Wikimedia wollen so Motor für Diskussionen oder Aktionen im Bereich digitaler Veränderungen sein.

**Dritte Erkenntnis:**
**politische Macht entsteht an und wirkt durch Schnittstellen**

Hannah Arendt sieht die sozialen Aspekte von Macht: »Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals nur ein Einzelner. Sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur so lange existent, wie die Gruppe zusammenhält.« Heute sind das zunehmend interessen- und zielgeleitete Netzwerke, deren Knoten die Schnittstellen sind und deren Macht mit der Qualität der Schnittstellen wächst. In diesem Sinne ist es notwendig, die politische Macht auszuüben, die auch die Linke hierzulande hat: Netzwerke knüpfen, den grenzüberschreitenden Dialog suchen, Schnittstellen für eine humane Zukunft bilden.

Die 9. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz, #LiMA12, findet vom 21. bis 25. März 2012 in Berlin unter dem Motto »Schnittstellen /// interfaces« statt. Geboten werden über 200 LiMAwerkstätten in den Kategorien Basis, Aufbau und Pro. Von der Erstellung eines eigenen Blogs bis zum Zeitungslayout ist für alle Medienmacher etwas dabei. Es gibt ein attraktives Rahmenprogramm mit Podien, Ausstellungen, Lesungen und Diskussionen im Rahmen der LiMAarena. Der Vorverkauf für die #LiMA12 läuft bereits.●

Die Langfassung des Textes ist als Standpunkte bei der RLS erschienen.

PARIS:

# Collectif Contre-Culture

**Seit Mitte der 90er Jahre organisiert das Kollektiv »Collectif Contre-Culture« (CCC) im monatlichen Rhythmus Solikonzerte im »CICP« in Paris, einem von unterschiedlichen Initiativen genutzten, sozialen Zentrum.**

Von Maurice Schuhmann, Paris ● Ursprünglich wollte man die Kräfte bündeln, um effizienter Solikonzerte für die beteiligten Gruppen zu organisieren, d.h. u.a. für die antifaschistische Gruppe »SCALP«, den Infoladen »Le Kiosk«, die »Comités de Soutien aux Indiens

des Amériques« (CSIA-Nitassinan) und »Solidarité avec les Peuples du Chiapas en Lutte« (CSPCL) sowie den Do-it-yourself-Plattenvertrieb »Crash Disques«. Es handelt sich dabei um die Gruppen, die das 1976 gegründete, soziale Zentrum »Centre international de la culture populaire«, das aus der antiimperialistischen Bewegung in Frankreich hervorgegangen ist, nutzen und tragen.

Mittlerweile geht es über die Unterstützung der eigenen Gruppen hinaus – neben den eigenen Projekten werden auch Soliveranstaltungen für »externe Gruppen / Projekte« organisiert – z.B. für den A-Laden in Berlin, die Do-it-Yourself-Bewegung in Rumänien oder ein zapatistisches Projekt in Mexiko. Im Regelfall sind es aber Projekte, in denen ein Mitglied des Kollektivs selber mitwirkt. Die Bandbreite der vom CCC ist ein Spiegel der vielfältig daran beteiligten Gruppen und Einzelpersonen, was sich auch bei der Offenheit für sehr unterschiedliche Musikrichtungen (von Chansons über Gypsie-Musik bis zu Punk und Ska) zeigt. Wichtig ist den Mitgliedern des Kollektivs, dass alle Entscheidungen bezüglich der zu unterstützenden Projekte und auch der auftretenden Bands gemeinsam gefällt werden. Hierfür findet etwa einmal monatlich ein Treffen statt, an dem im Idealfall mindestens ein Vertreter jeder Gruppe teilnimmt.

Das Kollektiv vertritt bei den Veranstaltungen darüber hinaus den Anspruch, dass an dem entsprechenden Abend auch über das jeweilige Projekt informiert wird – in Form eines Films, einer Ausstellung, einer Diskussion, es einen Infostand gibt o.ä.. Schließlich sieht man sich auch nicht als »Dienstleister«, sondern kooperiert bei den Veranstaltungen mit dem jeweiligen Projekt. Das zeigt sich auch in der Tradition, nach der Veranstaltung gemeinsam mit den Musikern und den Leuten des unterstützten Projekts zu essen.

Generell versucht man auch mit anderen, dem Projekt nahestehenden Gruppen zu kooperieren. Für das Catering werden z.B. Baguettes bei der anarchistischen Bäckereikooperative »La conquête du pain« (dts.: Die Eroberung des Brotes – eine Anspielung auf Kropotkins gleichnamige Schrift) gekauft, die Konzerte werden in Le Monde Libertaire beworben etc..

Im Regelfall bestreiten 2-3 Bands den Abend. Mehrere Platten- und Infostände von beteiligten Gruppen runden das Bild ab. Der Eintrittspreis ist dabei mit 5 Euro sehr gering – und auch die Getränkepreise gestalten sich sehr sozial.●

Weitere Informationen und aktuelle Termine unter: http://collectifcontreculture.blogspot.com

NETZWERK NEWS

# Fördern – Vernetzen – Unterstützen

**Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!**

Lebensmittelindustrie versus selbstorganisierte Food Coop

**Denn man ist, was man isst**

Wer in Berlin gut essen möchte hat es nicht immer leicht. Zwar ist an jeder Ecke ein einschlägiger Discounter zu finden, der ein Übermaß an Nahrung anbietet, doch dieser Industriezweig hat wenig bis gar nichts mit guter Ernährung zu tun. Wer sich auf die Suche nach biologisch angebauten, regionalen Lebensmitteln begibt, findet sich auf Bauernmärkten wieder oder betrachtet die meist geringe Auswahl in sogenannten Bioläden. Dabei sind die Preise meist hoch und der Zugang zu guter Nahrung dementsprechend selektiert. Ganz zu schweigen davon, dass nicht überall Bio drin ist, wo Bio drauf steht.

Dabei sollte man meinen, dass in einer aufgeklärten Gesellschaft jeder das Recht auf gute Lebensmittel haben sollte, also auch darauf, zu wissen wo sie herkommen. Obst aus China und Gemüse aus Spanien, bedeuten schlussendlich weit mehr als eine Zwischenmahlzeit. Menschenrechtsverletzung, Tierquälerei, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelschieflage, Gentechnik u.v.m. bekommt man sozusagen gratis zur Gurke dazu. Gute Lebensmittel definieren sich also weniger über Cholesterin- oder

Kaloriengehalt, als vielmehr über die möglichst umweltschonende und nachhaltige Produktion, über artgerechte Haltung von Tieren und fairem Handel. Solche Lebensmittel ermöglichen ein weitestgehend selbstverantwortetes, umweltfreundliches Leben – auch in Berlin.

**Anders Einkaufen – anders Essen – »Dickes Bee«**

Eine Möglichkeit sich gut zu ernähren bietet die Berliner Food Coop »Dickes Bee« in Berlin-Wedding. Das noch junge Lebensmittelprojekt besteht seit Juni 2011 und hat es sich zum Ziel gemacht, gute Lebensmittel für jeden zugänglich zu machen. Sie beziehen die Lebensmittel direkt vom Produzenten in Mengen, die den Preis bezahlbar machen und bevorzugen saisonale, regionale und ausschließlich biologisch angebaute Produkte. Dabei kooperieren sie nur mit Landwirten, die auf Nachhaltigkeit bedacht sind und halten den Verpackungsmüll durch wiederverwendbare Container und Behälter der Endverbraucher so gering wie möglich.

Lebensmittel, die nicht regional produziert werden können, beziehen sie ausschließlich aus fairem Handel. »Dickes Bee« ist eine 100% Arbeitsgemeinschaft. Wer Mitglied ist, ist gleichzeitig Teil der Lebensmittelproduktion. Alle Beteiligten engagieren sich durch die Übernahme verschiedener Aufgaben. Zum Beispiel als ErntehelferIn direkt bei den BäuerInnen oder in den Strukturen des Projektes selbst.

»Dickes Bee« sieht Eigenverantwortlichkeit als effektives Mittel zur Umsetzung des Projektes, da durch den jeweils individuellen Beitrag das Projekt wächst und die Kooperative weiterentwickelt wird. Schlussendlich weiß man nicht nur, was man von wem isst, man kann direkt bei jedem Schritt dabei sein. Da das Projekt noch am Anfang steht und relativ klein ist, kann man zur Zeit die Lebensmittel nur einmal pro Woche in der Prinzenalle 25/26 im Café »Michele – Feinkost und Fremdsprachen« abholen. Die Initiative möchte langfristig weiter wachsen, damit die Idee der Kooperative und damit gutes Essen, langfristig auch in anderen Kiezen zum tragen kommt.●

**Infos:** www.dickesbee.org

Stella Napieralla

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. www.netzwerk-selbsthilfe.de

RECHT AUF PLATZ!

# Ein Tag zu Besuch beim Wagenplatz Zomia

**Der Name Zomia bezieht sich auf einen südasiatischen Bergbereich, der sich vom vietnamesischen Hochland aus in die tibetische Hochebene zieht und bis West-Afghanistan reicht. Er bezieht sich auch auf die dort lebenden etwa einhundert Millionen BergbewohnerInnen, die kulturell über zweitausend Jahre lang Abstand von Machtzentren und Staatseinflüssen hielten. Ihre Gesellschaften sind laut des Historikers Willhelm van Schellen geprägt von antiautoritären Strukturen, einfachen Technologien und mündlich übertragenen Kulturen.**

L.L., indymedia, 23.11.2011 ● Der Wagenplatz Zomia hingegen befindet sich nicht auf einem Berg, sondern im urbanen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, auf einer kleinen Lichtung eines Wäldchens zwischen Spreehafen und Ernst-August-Kanal. Auf der anderen Seite des Kanals liegt der Vogelhüttendeich von Alt-Wilhelmsburg. Fernab der Zivilisation ist Zomia mit einem dutzend Wagen und fünfzehn BewohnerInnen also nicht gelegen. Doch direkte NachbarInnen sind in dieser Idylle nur die Vögel im Wald.

Der im November 2010 neu gegründete Platz vereint Menschen, die bereits zwischen zwei und zehn Jahren vereinzelt am Stadtrand und in Hinterhöfen in Wagen gelebt hatten. Die Idee, einen neuen Wagenplatz zu gründen, der ihren gemeinsamen Wunsch nach einer kollektiven Wohnform erfüllen sollte, welche sie in den damals bestehenden und völlig überfüllten fünf Wagenplätzen Hamburgs nicht umsetzen konnten, brachte sie zusammen. Da einige von ihnen bereits in Wilhelmsburg ansässig gewesen waren, während andere durch ihre Arbeit mit dem Stadtteil in Verbindung gestanden hatten und Wilhelmsburg ihrer Meinung nach über geeignete Brach-Flächen verfügt, machten sie sich dort auf die Suche nach einem Platz.

Nachdem sie von ihrem ersten Platz in der Buschweide schon nach fünf Stunden vertrieben worden waren, für drei Tage auf einem von der Künstlerin »Kunstnomadin« angemieteten Platz Asyl gefunden, übergangsweise eineinhalb Wochen auf der Industriestraße »Alte Schleuse« gestanden hatten, besetzten sie schließlich den Platz am Ernst-August-Kanal. Diesen gestand ihnen der Regionalausschuss Wilhelmsburg nur vorübergehend als sogenannte Winterlösung bis zum 30.04.2011 zu. Seit einem Räumungsbescheid zu diesem Datum soll Zomia weg. Der Rechtsanwalt der Gruppe, Martin Klingner, legte dagegen Widerspruch ein, der über die Neuwahlphase in Hamburg hinaus bis zum Herbst nicht bearbeitet und schließlich am 18.10.11 abgelehnt wurde. Die daraufhin eingelegte Klage vor dem Verwaltungsgericht wurde Anfang November ebenso abgewiesen, wie die dann folgende Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht Mitte November. Danach wurde auch eine Petition, die daraufhin in den Eingabeausschuss der Bürgerschaft eingereicht wurde und darauf ausgerichtet war, »etwaige Räumungsmaßnahmen gegenüber der »Wagengruppe Zomia« auszusetzen, bis eine politische Lösung für diese gefunden ist«, abgelehnt.

Verhandlungen liefen unterdessen mit dem rot-grünen Bezirk Altona. Dieser hatte den WagenbewohnerInnen eine Ersatzfläche am Holstenkamp angeboten. Bei einem Ortstermin wurde diese selbst von Bezirksmitgliedern als nicht geeignet befundenen. Die WagenbewohnerInnen sind einer akzeptablen Alternative – auch übergangsweise – gegenüber offen. Sie werden jedoch nach eigener Aussage nicht gehen, solange keine schriftliche Zusage über eine längerfristige Lösung erfolgt ist.

Für die BauwagenbewohnerInnen gilt als Basis einer Alternative ein ausreichender innerstädtischer Platz für alle Wagen ohne direkte Nachbarschaft. Am liebsten würden sie jedoch in Wilhelmsburg bleiben.

Gleich am Eingang zu der besetzten Lichtung steht ein Holzschild, auf dem Plakate kleben, die zu Veranstaltungen auf dem Platz einladen. In einem Kreis um eine Feuerstelle mit Holzbänken herum stehen die liebevoll ausgebauten Bauwagen und Busse. Auf der rechten Seite vor dem Zirkel gibt es einen großen Gemeinschaftswagen, der, besonders im Winter und bei schlechtem Wetter, für Plena genutzt wird. Auf einem Holzbrett davor steht eine Reihe Blumentöpfe mit verschiedenen Kräutern. Wenige Meter davon entfernt eine Feuertonne, die mit ausgesägten Sternen verziert ist.

Ein Bewohner des Wagenplatzes beschreibt die Kommunikation mit den Menschen aus der Umgebung als entspannt. Mit U. vom Imbiss an der durch einen Waldweg in wenigen Minuten erreichbaren Harburger Chaussee hält er bei einem Café auf dem Weg zur Arbeit hin und wieder Smalltalk. Wie einmal, als sie ihn auf einem Foto in einer Zeitung entdeckt und das als Anlass zum morgendlichen Gespräch genommen hatte. Auch H., der Besitzer des Autohandels an der rund hundert Meter entfernten Georg-Willhelm-Straße kommt hin und wieder beim Spaziergang vorbei und klönt mit den WagenbewohnerInnen. Genau wie ein paar Jugendliche, die regelmäßig das direkt neben dem Wagenplatz gelegene und bereits vor Zomia, aber wahrscheinlich ebenfalls in einem selbst ermächtigenden Akt errichtete Baumhaus, aufsuchen. Auch die anderen Menschen aus dem Viertel hatten spätestens dann kein Problem mehr mit den WagenbewohnerInnen, wenn sie den Platz erst mal selbst besichtigt hatten, wie mir erzählt wird. Zum Beispiel direkt nach der Gründung Zomias vor einem Jahr, als die Zomianer per Flugblatt zum sonntäglichen Kaffeetrinken eingeladen hatten.

Laut eines Blogeintrages zu ihrem Selbstverständnis, das sie »Hintergrund« nennen und auch auf türkisch übersetzen ließen, wollen sie »Wagenleben als ökologisch alternative Wohnform leben«.

Das dies nicht nur als Utopie formulierte schöne Worte sind, macht die Organisation des Platzes an sich deutlich. Auf Grund der ständigen Räumungsgefahr gibt es hier zwar noch keinen Sanitärwagen mit fließendem Wasser- und Abwassersystem, wie auf den anderen Hamburger Plätzen. Doch dieser Umstand sorgt auch mit dafür, dass die Zomianer alle sehr bewusst mit ihrem täglichen Verbrauch von Wasser umgehen, so ein Bewohner. Dieses holen sie in Kanistern von FreundInnen aus dem Viertel, wo auch einige von ihnen zum Duschen hingehen. Andere waschen sich in ihren Wagen. Sie benutzen teilweise Regenwasser aus einer Wassertonne zum Spülen und wollen diese Möglichkeit noch weiter ausbauen. Im Moment fehlt auf Grund der drohenden Räumung jedoch etwas die Kraft für weitere Projekte.

Alles läuft auf Sparflamme. Auch der geplante Gemüsegarten eines Bewohners. Ein selbstgebautes Kompostklo, das in seinem äußeren Erscheinungsbild einem Hochsitz ähnelt und nur über eine Leiter erreichbar ist, ermöglicht auch größere Geschäfte. Diese werden mit Sägespänen oder Humus bedeckt und fallen auf ein Gitter, durch das nach einigen Monaten Kompost in eine Schale fällt, der dann direkt in die Natur gegeben werden kann. Die Flüssigkeit, die schon beim Toilettengang durch ein extra Auffangbecken getrennt wird, geht in einen extra-Abwasserkanister und wird sachgerecht über die Kanalisation bei FreundInnen entsorgt.

Gekocht wird mithilfe von Gasflaschen und geheizt mit Holz. Die Holzofenbeheizung im Wagen bietet den Vorteil der enormen Energieersparnis. Denn geheizt wird nur bei Anwesenheit der BewohnerInnen. Die kleinen Flächen der rollenden Behausungen sind spätestens nach einer halben Stunde mollig warm. So haben die Zomianer im letzten Winter im Schnitt nur einen Kubikmeter Holz verbraucht und kamen mit einer einzigen Brennholzlieferung aus. Gegenwärtig bekommen sie sogar von einem bekannten Zimmermann von einer Baustelle unbehandelte Holzreste geschenkt, wie mir berichtet wurde. Dies entspricht ebenfalls ihrem »Hintergrund«, indem es heißt, »(...) Wir wollen Ansätze solidarischer Ökonomie ausprobieren, unkommerzielle Kultur ermöglichen. Raum schaffen für solidarischen Zusammenhalt, möglichst fern von Rassismus, Egoismus, Sexismus, Militarismus und anderen Formen von hierarchischer Machtausübung und Diskriminierung, die wir alltäglich erleben.(...)«

Auch der Strom wird im ökologisch-autonomen Sinne, nämlich durch Solarmodule, gewonnen. Diese befinden sich auf allen Dächern der Wohngefährte. Einer der Bewohner ist gerade dabei Alu-Leisten herzustellen, mit denen er ein solches Solarmodul auf seinem Wagen festschrauben will. Es soll bei einer möglicherweise bevorstehenden Räumung nicht vom Dach fallen.●

http://zomia.blogsport.eu

Dieser Inhalt ist unter einer Creative Commons-Lizenz lizenziert.

Anzeige

»The people demand ...«
Ein Jahr arabische Revolutionen – Fragen an die Linke. Ein ak-Sonderheft.

64 Seiten, € 4,50 (+ Porto). Buchläden u. WiederverkäuferInnen erhalten Rabatt. Bestellungen an: vertrieb@akweb.de.
Oder ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg

DOKUMENTATION: DIE STADT GEHÖRT ALLEN!

# Aufruf zur Kundgebung am 12. Januar 2012

**Wir treten an, um der neoliberalen Stadtpolitik eine Alternative entgegen zu setzen. Wir wollen gemeinsam mit anderen Menschen Mittel und Wege des Widerstandes gegen den Ausverkauf unserer Stadt finden.**

**Zomia kommt wieder**
**– selbstbestimmte Wohn- und Lebensräume aneignen**

Unsere Wohnung ist der Bauwagen! Wir brauchen eine Fläche, zum Leben! Zur Erinnerung; Knapp ein Jahr lang wohnten und kämpften wir um die Fläche am Hornartsdeicher Weg in Wilhelmsburg. Wir sind auf den Holstenkamp umgezogen. Warum? Um uns eine Infrastruktur und eine Plattform für den Kampf um eine Alternative zu erhalten.

Am 13.11. expandierten wir kurz nach Altona. Der Bezirk Altona hieß den Wagenplatz Zomia in den Medien herzlich willkommen. Nach unzähligen Verhandlungen zeigt sich leider, dass bis zur von Zomia gesetzten Frist am 15.01 keine langfristige Lösung auftauchen wird. Im Kampf um den sechsten Wagenplatz beginnt im Januar eine neue heiße Phase.

In Hamburg geht es seit Jahren um mehr als den Gesichtsverlust einzelner PolitikerInnen. Es geht um verfehlte Stadtpolitik, die Vertreibung Zomias ist nur ein Symptom von vielen. Aus diesem Blickwinkel ist es fast beliebig, ob es um die SexarbeiterInnen in St. Georg, die Wohnungslosen in St. Pauli, die Privatisierung des Bahnhofsvorplatzes oder den Abriss der Essohäuser geht. Derzeit brodelt es wieder an vielen städtischen Konfliktfeldern – mit Zomia soll eines beseitigt werden. Die systematische Vertreibung von Menschen aus ihren Stadtteilen läuft weiter, während sich der SPD-Senat in blumigen Versprechungen erschöpft und den Kopf im Sand vergräbt, wenn es ernst wird.

**Leerstand zu Wohnraum – Wohnraum Vergesellschaften**

Seit Jahren werden Menschen immer prekäreren Lebensbedingungen ausgesetzt. Die Bedrohung fängt bei Wohnraum und Arbeitsplatz an und endet bei Freizeitgestaltung und Lebensmittelausgaben. Durch die Prekarisierung von Wohnungs- und Arbeitsplatz werden immer mehr Existenzen kaputt gemacht. Die Vertreibung von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen aus den zentralen Stadtteilen wird von der Politik vorangetrieben. Der Wohnungsbau stagniert, es fehlen ca. 60.000 Wohnungen in Hamburg. Trotz offensichtlicher Wohnungsnot stehen 1,4 Millionen Büroquadratmeter unvermietet leer. Die Mieten im Bestand des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA-GWG werden ständig erhöht. Diese Fakten sind im Rathaus längst bekannt – doch Wissen heißt in der Politik nicht handeln.

In dieser Auseinandersetzung geht es um mehr als das alternative Wohnen auf einem Wagenplatz: Es geht hier um unser Recht auf Stadt!

- Wir wollen Alternativen.
- Wir wollen von der Politik nicht hin und her geschoben werden.
- Wir wollen keine Vertreibung!
- Es geht auch anders!

**Mietenwahnsinn stoppen – Stadt selber machen**

Die Stadt gehört allen. Seitens der Politik wird uns vorgegaukelt, dass sich »um das Wohnungsproblem gekümmert wird«. Tatsächlich wird aber munter weiter Politik für Menschen mit dicker Tasche gemacht. Es reicht nicht Forderungen zu formulieren und zu warten. Wir vertreten unsere Interessen selbst und entwickeln eine Gesellschaft, die ihre eigenen Vorstellungen vom Wohnen und Leben durchsetzt.

Das Recht auf Stadt nehmen wir uns. In Form von Wagenplätzen wie Zomia, Altstadtquartieren, dem Gängeviertel oder selbstverwalteten Zentren wie der Flora und dem AZ Altona. Wir kämpfen für eine Stadt nach unseren Vorstellungen. Wir kämpfen für Lebensraum, unabhängig von Alter, Nationalität, Aussehen, Geschlecht oder der Größe des Geldbeutels.

Aktionsbündnis von Initiativen aus dem »Netzwerk Recht auf Stadt«, Kamburg

STUTTGART 21 – DER WIDERSTAND GEHT WEITER

# Souverän und oben bleiben

**Von Peter Streiff, Redaktion Suttgart ● In Stuttgart geht es schon lange um mehr als um einen Bahnhof. Die bunte Widerstandsbewegung kämpft entschlossen weiter. Kurz vor der Räumung des Bahnhof-Südflügels nahmen etwa 3.000 Menschen an der 106. Montagsdemo mit Kulturprogramm bis um Mitternacht teil. Wir dokumentieren die Rede von Andreas Mayer-Brennenstuhl, einem Mitglied der KünstlerInnengruppe »unser Pavillon« zur Bedeutung von Demokratie und Kultur.**

»Der Bahn-Konzern hat angedroht in den nächsten Tagen diesen Bahnhof zu zerstören und zugleich hat das Ordnungsamt der Stadt Stuttgart verfügt, dass der Schlossgarten demnächst geräumt werden muss, damit auch er vom DB-Konzern für den Bau eines unsinnigen und umstrittenen Tiefbahnhofs zerstört werden kann, inklusive zahlreicher jahrhundertealter Bäume.

Wir sind hier, um den Bahnhof und den Park vor dieser Barbarei zu schützen, weil wir überzeugt sind, dass das S21-Projekt nicht dem Wohle dieser Stadt und seiner Bevölkerung dient und dass das K21-Konzept einen besseren Bahnbetrieb gewährleistet als die vom DB-Konzern vorgelegte Planung. Und wir haben mehrheitlich eine grüne Landesregierung gewählt, weil wir von ihr eine andere Verkehrspolitik und einen anderen Umgang mit den Ideen, den Bedenken und Einwänden der Bürgerschaft erwartet haben!

Viele von uns haben am 30. September 2010 ihre Gesundheit riskiert, um die Machenschaften von Politik und Bahnkonzern zu durchkreuzen, viele von uns haben monatelang hier ausgeharrt unter schwierigsten Bedingungen, viele von uns haben einen großen Teil ihrer Energie und Freizeit diesem Engagement für das Gemeinwohl gewidmet und vielen persönlichen Anfeindungen getrotzt!

Wir stehen heute hier vor dem Südflügel des bedrohten Bonatz-Bahnhofs und werden von der Landesregierung mit Polizeigewalt genötigt, diesen Ort zu räumen. Dagegen protestieren wir in aller Schärfe mit unserer Anwesenheit. Wir sehen dieses Vorgehen als eine Bankrott-Erklärung der Landesregierung und der Partei der Grünen an, die nicht in der Lage sind, die Politik zu realisieren, für die sie angeblich stehen.

### Schritt zur Postdemokratie

Wir müssen darüber hinaus feststellen, dass sich mit dieser Aktion ein weiterer Schritt in Richtung einer postdemokratischen Gesellschaft vollzieht, in der die PolitikerInnen nur noch Getriebene von Teilen der Gesellschaft sind, die ihre ökonomischen Partialinteressen gegenüber dem Allgemeinwohl rücksichtslos und unter Funktionalisierung der Staatsgewalt gegen die Bevölkerung durchsetzen.

Wir müssen auch erkennen, dass die Weiterentwicklung der Demokratie hin zu mehr BürgerInnenbeteiligung von ParteipolitikerInnen, allen voran der SPD, schamlos konterkariert wird und das Instrument des Volksentscheides umfunktioniert wird zu einem Manipulations-Instrument, das mit absurdem Quorum, geballter Medien-Macht und Lügen-Propaganda zum Gegenteil dessen wird, als was es gemeint ist: Als Möglichkeit des herrschaftsfreien Diskurses, um das Allgemeinwohl in Konsens- und sachorientierten Diskussionen zu ermitteln.

Wir haben erlebt, wie alle angeblichen Angebote, den Konflikt zu befrieden, nichts weiter waren als Mogelpackungen, mit dem Zweck der Durchsetzung des ungewollten Projektes. Die Schlichtungsrunde mit Heiner Geißlers Schiedsspruch: reine Augenwischerei ohne Ergebnis. Der so genannte Stresstest: ein einziges Lügenmanöver. (Details zum »Betrugsfall« der DB auf www.wikireal.org, Anm. der Red.) Der so genannte Volksentscheid: ein Regierungsreferendum mit vorgeplantem Ausgang um die kritische Bevölkerung »zum Schweigen zu bringen« (so Herr Schmid) und »einen Knopf dran zu machen« (so Herr Kretschmann). Wir werden aber nicht schweigen und ihr werdet uns nicht los!

### Wem gehört die Stadt?

Wir werden weiterhin in dieser Stadt unsere kritische Sicht vertreten und wir werden weiterhin für eine andere Politik kämpfen!

Wir werden dafür sorgen, dass die Projektbetreiber und ihre Helfer in Stadt und Land zur Verantwortung gezogen werden, wenn eines schlimmen Tages die Folgen ihres rücksichtslosen Handelns für alle sichtbar zutage treten. Dass niemand sagen kann: Wir haben nichts davon gewusst.

Wir werden aber auch unsere Kreativität, unsere Phantasie und Friedfertigkeit und unsere Liebe zum Leben weiterhin mit aller Kraft einbringen und wir werden weiterhin an einer Gesellschaft arbeiten, die eine lebenswerte Zukunft verspricht. Unser gemeinsamer Kampf im Schlossgarten hat gezeigt, dass es schon sehr viele Menschen in dieser Stadt gibt, die daran glauben, dass eine andere Zukunft auch hier möglich ist. Wir sind überzeugt, dass es immer mehr Menschen werden, wenn es uns gelingt, die globalen Zusammenhänge dieses lokalen Kampfes zu verdeutlichen. Dass noch mehr Menschen aufstehen und sich empören, wenn immer deutlicher wird, es geht um mehr als einen Bahnhof, es geht um die Fragen: Wem gehört die Stadt? Was könnte Demokratie sein? Was bedeutet Fortschritt?

Die Ereignisse der letzten Monate, namentlich der Ausgang des Volksentscheides, haben uns gezeigt, dass das Bewusstsein vieler Menschen noch immer geprägt ist von einem naiven Glauben an ein »höher, schneller, weiter«. Der linear gedachte Fortschritt ist ein grundsätzlicher Irrtum der westlichen Gesellschaften, der inzwischen global das Denken der Menschheit dominiert. Je näher der Punkt des »no return« in allen von diesem wachstumsorientierten Denken betroffenen Systemen rückt – sei es in den Geldkreisläufen, sei es beim Verkehr oder beim Klima – desto mehr Menschen werden aufwachen und umdenken müssen. Daran müssen wir arbeiten.

Die Bahn macht mobil – erprobt mit 1.900 Staatsdienern gegen Gebühr von 40 Euro fürs Wegtragen Karikatur: © Kostas Koufogiorgos, www.koufogiorgos.de

### Gemeinwohlorientierte »Multitude«

Wenn es kein rechtzeitiges und freiwilliges »zur Vernunft kommen« der Allgemeinheit gibt, wird es in logischer Konsequenz zu einer Lösung kommen, die wir nicht wollen: die »Öko-Diktatur«. Nur wenn es rechtzeitig gelingt, über Einsicht und Vernunft zu verantwortungsbewussten Handlungsweisen und zu einer Politik der Nachhaltigkeit zu kommen, kann diese drohende Entmündigung der Menschheit noch gestoppt werden. Weil für uns die Freiheit und die Einsicht des Menschen als höchstes Gut steht, werden wir alle Kraft darauf verwenden, dieses Szenario zu verhindern. Die Entwicklung, die uns heute an diesen Ort gebracht hat, steht vor einem Scheideweg: Entweder Vernunft, Freiheit und Lebensqualität oder Egoismus, Unterdrückung und Bedrohung der Biosphäre. Die Entwicklung der Humanität, der Vernunft und des menschlichen Bewusstseins stehen in unauflöslichem und reflexivem Zusammenhang mit der Entwicklung der Mitwelt und letztlich: diesem Planeten. Daraus leiten wir unsere Verantwortung ab, aber auch unsere Kraft und unseren Mut, weiter zu kämpfen.

Die Verteidigung der Vernunft hat sich in Stuttgart an einem Ereignis entzündet, das beispielhaft ist auf lokaler Ebene für eine globale Politik der Unvernunft, des falschen Fortschrittsglaubens und der neoliberalen Ideologie. Deshalb sagen wir hier in Stuttgart: Es geht um mehr als einen Bahnhof. Die Menschen, die hier mit hohem persönlichen Einsatz den Schlossgarten besetzt haben, sind keine asozialen Spinner, als die sie immer wieder verunglimpft werden, vielmehr sind es Menschen, die gewissermaßen als Avantgarde der Gesellschaft begriffen haben, dass lebensweltliche Interessen nicht privater Natur sind, sondern die Allgemeinheit betreffen. In der Tatsache, dass sich in unserer Bewegung Menschen aller Altersgruppen, sozialen Schichten und Einkommensklassen verbündet haben mit einem gemeinsamen Ziel, zeigt sich zum ersten mal in der Geschichte ein Phänomen, das die Soziologen Antonio Negri und Oliver Hard mit dem Begriff »Multitude« vorhergesagt haben. Die »Multitude« ist keine Klasse und kein Volk, sie ist die gemeinsame Bewegung all derer, die ihre gemeinwohlorientierten Interessen gemeinsam verteidigen.

Und was wir in dieser BürgerInnenbewegung, am Bauzaun und im Park in den letzten Jahren auch beobachten konnten, ist die kollektive Kreativität, die sich in einer derart herrschaftsfreien Atmosphäre entwickeln konnte. Schaut Euch um im Park und macht Euch klar, dass sich hier Anfänge eines neuen Kultur-Impulses gezeigt haben, die Ausdruck eines individuellen Freiheitsverständnisses sind, das sich einen sozialen Rahmen für seine Verwirklichung gesucht hat.

### Eine neue Qualität von Kultur

Wir sind nicht nur hier, um die Bäume und die Natur zu schützen, wir sind auch hier, um diesen jungen Keim einer anderen Kultur zu schützen! Nicht nur die Bäume sind bedroht, auch der Freiraum, den die lebens- und liebenswerte Park-Kultur in diesem Sommer hervorgebracht hat, ist schützenswert. Lasst uns gemeinsam in Zukunft an diesen Impulsen weiter arbeiten, das Team von »unserem Pavillon« wird dabei sein!

Auch das Projekt »unser Pavillon« hat sich in den Kampf um den Schlossgarten eingebracht, initiiert von einer Gruppe von KünstlerInnen, die Kunst nicht im Sinne als Selbstzweck oder als dekoratives Beiwerk versteht, sondern in einem aktuellen Kunstverständnis, das die Kunst in einem anthropologischen Sinne als »Freiheitswissenschaft« mit einem gesellschaftlichem Anliegen begreift. Was die Kunst in ihrer eigentlichen Substanz ausmacht, ist die Fähigkeit des Menschen zu Intuition, jedes Menschen. Wir können prinzipiell Neues denken. Weil das Denken des Menschen darüber hinaus potentiell selbstreflexiv ist, kann es jederzeit seine Ursprünge erkennen und das bedeutet: Es ist nicht nur determiniert. Zumindest kann es seine partielle Determiniertheit erkennen und hat damit das Potential zu dessen Überwindung. Das ist der Ursprung der Kunst, aber auch der Freiheit des Menschen. Noch haben das zu Wenige begriffen, aber täglich werden sich mehr Menschen bewusst, dass sie ihre Bedingungen – auch die ihres Denkens – selbst gestalten können. In diesem Sinne beginnt die Kunst heute als anthropologische Konstante wirksam zu werden. Wer sein eigenes Denken als gestaltbar erkannt hat, der kann auch sein eigenes Leben anfangen zu gestalten und irgendwann auch seine gesellschaftlichen Bedingungen.

An diesem entscheidenden Erkenntnispunkt stehen wir heute, das weltweite Erwachen des demokratischen Impulses im Jahr 2011 hat uns dies gezeigt. Das ist die Intention aus der heraus »unser Pavillon« sich in diese Auseinandersetzung eingebracht hat und diese Auseinandersetzung steht erst am Beginn eines langen Weges.

### BürgerIn als Souverän

Wir haben in diesem Kampf nämlich auch begriffen, dass das Selbstverständnis vieler Politiker nicht mehr auf der Höhe der kulturellen Entwicklung ist. Die politischen Parteien jeglicher Couleur wollen nicht realisieren, dass die Grundlage der Demokratie der Bürger/die Bürgerin als Souverän ist und ihre Macht nur vorübergehend geliehen ist. Noch sind wir weit davon entfernt, tatsächlich funktionierende Verfahren entwickelt zu haben, wie der Allgemeinwille zu vernünftigen Entscheidungen kommt, in denen auch die Minderheit in einen Konsens mit einbezogen wird.

Der aktuelle Umgang mit dem Volksentscheid Baden-Württemberg hat gezeigt, wie wenig Verständnis für seine wirkliche Funktion gerade bei der politischen Kaste entwickelt ist. Gerade deshalb wird es notwendig sein, das Bewusstsein für eine demokratische Gesellschaft weiter zu entwickeln und uns nicht vereinnahmen zu lassen von pseudodemokratischen Inszenierungen, die uns »Partizipation« von oben zukommen lassen wollen. Wir werden uns auf diese Spielchen nicht einlassen, weil wir wissen, dass sie uns nur in die Irre führen und ruhig stellen wollen. Wenn unser Kampf eines geleistet hat, dann das: Wir wissen heute, dass wir der Souverän sind. Im Gegensatz zu Herrn Geißler, der nicht verstanden hat, was Kant und die Aufklärung wirklich wollten und gesagt haben, wissen wir, dass wir selbständig und vernünftig denken können und unsere Unmündigkeit selbstverschuldet ist. Wir wissen, dass wir dies ändern können. Und wir lassen uns dieses Wissen nicht mehr nehmen.

Die Bäume im Schlossgarten können die Feinde des Lebens zerstören, unser Wissen, unsere Solidarität unsere Kultur und unsere Liebe nicht. Wir bleiben Souverän! Wir bleiben oben!«●

**Infos:**
www.parkschuetzer.de
Stuttgarter Erklärung zur Fortführung des Widerstands gegen S21:
www.openpetition.de (> Stuttgart)

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

*Ossietzky* erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

**Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als**
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

EINE WELTWEITE BEWEGUNG, TEIL 2:

# SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

# Die Soziale Solidarische Ökonomie in der Wirtschafts- und Finanzkrise

**Der Satz, dass Geld die Welt regiert, war selten so aktuell wie heute, in einer Zeit, in der eine Handvoll Ratingagenturen im Auftrag von Banken und anderen Geldbesitzern über Sein oder Nichtsein von Staaten und ihren Regierungen entscheidet. Die Souveränität der Nationalstaaten, über ihre wirtschaftliche Zukunft selbst zu entscheiden, scheint ernsthaft gefährdet. Und unseren Politikern fällt nichts Besseres ein, als dass wir »das Vertrauen der Märkte« zurückgewinnen müssten. Apropos, wer ist hier eigentlich »wir« und wer sind diese ominösen »Märkte«?**

**Von Karl Birkhölzer, Berlin** ● Gemeint ist offenbar weder der Wochenmarkt noch der Weltmarkt für allerlei Güter und Dienstleistungen – und schon gar nicht der Arbeitsmarkt, obwohl es eine reizvolle Aufgabe wäre zu untersuchen, wer hier wessen Vertrauen verspielt hat. Die Rede ist nur noch von den alles dominierenden Finanzmärkten, die quasi über Nacht zu handelnden Subjekten mutiert sind, die eine Meinung haben, Forderungen und Wünsche äußern, Vertrauen gewähren und entziehen, als ob es sich um eine neue Weltregierung handeln würde.

Mit Demokratie hat das alles nichts mehr zu tun und selbst Adam Smith, auf den sich alle Verfechter der »Markt«-Wirtschaft berufen, wäre höchst erstaunt zu erfahren, dass sein angeblich unbestechlicher und emotionsloser Marktmechanismus plötzlich Vertrauen oder Misstrauen zu verteilen hat. Hatte Mr. Smith da etwas falsch verstanden oder handelt es sich bei der Kreditwirtschaft gar nicht (mehr) um einen »Markt«, sondern eher um das Diktat eines neuen (inzwischen global agierenden) Geldadels und seiner Hofschranzen? Vom »idealen« Markt des Adam Smith, auf dem gleichberechtigte Partner zu einem Interessenausgleich finden, kann jedenfalls keine Rede sein.

Neuerdings denken schon konservative Kommentatoren wieder darüber nach, ob Karl Marx vielleicht doch Recht gehabt haben könnte, insbesondere hinsichtlich seiner Krisenszenarien. Was uns hierzulande als »Schuldenkrise« verkauft wird, würde er wohl als eine kapitale Verwertungskrise bezeichnen. Es fehlt ja nicht an privatem Kapital, es gibt im Gegenteil eher zuviel davon, auf der verzweifelten Jagd nach immer neuen Anlagemöglichkeiten, von »faulen« Immobiliengeschäften bis zu zweifelhaften Großprojekten oder

A field of stooked grain — Foto: www.galtmuseum.com

Staatsanleihen. Die Rückzahlung der Darlehen wäre an sich noch nicht das größte Problem, wenn deren Tilgung nicht durch teilweise horrende Zinsen in die Länge gezogen würde – und zwar je ärmer oder bedürftiger der Schuldner, umso länger die Tilgung (siehe die Bewertungen der Ratingagenturen). Wir kennen das schon aus der sog. »Verschuldung« der Dritten Welt, die ihre Darlehen mit Zins und Tilgung nominell bereits mehrfach zurückgezahlt hatte und doch nicht aus der »Schuldenfalle« herauskam. Das Spiel wiederholt sich in Süd- und Osteuropa – und nicht zuletzt auch in vielen deutschen Städten und Gemeinden, weshalb die gegenwärtige nationale Überheblichkeit gegenüber Griechenland oder anderen betroffenen Staaten gänzlich unangebracht ist.

Der Hochmut wird nur noch übertroffen von der herablassenden Art der angeblichen Finanzhilfen, deren rigorose Sparauflagen nicht nur die Falschen treffen, sondern – was seit den »structural adjustment policies« von IWF und Weltbank ebenfalls bekannt ist – auch ökonomisch kontraproduktiv sind, indem sie das wirtschaftliche Handeln eher abwürgen als anregen. Dabei handeln die Verantwortlichen auf eigenartige Weise geschichtslos, als ob es vorher noch keine Wirtschaftskrisen gegeben hätte. Inzwischen ist nicht nur Marx, sondern auch Keynes in Vergessenheit geraten.

### Was hat das Alles mit der Sozialen Solidarischen Ökonomie zu tun?

Dabei geht es nicht nur um die Rahmenbedingungen, die selbstverständlich auch die alternativen Ökonomien betreffen, obwohl es den Anschein hat, dass z.B. die Genossenschaftsbanken sich trotz aller Kommerzialisierung in der jüngsten Finanzkrise stabiler als andere Geldinstitute erwiesen haben.

Wir sollten nicht in die gleiche geschichtslose Haltung verfallen, sondern daran erinnern, dass die vorherrschende wirtschaftliche Entwicklung seit mehr als 150 Jahren von permanenten Krisen begleitet ist und dass die Betroffenen zu allen Zeiten gezwungen waren, Wege der ökonomischen Selbsthilfe zu finden. Die alternativen Ökonomien haben insofern eine mehr als 150-jährige Geschichte und die Akteure der Sozialen Solidarischen Ökonomie heute täten gut daran, deren Erfolge und Misserfolge sorgfältig zu studieren.

Gegenwärtig habe ich allerdings den Eindruck, dass das Rad immer wieder neu erfunden werden soll. Auch auf der Ebene der Europäischen Union, die vor kurzem eine neue »Social Business Initiative« gestartet hat, herrscht ein reichlich kurzes Gedächtnis: Da wird uns die Idee der »social businesses« des ehrenwerten Mr. Yunus, dessen (nicht unumstrittene) Mikrokreditinitiative ebenfalls schon mehr als 20 Jahre alt ist, als neue »soziale Innovation« verkauft. Davor hatten bereits Ashoka und andere das »social entrepreneurship« als brandneue Innovation angepriesen, als ob es zuvor weder Praxis noch Diskussion um »Soziale Unternehmen«, »Sozial- und/oder Gemeinwesenökonomie« u.ä. gegeben hätte.

Trotz des Mangels an eindeutiger Begriffsbestimmung hat sich der Sektor in den vergangenen 20 Jahren kräftig entwickelt und beschäftigt in der Europäischen Union weit über 12 Millionen Menschen. Darüber hinaus existieren inzwischen ein breiter Fundus an wissenschaftlichen Untersuchungen, Veröffentlichungen und Praxisberichten sowie einige bedeutende Forschungszusammenschlüsse wie EMES (´The Emergence of Social Enterprise´), CIRIEC (Centre International de Recherche et d´Information de Economie Publique, Sociale et Cooperative), EURICSE (European Research Institute for Cooperatives and Social Enterprises) u.a. Obwohl viele dieser Arbeiten erst durch die Gemeinschaftsprogramme der EU ermöglicht wurden, sind deren Ergebnisse von der Kommission kaum wirklich evaluiert oder zur Kenntnis genommen worden, mit der Konsequenz, dass die entsprechenden Initiativen immer wieder von vorn beginnen und häufig an den zentralen Problemen des Sektors vorbeigehen.

So wird in der bereits erwähnten jüngsten »Initiative zur Förderung des Sozialen Unternehmertums« zwar zu Recht auf den chronischen Kapitalmangel sozialer Unternehmen hingewiesen, der tatsächliche Finanzbedarf aber weitgehend verkannt. Was nämlich die Soziale Solidarische Ökonomie grundsätzlich unterscheidet, ist ihr Verhältnis zum Geld! Es geht ihr nicht in erster Linie um dessen ungehemmte Vermehrung, oder vornehmer ausgedrückt: um die »Rendite des eingesetzten Kapitals« nach Art eines Herrn Ackermann, der erst eine Rendite von 25% als wirtschaftlichen Erfolg betrachtet. Vorrang haben demgegenüber die sozialen, ökologischen oder kulturellen Zielsetzungen, um derentwillen Soziale Unternehmen gegründet werden. Sie sind bereits wirtschaftlich erfolgreich, wenn es gelingt, ihre Kosten (selbstverständlich einschließlich angemessener Löhne) zu decken. Überschüsse bzw. Gewinne sind zwar erwünscht, aber weder der Selbstzweck noch oberstes Erfolgskriterium, weshalb Soziale Unternehmen auch ohne »Wachstum« bestehen können.

Casa Grande Cooperative Farm (FSA) — Foto: Archiv

Da Soziale Unternehmen also vorrangig nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten, sind vor allem »solidarische«, d.h. mit geringen Kosten verbundene Finanzhilfen gefragt. Gebraucht werden vor allem Anschubfinanzierungen, Produkt- und Projektentwicklungskosten, infrastrukturelle Dienstleistungen, Rücklagen für Notfälle oder Liquiditätsengpässe. Die dafür erforderlichen Mittel sind aber auf den klassischen Finanzmärkten kaum zu finden, weshalb die Soziale Solidarische Ökonomie auf eigene Finanzinstitute angewiesen ist, wie Leihgemeinschaften, Kreditgenossenschaften, Sozialbanken, Zeit- und Ressourcentausch etc. Daneben stehen andere Entwicklungshemmnisse im Vordergrund, wie z.B. der Zugang zu öffentlichen Aufträgen, mangelnde öffentliche Anerkennung, Rechtsunsicherheit, insbesondere im Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht etc.

Soziale Unternehmen besinnen sich dabei lediglich auf den ursprünglichen Zweck der Ökonomie, wie er (zumindest bis vor kurzem) noch in jedem Volkswirtschaftslehre-Grundkurs gelehrt wurde: Ökonomie ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, oder allgemein ausgedrückt: ein möglichst effizientes System von Mitteln zur Produktion von (notwendigen oder anderweitig erwünschten) Gütern und Dienstleistungen. Geld fungiert in diesem System ursprünglich ebenfalls nur als »Tausch«-Mittel, während dessen Verselbständigung als oberster Wert angesichts von Spekulationsblasen und damit verbundener regelmäßiger Vernichtung von Überschüssen im Grunde sogar als`un-ökonomisch´bezeichnet werden muss.

### Krisen als Chance?

Krisen könnten aber auch eine Chance für Veränderungen sein; so besteht in der chinesischen Sprache das Wort für Krise aus zwei Silben, von denen die erste Zusammenbruch, die zweite aber Neuanfang bedeutet. Obwohl es nicht danach aussieht, dass die gegenwärtige Krise tatsächlich als Chance für Veränderungen begriffen wird, ist dennoch eine verstärkte Aufmerksamkeit für alternativökonomische Ansätze zu beobachten. Das gilt auch für die Soziale Solidarische Ökonomie, die in anderen Ländern mit längerer Krisenerfahrung bzw. ausgeprägterem Krisenbewusstsein weitaus mehr beachtet wird – und nicht zuletzt für die Europäische Union, deren neue »Social Business Initiative« immerhin durch den Kommissionspräsidenten Barroso verkündet wurde. Schon seit längerer Zeit tauchte die Soziale Solidarische Ökonomie (leider unter immer wieder neuen Bezeichnungen) in den Gemeinschaftsprogrammen der EU als Hoffnungsträger im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung auf. Gelegentlich wurde ihr dabei sogar eine »Schlüsselrolle« zugewiesen, allerdings mehr verbal, die tatsächliche politische und finanzielle Unterstützung blieb eher bescheiden. Trotzdem ist es ein Fortschritt, zumindest gegenüber der Lage in Deutschland – wo sie immer noch mit »sozialer Marktwirtschaft« verwechselt wird – dass die Soziale Solidarische Ökonomie überhaupt wieder auf der Agenda steht.

Max Weber, ein ebenfalls weitgehend vergessener Ökonom, war der Ansicht, dass soziale Phänomene aus ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte heraus verstanden werden sollten. Allen hier subsumierten Ansätzen ist gemeinsam, dass sie ihre Entstehung wirtschaftlichen Krisenentwicklungen verdanken, Antworten gesucht und Handlungsalternativen in die Praxis umgesetzt haben. Wir könnten demnach zusammenfassend die Soziale Solidarische Ökonomie verstehen als eine permanente Selbsthilfebewegung auf der Suche nach Wegen und Auswegen aus wirtschaftlichen Krisenentwicklungen. Sie ist so alt und so vielfältig wie ihre jeweiligen Anlässe und kulturell so verschieden wie ihr historisches oder regionales Umfeld. Es gibt also nicht eine, sondern viele alternative Ökonomien, die allerdings – da sie im Zeitalter der Globalisierung zunehmend von den gleichen Krisenerscheinungen betroffen sind – viele Gemeinsamkeiten aufweisen, weshalb wir uns austauschen und voneinander lernen sollten.●

### Info

In CONTRASTE 326 im November 2011 erschien von Karl Birkhölzer: »Soziale Solidarische Ökonomie – Eine weltweite Bewegung« als Teil 1 dieser Artikelserie. Weitere Beiträge sind in loser Reihenfolge geplant.

Der Autor gehört dem »Technologie-Netzwerk Berlin e.V.« an. Dies ist ein gemeinnütziges soziales Unternehmen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Bildung auf dem Gebiet einer bedürfnisorientierten, lokalen oder regionalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik:

**Kontakt:** www.technet-berlin.de/

KONZEPTE

# SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

## Gibt es ein richtiges Leben im falschen?

**Konzepte der solidarischen Ökonomie sind keine neue Erfindung. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht und auch schon früher, gab es Menschen, die andere Wünsche und Vorstellungen hatten und alternative Konzepte entwickelten. Ebenso alt ist auch die Kritik an solchen Vorstellungen.**

Foto: Archiv

**Von Gisela Notz, Berlin** ● Die kompromissloseste Kritik am Genossenschaftswesen kam Ende des 19. Jahrhunderts von Rosa Luxemburg als Vertreterin des wissenschaftlichen Kommunismus. Sie machte deutlich, dass es um eine »gänzliche Umbildung der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung« gehe, »die nur durch Ergreifung der Staatsgewalt und niemals auf dem Wege der sozialen Reform im Schoße der heutigen Gesellschaft herbeigeführt werden kann.« Produktivgenossenschaften waren für sie ein »Zwitterding«, eine im Kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch. Die Frage »gibt es ein richtiges Leben im falschen?« wurde zu Kernfrage des Genossenschaftswesens, das schließlich zur »dritten Säule« der Arbeiterbewegung wurde.

Anfang der 1970er Jahre wurde sie neu gestellt. Auch wenn Adorno in Minima Moralia, einem zwischen 1944 und 1947 im kalifornischen Exil entstandenen Buch schreibt: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen«, meint er keinesfalls, dass es gleichgültig sei, wie man sein Leben gestaltet. Er plädiert nicht für Resignation und Nichtstun, solange nicht das ganze falsche Leben verändert ist. Wenn es schon kein richtiges Leben im falschen geben kann, so gibt es doch immerhin ein »stellvertretendes«, eine Gegengesellschaft. Er fragt sich, ob es nicht möglich sei, durch frei assoziierte Individuen eine »Gegenvergesellschaftung« und damit Modelle eines richtigen Lebens zu erstellen. Dort müsse man so leben, »wie man dem eigenen Erfahrungsbereich nach sich vorstellen könnte, dass das Leben von befreiten, friedlichen und miteinander solidarischen Menschen beschaffen sein müsste«. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass sich die Spielräume für derartiges Agieren unter verschärfendem Krisendruck deutlich verringern. Daher gilt weiterhin: »Keine Emanzipation ohne die der Gesellschaft«. Das schließt nicht aus, Fenster in eine andere Welt innerhalb des kapitalistischen Systems im Hier und Jetzt zu öffnen.

Dass das Experimentieren mit real utopischen Inseln möglich ist, beweisen Projekte der alternativen Ökonomie, wie sie in dieser Zeit reihenweise gegründet worden sind. Sie entstanden in engem Zusammenhang mit der Studenten-, Ökologie- und Frauenbewegung und verfolgten den politischen Anspruch, demokratische, möglichst selbstbestimmte Betriebsorganisationen zu schaffen. »Alternative« Lebens- und Arbeitszusammenhänge, selbstverwaltete Betriebe und Projekte der solidarischen Ökonomie, »neue« Genossenschaften und Kommunen gehörten dazu. Bewusst oder unbewusst setzten sie an anarchistischen und sozialistischen Theorien (z. B. an Gustav Landauers »Utopie der Tat«), die noch vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt wurden, an. Die AkteurInnen wollten im Hier und Heute, innerhalb des bestehenden Systems Gegenmodelle schaffen. Die Ursachen für die Gründung von Alternativprojekten der Neuen Sozialen Bewegungen sind sowohl in der Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu suchen, als auch in dem Wunsch, Privatleben und Arbeit zusammenzubringen, ökologisch nachhaltig mit der Mit- und Umwelt umzugehen, sich selbst aufgrund fehlender Berufsperspektiven (u. a. bedingt durch Berufsverbote oder die gescheiterte Betriebsintervention linker Gruppen) Arbeitsplätze zu schaffen. Triebfeder für das Engagement war der Wunsch zur gemeinschaftlichen Arbeit, die möglichst von einer Gruppe im Konsens und bei gleichem finanziellen Risiko geleistet werden sollte. Hierarchien und geschlechterhierarchische Arbeitsverteilungen wurden abgelehnt.

Einige verloren dabei das Ziel der grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht *aus dem Blick;* andere hatten es nie *im Blick*.

Hohe politische Ansprüche an Egalität und Verzicht auf materielle Güter führten dazu, dass viele Projekte entstanden und auch wieder verschwanden. Einige Initiativen verloren sich in ihrer Subkultur, andere haben sich im Laufe der Zeit aus dem subkulturellen Ghetto herausgetastet und sich den Marktmechanismen sowie dem Trend zum Einzelunternehmen angepasst. Wieder andere wirken mit dem Selbstverständnis von Kollektiven gleichberechtigter Mitglieder bis heute.

Dazu gehören auch einige Kommunen. Kommunen als Lebens- und Arbeitsgemeinschaften sind die wohl radikalste Form des alternativen Wirtschaftens. Die politischen Kommunen (rund 40 Projekte mit etwa 600 Mitgliedern) haben sich seit etlichen Jahren in der Plattform Kommuja zusammengeschlossen. In ihrem Selbstverständnispapier einigten sie sich in einer freien Vereinbarung auf drei wesentliche Punkte: Gleichberechtigtes Miteinander und Ablehnung von Machtstrukturen, Loslösung vom herrschendem Verrechnungs- und Besitzstandsdenken und Ändern der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Betätigung in unterschiedlichen politischen Arbeitsfeldern. Die in solchen Zusammenhängen Lebenden wollen im Hier und Jetzt mit der Verwirklichung einer besseren Gesellschaft, in der das »gute Leben« für alle gilt, beginnen.

### Utopische Flucht oder revolutionärer Kampf?

MarxistInnen und andere Linke betrachteten auch die AktivistInnen der 1970er und folgenden Jahre oft skeptisch und bezeichneten sie lange Zeit als Utopisten oder als Idealisten und Individualisten, die ihre Hoffnung in der Dissidenz sehen, den Protest quasi von der Strasse holen, anstatt revolutionären Kampf zu organisieren, um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse umzustürzen. Tatsächlich liegt die Perspektive der meisten VertreterInnen radikaldemokratischer Gemeinschaftskonzepte in der Entwicklung einer eigenverantwortlichen Arbeits- und Lebenskultur *neben* der vorherrschenden kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft, *bevor* durch eine revolutionäre Umgestaltung die allgemeinen Bedingungen dazu geschaffen sind.

Dass sie antikapitalistische Ziele nicht erreichen können, wenn sie sich auf eine Insel oder »mittelalterliche Dorfidylle« zurückziehen, wissen die meisten selbst. Nicht nur durch ihre Betriebe und Einrichtungen, sondern auch durch ihre politischen Aktivitäten wirken sie nach außen. Sie haben Fenster in eine herrschaftsfreie Welt aufgetan, nicht mehr und nicht weniger, in eine Gesellschaft, in der die »freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Karl Marx). Sie setzen auf die Kraft des Experiments und des Vorlebens. Sie sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, Macht, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt in unserer Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, anstatt zu glauben, sie für die eigenen Zwecke gestaltbar und nutzbar machen zu können. An ihrer Existenz kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen, demokratischeren und ebenbürtigen Lebens- und Arbeitswelt nicht nur in den Köpfen und Büchern von Menschen zu finden sind, die sich theoretisch damit auseinandersetzen, sondern dass sie in Ansätzen hier und heute lebbar sind. Und das, obwohl heute utopisches Denken nicht gerade hoch im Kurs steht und Visionen unter dem Verdikt konkreter Machbarkeit stehen. Vielleicht gelingt es ihnen, »ihre Anschauungen in neue Kreis zu tragen, wo sie sich fruchtbar auswirken können« (Rudolf Rocker), wie es Anarchisten für die neu entstehenden Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft hatten.

Wichtig erscheint eine Strategie, die breite Kreise der mit den gesellschaftlichen Verhältnissen Unzufriedenen und an einer emanzipatorischen Veränderung Interessierten in ihre Konzepte einbezieht. Und wichtig werden internationale Vernetzungen, wie sie im März 2012 in Kassel unter dem Motto »Kultur der Kooperation« vorgestellt werden.●

**Info**

Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt, Stuttgart 2011.
Kommuneprojekte online: www.kommuja.de und http://contraste.org/kommunen

FORUM SOLIDARISCHE ÖKONOMIE – KULTUR DER KOOPERATION

## Das Forum zum Forum machen

**Vom 2. bis 4. März 2012 findet in Kassel das 1. bundesweite »Forum Solidarische Ökonomie« statt. Unter dem Titel »Kultur der Kooperation« richtet es sich vor allem an Aktive aus der Solidarischen Ökonomie, aber auch an Interessierte. Stärker als beim Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« vor fünf Jahren in Berlin, soll sich diesmal der partizipative Anspruch vieler solidarökonomischer Betriebe und Projekte auch in der Form der Veranstaltung wiederfinden. Kein Konsum-Kongress also, sondern ein Mitmach-Forum.**

**Von Robin Stock, Berlin und Dagmar Embshoff, Kassel** ● Hinter dem Begriff Solidarische Ökonomie verbirgt sich eine breit verzweigte, internationale Bewegung, die hierzulande bislang weniger laut und spürbar ist als beispielsweise in Südeuropa oder Lateinamerika. Sie zeigt sich in verschiedensten Szenen, vielfältigen Ansätzen und trägt gerade in Deutschland viele Namen: »Soziale und Solidarische Ökonomie«, »Alternative Ökonomie«, commons/Allmendewirtschaft, neue Genossenschaften, Gemeinwohlökonomie, community economy/Gemeinwesenökonomie, assoziatives Wirtschaften,Umsonstökonomie, peer-to-peer-economy etc.

Das Forum Solidarische Ökonomie möchte die Gemeinsamkeiten der dahinterstehenden Gruppen, Organisationen und Konzepte herausarbeiten, ohne Unterschiede und Konflikte unter den Teppich zu kehren. Entsprechend dem Untertitel »Kultur der Kooperation« untergliedert es sich in drei Themen-Stränge:

- Kooperation innerhalb von Betrieben/Projekten
- Kooperation zwischen Betrieben/Projekten
- Gesamtgesellschaftliche (Kultur der) Kooperation.

Hinzu kommen zwei teilweise international besetzte Podien, Regionaltreffen, Exkursionen, Info-Stände, Café und mehr. Die »Initiative Netzwerk Solidarische Ökonomie« möchte mit dem Forum AkteurInnen der Sozialen und Solidarischen Ökonomie zusammenbringen, Austausch und Diskussionen ermöglichen und eine dauerhafte Vernetzung der verschiedenen Betriebe, Projekte und Organisationen und engagierten Einzelpersonen voranbringen. Im Zentrum des Forums steht daher neben ca. 40 Workshops und Fishbowl-Diskussionen ein Open Space, also ein Raum, in dem alle Teilnehmenden selbstorganisiert und selbstverantwortlich ihre Themen, Fragen und Ideen gemeinsam bearbeiten können – inkl. dem Aufbau eines gemeinsamen Netzwerk Solidarische Ökonomie. Denn eine gemeinschaftliche, demokratische Ökonomie verlangt auch nach partizipativen Austauschformen, die alle Beteiligten einbeziehen.

Als Ort für das Forum SÖ wurde bewusst Kassel gewählt, da in dieser Region eine Vielzahl von Betrieben und Projekten der Solidarischen Ökonomie zu finden ist. Darüber hinaus konnten mit dem regionalen »Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie« (http://www.vfsoe.de) und dem Fachbereich 5 der Uni Kassel sowie dem Nukleus Solidarische Ökonomie an der Uni Kassel wichtige Mitträger gewonnen werden.

### Die Zeit ist reif

Ob Occupy-Proteste, Stuttgart 21, Anti-Atom-Bewegung oder der Arabische Frühling, die Bewegungen der letzten Monate zeigen: Immer mehr Menschen sind die Folgen einer ungerechten, Rendite-gesteuerten Ökonomie und Gesellschaft leid. Die wechselnd aufwabernden Krisen (Wirtschafts- und Finanzkrise, Klimakrise, Ernährungskrise, Schuldenkrise usw.) multiplizieren sich dabei zu einer vieldimensionalen GesellschaftsWirtschaftsSystemKultur-Krise (oder Meta-Krise, wie Harald Welzer es nennt). Diese Krise fördert vermutlich eine gewisse Offenheit für ökonomische Alternativen und gleichzeitig Ängste und dementsprechend Bedürfnisse nach Sicherheit. Das Gelegenheits-Fenster heißt Stärkung lokaler und regionaler, möglichst direkter Wirtschafts-Beziehungen und Eigeninitiative – als Alternative zu anonymen Märkten. Der Selbsthilfe- und Selbermach-Hype ist längst da. Der Ruf nach Demokratisierung und Mitgestaltung auch. Manches wächst eher stetig und leise – wie der Faire Handel, Regiogeld-Initiativen, demokratische und freie Schulen, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften oder Mitgliederläden. Doch auch in den Medien ist dieser Tage immer wieder von sprießenden Nachbarschaftsgärten, Solidarischer Landwirtschaft (CSA), jungen Energiegenossenschaften, gemeinschaftlichen Wohnprojekten, neuen Dorfläden und Ähnlichem mehr zu hören. Kaum wettern ein paar KundInnen und MitarbeiterInnen gegen den Verkauf des Ökotextilversandhandels hessnatur an einen Rüstungsinvestor und denken über die Gründung einer Kooperative nach, steht bereits das ZDF in der Tür. Ethische Banken können sich vor Interview-Anfragen und Einladungen kaum retten, ebenso wenig vor dem Geld spätestens jetzt auf Sinn bedachter AnlegerInnen. Eine günstige Situation für sich gründende oder wachsende Projekte und Betriebe Solidarischer Ökonomie.

Hinzu kommt das beginnende UN-coopsyear (Genossenschaftsjahr) 2012. Welch eine Gelegenheit, allzu etablierten Wohnungsgenossenschaften und Genossenschaftsbanken auf den Zahn zu fühlen, wenn sie von ihren Idealen schwärmen und ihre Geschichte rühmen. Und das verstaubte Bild von Genossenschaften (18hundertirgendwas, unliebsame Parteien, Zwangskollektivierung etc.) durch neue, lebendige Bilder zu ersetzen.

Fortsetzung auf Seite 9

RGW, BERLIN

# SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

# Über das Scheitern von Vernetzungsversuchen

**Der RGW Berlin (RGW: »Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe«) ist aus der Berliner Häuserkampf-Szene und Kollektivbewegung der 1980er Jahre hervorgegangen. Der jahrelange Versuch, einen Zusammenhang von Menschen, die sich aktuell oder zeitweise in selbstorganisierten Betrieben, Projekten und ähnlichen Experimenten bewegen oder bewegt haben, in eine lebendige, dauerhafte und kooperative Struktur zu gießen, scheiterte. Geblieben ist das RGW-Beratungsbüro Berlin.**

Von Willi Schwarz, Berlin ● Die schlechte Nachricht gleich zu Anfang: Nach meinen Erfahrungen der letzten 25 Jahre mit Zusammenarbeit bzw. Kooperationen ist die Geschichte der Vernetzung linker/alternativ-ökonomischer Projekte ein mehr oder weniger gescheiterter Versuch: »Im Westen nichts Neues«.

Vorhandene Zusammenschlüsse sind kurzlebig und haben keine politische Ausstrahlung. Sie sind beschränkt auf ein oder ganz wenige Themen/Aufgaben (Fort- und Weiterbildung oder einzelner Branchen wie Fahrradläden, Graphisches Gewerbe, Holzverarbeitung) und entwickeln Funktionärswasserköpfe (manchmal ganz ohne Basis). Sie sind entweder klein, praxis- und lebensnah, aber ohne Außenwirkung, oder groß und erstarrt, funktional, aber nicht lebendig.

Meine diesbezüglichen Erfahrungen beschränken sich darauf, wie es nicht geht, auf das Benennen bekannter Gefahrenquellen. Die gemachten Erfahrungen sind aber nicht unbedingt übertragbar bzw. verallgemeinerbar. Das eröffnet natürlich im Prinzip Chancen durch neue Versuche. Dabei sind Fehler nicht zu vermeiden, aber neue sollten es sein, alte zu wiederholen ist ziemlich langweilig und vergeudet Kräfte. Vernetzung ist auf alle Fälle in Deutschland zwischen linken Projekten nicht sehr verbreitet, überregional überhaupt nicht, regional vereinzelt. Sie steht in keinem Verhältnis zur Anzahl der Projekte und Initiativen.

### Woran liegt's?

Zusammenschlüsse beginnen mit Enttäuschungen. Es bekommt nicht jede/r das, was jede/r will. Kompromisse mit den Interessen und Wünschen der anderen beteiligten Individuen oder Gruppen führen von Beginn an zu Differenzen zwischen Einzelgruppe und Verbund. Die Differenz wächst leider mit der Größe des Zusammenschlusses: Je größer, umso vielfältiger, umso größere Einigungsanstrengungen, umso größer ist am Ende die Differenz zu dem ursprünglichen Anliegen. Das ist theoretisch nichts Neues. Es stellt sich die Frage nach der Gegenleistung für meinen Gemeinschaftsbeitrag. Viele sagen: »Wenn ich mich mit den GenossInnen zusammentue, was habe ich/was haben wir denn davon?« Es muss mir oder meinem Projekt etwas bringen. Das ist zwar legitim, aber Rentabilitätsberechnung erzeugt Zwang zum sofortigen Ertrag, nach dem Motto: »Mal gucken, was die da vorhaben...« Unter Umständen war's das dann schon!

Foto: Archiv

Die Mühen dieser Ebenen sind im Alltag zu anstrengend bzw. bedeuten noch mehr Zusatzarbeit. Bei zu langer einseitiger Belastung erfolgt Rückzug, scheinbar geht es alleine besser. Dieser Punkt ist alleine schon hochprozentig wirksam und einer der entscheidenden Gründe für's Scheitern.

### Andererseits...

Vernetzung ist nur langfristig nützlich, sie hat einen Selbstzweck, unabhängig vom eigentlichen Kooperationszweck. Zum Beispiel sind allein Kontakte wichtig, Treffen interessanter Leute, Klatsch und Tratsch (vornehmer: Info-Börse), ich brauche nichts dafür – kann aber etwas in einem Solidarkreis dazu tun, Kraft und Einigkeit spüren, evtl. auch ähnliche Verzweiflung. Überbetriebliche Kooperation ist förderlich, erleichtert, macht das Erreichen von Projektzielen oft erst möglich, zum Beispiel durch Wissenstransfer, Erfahrungsaustausch, kostensenkendes Wirtschaften, gegenseitige Unterstützung, starke Interessenvertretung gegenüber anderen Akteuren und gesellschaftlichen Institutionen. Das ist alles einleuchtend und notwendig, aber: Bisher haben die verschiedenen Ansätze keine wirksamen, übergreifend handelnden Akteure hervorgebracht.

### Warum?

Ausgangspunkt für die meisten Projekte ist der gesellschaftliche Gegenentwurf. »Was wir tun und wie wir's tun«, das ist die Motivationsgrundlage. Das umzusetzen erfordert Autonomie und Individualität, den betriebsnotwendigen Egoismus, dessen Herstellung und Erhalt einen überschaubaren, verlässlichen Rahmen erfordert. Das ist so etwa das Gegenteil von dem, was in größeren Verbünden erfahren wird: dort bist Du abhängig von unkalkulierbaren Entwicklungen und verfügst nur über bedingte Einwirkungsmöglichkeiten. Die Folge ist ein Dilemma. Denn für das Erreichen von Projektzielen ist gemeinsames, solidarisches und politisches Wirken nach außen erforderlich. Es besteht die Notwendigkeit für eine Öffnung der Gruppe nach außen, das Eingehen von Verbindungen und betriebsübergreifendes Handeln, gerade nicht Rückzug bei Krisen und Bedrohungen, gerade kein Einigeln bei Kürzungen oder Angriffen auf die Existenz. Die Lösung des Dilemmas besteht dann oft in einer Definitionsänderung: Das Erreichen des Projektzieles wird bereits in der Abkehr von der Normalwirtschaft gesehen, die Existenzsicherung des gelebten Projektalltags als Demonstration der Andersartigkeit zum Ziel umdefiniert – für die meisten Projekte ist ohnehin die Ablehnung der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweise das bestimmende Motiv, nicht eine praktische, visionäre Vorstellung von einer übergreifenden, massenhaften und geldlosen Versorgungswirtschaft. Das führt zu projektinterner Immigration. Diese Projekte verschwinden dann oft sang- und klanglos (z.B. bei Auslaufen einer Förderung, Insolvenz, Konflikten, etc.), und erst dann wird dieser Prozess überhaupt sicht- und spürbar.

Nächster Mangel oder Hürde: Ein zu kurz greifender politischer Diskurs am Anfang, seltene Überprüfung unterwegs und ein pragmatischer, alltäglicher 'Gebrauchswertumgang' führen zu Oberflächlichkeit und nur allgemeinen Aussagen, weil ein möglichst großes Volumen das Ziel ist. Das bringt aber weder politischen Anstöße nach außen, noch politische Motivation nach innen. Ein politischer Diskurs ist aber zwingend erforderlich. Die Hegemonie der herrschenden ökonomischen Theorie und der davon dominierten Politik zwingt zur Rechtfertigung nach außen, erzeugt einen permanenten Legitimationszwang für alternativ-ökonomisches Wirtschaften, für andere ökonomische Ziele, für die Ablehnung von Ausbeutung, für Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit.

Wenn ich mich dem stelle, brauche ich ein angemessenen Selbstverständnis meines eigenen Tuns, wie auch eine klare Analyse der mich umgebenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität. Nur so kann ich der ständigen Fragestellung begegnen: »Wozu mache ich das eigentlich?« Das ist bei dieser Arbeit ein ständiger Begleiter im Alltag, anders als bei abhängiger Beschäftigung oder Tätigkeiten in institutionalisierter Form. Die Verinnerlichung eines anderen Wertesystems ist erforderlich. Nicht mehr Anerkennung über Bruttoeinkommen, Karriere, Rangordnung, Titel, Entscheidungshoheit, sondern Lebensqualität durch selbstbestimmte Zeiteinteilung, soziale Integrität, Mitgestaltung und Mitentscheidung. Eine Wirtschaftsweise, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht das Benchmarking. Dafür ist eine politische Begründung, in ständig aktualisierter Form, unerlässlich.

### Schlussspurt

1. Kooperation ist unumgänglich zur Sicherung der eigenen Projektziele und für jegliche politische Arbeit, um dem Kapitalismus das Wasser abzugraben, zumindest einige Staustufen zu errichten.
2. Jede Vernetzung braucht eine »eigene Seele«, ein unverwechselbares Gesicht, z.B.: »Wir sind das Dresden mit Zukunft: Wenn eure Stadtkassen längst leer sind, gibt es uns immer noch, also kommt lieber gleich zu uns!«
3. Jedes einzelne Projekt/jede einzelne Gruppe ist eine Keimzelle für gemeinschaftliches solidarisches Handeln – dieses Potential schlummert noch.
4. Wir können unsere Zusammenhänge nur aus den spezifischen Bedürfnissen und Bedingungen der jeweiligen Gegebenheiten entwickeln. Lernen von anderen ist allenfalls in der rechtlichen und organisatorischen Struktur und aus Fehlern möglich. Eine einfache Adaption wird kaum funktionieren.●

*Dieser Text erschien ursprünglich als Teil einer Darlegung der Erfahrungen des »RGW Beratungsbüros Berlin« aus der Beratung einer Vielzahl von selbstorganisierten Projekten und Kooperationen im Rahmen des Projekts »Kunst des Scheiterns«: http://kds.grupponet.org. Er wurde für den Abdruck in CONTRASTE bearbeitet.*

### Info

**Die Kunst des Scheiterns – Erfahrungen mit dem kollektiven Wirtschaften und Ideen zur Vorbeugung gegen Krisen...**

»Ziel des Projekts `Kunst des Scheiterns´ (KdS) ist die Förderung kollektiver, nutzenorientierter Formen des Wirtschaftens, insbesondere durch Erforschung, Schulung, Beratung und Vernetzung bzw. Organisierung von Kollektivbetrieben. Dabei verstehen wir Kollektivbetriebe als basisdemokratisch organisierte Unternehmungen ohne Chefs und formale Hierarchien, die nicht gewinnorientiert sind und sich als Teil eines Transformationsprozesses zu einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsordnung verstehen.« (aus dem Statut des KdS-Kollektivs).

»Kunst des Scheiterns« ist ein Kollektiv, das eine formale Vereinsstruktur nutzt, und in einem gesonderten Vertrag das Verhältnis zwischen Verein und Kollektiv geregelt hat. Alle Dokumente sind auf der Website veröffentlicht, ebenso wie ein »Positionspapier `Kollektivbetriebe´« der anarchosyndikalistischen FAU vom Mai 2011. Das Projekt »ist aus einer Arbeitsgruppe entstanden, die sich vorgenommen hatte, die Erfahrungen aufzuschreiben, die beim Aufbau und fast zehnjährigen Betrieb des Hamburger Kollektivbetriebes `Café Libertad´ gemacht worden waren. Ziel war es, diese Erfahrungen zu dokumentieren und damit für andere Kollektive (oder solche, die eins werden wollen) nutzbar zu machen.«

Das Projekt bietet Beratung und Begleitung für Kollektive, vor allem in der Gründungsphase, an. Seit Oktober 2011 werden auf der Website Erfahrungen mit kollektivem Wirtschaften veröffentlicht, die anhand von einem Fragebogen erfasst werden. Bisher haben dies der Berliner Getränkevertrieb Gekko (in dem auch »die Schnittstelle« ihre Produkte aus kollektiver Produktion vertreibt, siehe CONTRASTE 326, November 2011), die Kaffee-Rösterei Quijote in Hamburg und das Berliner Beratungsbüro RGW getan.

Weitere Kollektive und auch ehemalige KollektivistInnen werden gebeten, ebenfalls ihre Erfahrungen weiterzugeben. http://kds.grupponet.org.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

### Netzwerk Solidarische Ökonomie?

Nun gilt es, diese günstige Zeit zu nutzen und die vielen bereits existierenden Betriebe, Initiativen und Unterstützungsstrukturen sichtbarer zu machen, inhaltliche wie auch wirtschaftliche Vernetzung zu fördern und sich für bessere politische Rahmenbedingungen einzusetzen. In den letzten Jahren sind in vielen Ländern entsprechende Netzwerke und Bewegungen für eine Solidarische Ökonomie aus dem Boden gesprossen. Aktive treffen sich auf den Weltsozialforen und auf den Kongressen von RIPESS (»Interkontinentales Netzwerk zur Förderung der Sozialen und Solidarischen Ökonomie«), bzw. dem im September 2011 gegründeten Zusammenschluss RIPESS EU »Solidarity Economy Europe«. In Deutschland ist hiervon wenig bekannt. Trotz vieler sehr engagierter Organisationen – von denen nicht wenige das Forum als Kooperationspartner unterstützen – fehlt es an einer Szenen-übergreifenden, starken und öffentlich wirksamen Vernetzung. Das Forum kann ein Auftakt sein, die sehr unterschiedlich intensiv vernetzten AkteurInnen der Solidarischen Ökonomie in einen kontinuierlichen Austauschprozess zu bringen und damit den Grundstein für ein Netzwerk der Solidarischen Ökonomie in Deutschland zu legen.●

www.solidarische-oekonomie.de

### Info

Herzliche Einladung an alle, die sich der Sozialen, Solidarischen und/oder Alternativen Ökonomie zugehörig oder verbunden fühlen: Kommt vom 2.-4. März 2012 zum Forum Solidarische Ökonomie nach Kassel und macht das Forum zum Forum! Weitere Informationen und Anmeldung: www.solidarische-oekonomie.de

BRASILIEN:

# SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

# Genossenschaftsgründung als Bildungsprozess

**Eine besondere Rolle für die Förderung und Entwicklung der Solidarischen Ökonomie in Brasilien nehmen die Universitäten ein. Viele brasilianische Universitäten unterhalten »Technologische Innovationswerkstätten für Volksgenossenschaften« (Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares, ITCP).**

**Von Sebastian Atmer, Köln** ● Die ITCPs fördern sowohl die Gründung als auch die Professionalisierung von Genossenschaften und anderen selbstverwalteten Vereinigungen durch Bildung, Forschung und Beratung. Zielgruppen sind Kleinstunternehmen im Produktions- und Dienstleistungsgewerbe sowie solidarische Mikrofinanzgruppen, die familiäre Landwirtschaft und Belegschaftsübernahmen großer Industriebetriebe in Genossenschaftsform. Somit trägt die Gründungsberatung der Innovationswerkstätten in hohem Maße zu einer Verbreitung der Solidarischen Ökonomie in Brasilien bei. Ihre Bildungsmaßnahmen widersetzen sich der Figur des *homo oeconomicus* und beinhalten enorme Entwicklungspotentiale für eine nachhaltig kooperative Wirtschaftsweise.

Die erste Innovationswerkstatt entstand im Jahre 1995 aus einer gemeinsamen Initiative von StudentInnen und ProfessorInnen an der Bundesuniversität von Rio de Janeiro. Sie hatte das Ziel, beim Aufbau von Arbeitskooperativen in den Armutsvierteln von Rio de Janeiro langfristig aktiv zu sein (vgl. Singer 2001). Inzwischen gibt es landesweit 88 Innovationswerkstätten, die sich in zwei Netzwerken zusammengeschlossen haben: Das »Universitäre Netzwerk der Technologischen Innovationswerkstätten für Volksgenossenschaften« *(Rede Universitária de Incubadoras Tecnológicas de Cooperativas Populares, Rede ITCP)* sowie das »Interuniversitäre Netzwerk für Studium und Forschung über die Arbeit« *(Rede Interuniversitária de Estudos e Pesquisas sobre o Trabalho, UNITRABALHO)*.

Innerhalb der Universitäten bestehen die Innovationswerkstätten als Fortbildungsprogramme. Neben Forschung und Lehre stellt die Fortbildung *(ExtençÒo)* eine zusätzliche, dritte Säule der akademischen Arbeit in Brasilien dar und dient der Verbindung von Universität und Gesellschaft. Nach diesem Selbstverständnis steht die Universität in der Pflicht, mittels Fortbildung wissenschaftliche Erkenntnisse an die Gesellschaft zurückzugeben und zu ihrer »Entwicklung« beizutragen.

### Der Inkubationsprozess

Grundlage der Bildungsarbeit ist die brasilianische Volksbildung *(EducaçÒo Popular)* nach dem Befreiungspädagogen Paulo Freire. Im Freire´schen Sinne leiten die Innovationswerkstätten vor der Genossenschaftsgründung einen Bildungsprozess ein, welcher es den sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen ermöglicht ihre konkreten Lebenserfahrungen einander mitzuteilen und über die Ursachen ihrer sozialen Lage zu reflektieren. Aus diesem Dialog werden Maßnahmen für kollektives Handeln abgeleitet. Die gemeinsame Betroffenheit von Armut und Arbeitslosigkeit hebt eine Genossenschaftsgründung als Lösungsansatz zur vereinten Existenzsicherung hervor und ermöglicht gleichzeitig die Funktionsweise der kapitalistischen Marktordnung kritisch zu hinterfragen. Somit entsteht aus der Verbindung der Freire´schen Pädagogik und Genossenschaftsgründung ein politisches Projekt, welches auf eine solidarische Wirtschaft abzielt.

Der Gründungsprozess solidarökonomischer Betriebe und seine pädagogische Begleitung wird als der sogenannte »Inkubationsprozess« bezeichnet. Er unterliegt einer demokratischen Entscheidungsfindung und Wissensorganisation. Die Wissenschaft bringt ihre theoretischen Kenntnisse bezüglich der Solidarischen Ökonomie, sowie juristischer, finanzieller, technischer und geschäftlicher Aspekte des Wirtschaftens in den Bildungsprozess ein, während die Genossenschaftsmitglieder praktisches und lokales Wissen beisteuern. Wissenschaft und »Volkswissen« sind somit gleichermaßen für einen erfolgreichen Betriebsaufbau bedeutsam. Dieser partizipative Bildungsansatz widerspricht dem traditionellen Wissensmonopol der Universitäten. Indem der Prozess von den ArbeiterInnen selbst gesteuert wird, entsteht nicht nur eine neue Form akademischer Bildungsarbeit, sondern auch eine neue Verbindung von Wissenschaft und Gesellschaft, die zum Abbau gesellschaftlicher Hierarchien beiträgt.

Der Inkubationsprozess lässt sich in drei Phasen unterteilen. In der Phase der *Vor-Inkubation* nimmt die Innovationswerkstatt ersten Kontakt mit der Zielgruppe, beispielsweise mit den BewohnerInnen von Armutsvierteln oder mit KleinbäuerInnen auf dem Lande auf. Es werden ihre persönlichen Geschichten und Fähigkeiten reflektiert, um für die Arbeit im Kollektiv zu motivieren. Das Konzept der Solidarischen Ökonomie wird erörtert und es folgt eine gemeinsame Entscheidung für die Geschäftstätigkeit. In einem zweiten Schritt, der *Inkubation,* erfolgt eine praktische Qualifizierung für die angestrebte Tätigkeit der Gruppe. Es werden ein Geschäftsplan, sowie die operative Planung von Einkauf, Produktion bzw. Dienstleistung und Vertrieb ausgearbeitet. Die Betriebsanmeldung beendet die Phase der Inkubation. Gewinnt die Gruppe mehr und mehr an Autonomie, beginnt die Phase der *Nach-Inkubation.* Die BeraterInnen ziehen sich langsam zurück und reagieren nur noch bei Bedarf der Gruppe.

### Solidarische Ökonomie als eine Bewegung »von unten«

In diesem Stadium haben die Menschen erlernt, dass und wie sie die Realität verändern können. Sie überwinden ihre passive Haltung und nehmen sich der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen selbst an. Getragen von einem Gefühl der kollektiven Stärke ist die Solidarität zu einer bedeutenden Praxis geworden. Es entstehen Organisationen und Netzwerke, um gemeinsame Interessen politisch zu vertreten. Somit zeigen die Bildungsaktivitäten der Innovationswerkstätten, dass der nachhaltige Aufbau einer Solidarischen Ökonomie nur durch eine partizipative Bewegung »von unten« möglich ist. Wer anders als die gesellschaftlich Unterdrückten hat Ausbeutung und Ausgrenzung unter den Bedingungen des Kapitalismus durchlebt? Die Erfahrungen der landlosen Kleinbauern und -bäuerinnen, der Beschäftigten im informellen Sektor oder der ArbeiterInnen insolventer Betriebe, ihr Wissen und ihre Erkenntnisse erhalten eine solidarische Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig aufrecht.

### Wie können wir von den Konzepten aus Brasilien lernen?

Für den Aufbau einer Solidarischen Ökonomie »von unten« müssen wir auch in Deutschland unsere Betroffenheit durch die neoliberalen Reformen der letzten Jahrzehnte reflektieren. Bei der Gründung von Projekten der Selbstverwaltung, z.B. in Form von Wohnungsbaugenossenschaften, Energiegenossenschaften, Sozialgenossenschaften etc. darf es nicht bei reiner Selbsthilfe bleiben. Vielmehr muss die Notwendigkeit der Genossenschaftsgründung in ihrem systemischen Zusammenhang gesehen werden.

Warum haben wir seit Jahren steigende Mietpreise? Warum konzentriert sich der Energiemarkt auf einige wenige Großkonzerne und warum kann der Sozialstaat die Bedürftigen immer weniger versorgen? Welche Politik ist dafür verantwortlich und was müssen wir tun, um sie zu verändern?●

### Literatur:

**Bernardi, Jacqueline (2009):** Solidarische Ökonomie. Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland, Kassel

**Freire, Paulo (1973):** Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg

**Melo Neto, José Francisco de (2010):** Usina Cantende, solidarische Wirtschaft und Volksbildung: eine alternative Erfahrung für die regionale und lokale Entwicklung, in: Sandkötter, Stephan (Hrsg.): Bildungsarmut in Deutschland und Brasilien, Peter Lang, Frankfurt am Main, S. 95-112

**Oliveira, Rosângela Alves de (2007):** Universität und Solidarische Ökonomie: Die brasilianische Erfahrung im Aufbau einer Methodologie, in: Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und regionale Entwicklung, Kassel, S. 125-142

**Müller-Plantenberg, Clarita (2008):** Bildung und Weiterbildung für Solidarische Ökonomie an Hochschulen, in: Giegold, Sven/Embshoff, Dagmar (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg, S. 57-61

**Singer, Paul (2001):** Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine vorläufige Bilanz, in: Karin Gabbert et al. (Hrsg.): Beharren auf Demokratie, Lateinamerika, Analysen und Berichte, Münster

FORSCHUNGSARBEIT ZU UTOPIE UND PRAXIS

# Kritischer Blick auf Solidarische Ökonomie in Brasilien

Um herauszufinden, »inwiefern selbstorganisierte und selbstverwaltete Arbeit durch die kollektive Übernahme eines Unternehmens oder die Gründung einer Kooperative eine Alternative zu einem Lohnarbeitsplatz sein kann« hat Astrid Schäfers mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung im Rahmen ihrer Dissertation die Zuckerfabrik »Catende« und die Zucker-/Fruchtsaftkooperative »Cooperasul« in Nordostbrasilien untersucht. Darüber hinaus wollte sie herausfinden, wie das brasilianische Netzwerk Solidarische Ökonomie funktioniert.

Die Genossenschaft »Catende Harmonia« ist mit etwa 4.300 Familien bzw. 14.000 Personen – ArbeiterInnen und selbstständig anbauende KleinbäuerInnen – die größte Produktivgenossenschaft Brasiliens. Sie gilt als Vorzeigebeispiel der Übernahme eines insolventen Unternehmens. Demgegenüber wurde »Cooperasul« von 400 kleinbäuerlichen Familienbetrieben neu gegründet.

Beide Unternehmen haben schwierige Ausgangsbedingungen, sie bauen Zucker an, der in erster Linie ein Exportprodukt ist, in einer Region mit ausgeprägter Armut und einer langen Geschichte sozialer Ungleichheit und Entrechtung arbeitender Menschen, von denen viele Analfabeten sind. Die Untersuchung von »Catende« liefert ernüchternde Ergebnisse: Hierarchische Verhältnisse haben sich weitgehend erhalten, KleinbäuerInnen müssen für Mikrokredite haften, die nicht sie selbst, sondern die Kooperative ausgezahlt bekam, Löhne werden teilweise zu spät oder überhaupt nicht gezahlt. Deshalb, und wegen gesundheitsschädigender Arbeitsbedingungen, kam es 2009 zum Gerichtsverfahren des »Öffentlichen Ministeriums« gegen »Catende«. Die Fabrik wurde zum Schadensersatz verurteilt.

»Cooperasul« wurde von KleinbäuerInnen neu gegründet, von denen einige im Zuge der Landreform – teilweise nach Landbesetzungen – eigenes Land erhalten hatten. Die Kooperative hat ernsthafte Probleme mit der Vermarktung und mit ihrer eigenen Verwaltung, jedoch eine stärker ausgeprägte demokratische Kooperationskultur als »Catende«.

Rund um die Untersuchung von »Catende« und »Cooperasul« beschreibt Astrid Schäfers historische und heutige Auseinandersetzungen um kooperatives Wirtschaften, und diskutiert kritisch die staatliche Förderung Solidarischer Ökonomie in Brasilien. Nach Ihrer Auffassung handelt es sich dabei »eher um eine Strategie der Integration der Armen und Ausgeschlossenen in den Arbeitsmarkt als um die Schaffung einer 'anderen', auf solidarischen, demokratischen und gleichwertigen Arbeitsbeziehungen basierenden Ökonomie, die die Entfaltung eines jeden Individuums fördert und auf die Einführung dieser Prinzipien in die herrschende Ökonomie setzt.«

Anfangs »ging die Initiative für die Schaffung der Strukturen der solidarischen Ökonomie nicht von den Betroffenen aus: Die gewerkschaftsnahen bzw. gewerkschaftlichen Organisationen und die Nichtregierungsorganisationen haben auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2003 den ideologischen Grundstein für die solidarische Ökonomie gelegt. Es waren also MitarbeiterInnen von NGOs, gewerkschaftsnahen bzw. gewerkschaftlichen Organisationen, MitarbeiterInnen von Förderprogrammen für Initiativen in den Universitäten, die überwiegend aus der Mittelklasse Brasiliens stammen, die die solidarische Ökonomie in Porto Alegre artikulierten und nicht die Arbeitslosen und vom formellen Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Personen.« Diese Mittelschicht dominiert dementsprechend auch die »organisatorischen und politischen Strukturen der solidarischen Ökonomie, wie etwa das nationale Forum der solidarischen Ökonomie FBES«. Die Betroffenen mit ihren Basisgruppen sind »vor allem aufgrund der staatlichen Förderung Teil des Netzwerks der solidarischen Ökonomie«, ihnen ist »das Konzept der solidarischen Ökonomie zu theoretisch, abstrakt und allgemein« und es kommt zu Konkurrenz um staatliche Förderung zwischen verschiedenen Netzwerken.

Astrid Schäfer hat eine interessante Arbeit mit einem weiten Blick auf Theorie und Praxis Solidarischer Ökonomie in Brasilien (und darüber hinaus), und eine notwendige kritische Reflexion vorgelegt, auch wenn ihre Schlussfolgerung Widerspruch hervorrufen mag: »Dennoch stellt die solidarische Ökonomie keine gesamtwirtschaftliche Alternative dar. Sie ist bestenfalls ein den kapitalistischen Gesamtkomplex auch Brasiliens leicht modifizierendes Projekt. Als solches kann sie aber für die beteiligten Menschen eine Differenz ums Ganze ausmachen.«●

Elisabeth Voß

*Astrid Schäfers: Solidarische Ökonomie – Utopie und Praxis: Demokratie und Autonomie in der Zuckerfabrik Catende und der Zucker- und Fruchtsaftkooperative Cooperasul in Nordostbrasilien. Dissertation, Berlin, 2011: www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000022936 und: Zucker, Hunger und Misere, in: Lateinamerika Nachrichten 421/422, Juli/August 2009, Berlin: www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/3665.html*

KAMPAGNE ZUM STOPP WEITERER PRIVATISIERUNGEN

# 12 Jahre PPP – eine Katastrophe

**Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) sammelt bis Ende März 2012 Unterschriften gegen weitere »Public Private Partnership« (PPP)-Projekte (auch ÖPP = Öffentlich Private Partnerschaften genannt). Die Aktion richtet sich an Bundesfinanzminister Schäuble.**

**Von Elisabeth Voß, Berlin** ● Überall leidet die öffentliche Hand unter fehlenden Haushaltsmitteln bei gleichzeitig notwendigen Ausgaben. Vor allem Investitionen in bauliche Infrastrukturen sind kaum noch finanzierbar. Da scheinen Partnerschaften mit Privatunternehmen die Rettung zu sein. Die Privaten übernehmen für einen längeren Zeitraum – in der Regel für 30 Jahre – öffentliche Infrastrukturen wie Schulen, Straßen und Brücken, Schwimmbäder, Theater und Veranstaltungshallen, Rathäuser und Gefängnisse.

Um solche PPPs zu fördern, wurde 2008 vom Bundesministerium für Finanzen und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die »Partnerschaften Deutschland – ÖPP Deutschland AG« gegründet – auch als PPP, gemeinsam mit weiteren öffentlichen Stellen und einer Beteiligungsgesellschaft von Privatunternehmen. Sie will »den Markt für wirtschaftliche Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland öffnen« und »dazu beitragen, dass öffentliche Infrastruktur wirtschaftlicher und besser realisiert wird.« Schöne Worte – und wie sieht die Realität aus?

Seit 12 Jahren setzen vor allem klamme Kommunen PPP als Finanzierungsinstrument ein. Sie übertragen die Verantwortung für die Sanierung der Gebäude an die Privaten, und zahlen diesen dafür eine Miete. Oft beauftragen die Kommunen die Privatfirmen gleich noch mit weiteren Aufgaben, zum Beispiel die Infrastrukturen auch zu betreiben. Dann haben sie jede Gestaltungsmöglichkeit abgegeben, und sind dem Gewinnstreben der Privaten vollständig ausgeliefert.

Zum Beispiel Schulen im Landkreis Offenburg: Für die Aushandlung der Verträge erhielten Beratungsfirmen und AnwältInnen (BBD, Ernst & Young, Freshfields) viele Millionen und versprachen 18,5% Kosteneinsparung. Dann forderten die Investoren Hochtief und SKE aber wegen angeblicher Mehrkosten höhere Mieten, so dass allein von 2005 bis 2010 die Mieten von 52 auf 73 Mio. Euro stiegen. Über die 15 Jahre Vertragslaufzeit werden um 520 Mio. Euro höhere Mietkosten anfallen als ursprünglich geplant.

Zum Beispiel Autobahn A1 Hamburg-Bremen: Hier wurde der Vertrag vom Bundesverkehrsministerium abgeschlossen. Seit der Investor Bilfinger Berger die 72 Kilometer lange Strecke betreibt, wird billig gebaut, die Fahrbahnen sind zu eng, Rettungsgassen für Einsatzfahrzeuge kaum möglich. Statt LKWs umzuleiten, werden sie durch Baustellen gelotst, denn der Investor kassiert die LKW-Maut. Dieser Autobahnabschnitt ist zur unfallreichsten Straße Deutschlands mit vielen Toten geworden.

Zum Beispiel Elbphilharmonie Hamburg: Die Kosten für den öffentlich zu finanzierenden Teil dieses Bauvorhabens, die ursprünglich mit 77 Mio. Euro angesetzt waren, steigen durch immer höhere Nachforderungen des Investors Hochtief – mit dem aktuellen Nachtrag von 180 Mio. Euro werden sie mehr als 500 Mio. Euro höher als geplant. Die Bauarbeiten stagnieren, es wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss gebildet.

Was dem gesunden Menschenverstand wie Betrug erscheint, ist bei PPP gängige Praxis, die durch Geheimverträge legalisiert wird. Erstmals hat der Berliner Wassertisch mit seinem Volksbegehren erzwungen, dass Privatisierungsverträge offen gelegt werden müssen. Normalerweise bekommen nicht einmal die ParlamentarierInnen sie zu sehen, die über solche Verträge abstimmen müssen. So geht die Demokratie verloren und die Leistungen für die BürgerInnen verschlechtern sich, während sich für Investoren, BeraterInnen und JuristInnen sich Riesengeschäfte auftun. Statt der erhofften finanziellen Vorteile enden PPPs für die öffentliche Hand in der Regel als finanzielles Desaster. In den öffentlichen Haushalten tauchen die Kosten der PPPs nicht als Schulden auf, obwohl sie als verdeckte Kreditaufnahme gesehen werden müssen. Die Rechnungshöfe, die den Umgang mit öffentlichen Mitteln kontrollieren, haben dies bereits mehrfach bemängelt.

Am 3. Januar 2012 lud GiB zur Pressekonferenz ins Deutsche Theater in Berlin. Der Privatisierungsexperte Werner Rügemer stellte beispielhaft PPP-Projekte vor, die ver.di-Gewerkschafterin Renate Sternatz wies unter anderem auf den PPP-Innovationspreis hin, der zum Beispiel 2007 an die Hamburger Elbphilharmonie vergeben wurde. Carl Wassmuth von GiB stellte die Kampagne vor, mit der Herr Schäuble aufgefordert wird:

- »legen Sie die bisherige Verschuldung durch PPP offen,
- stoppen sie die laufenden PPP-Vorhaben,
- lösen sie die PPP-Werbeagentur Partnerschaften Deutschland AG ersatzlos auf,
- schließen sie die deutschen Schattenhaushalte!«

Liebe CONTRASTE-LeserInnen,

bitte unterstützt die Kampagne von GiB und unterschreibt den Aufruf zum Stopp von PPP hier: http://gemeingut.org

Anzeige

## TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

**Verwaltungsgericht erklärt Tornado-Überflüge für belanglos**
Während des G8-Gipfels 2007 hatten Flugzeuge der Luftwaffe mehrmals eine angemeldete Versammlung in Reddelich überflogen. Die Polizei begründete den Einsatz militärischer Mittel im Inland damit, dass mit den von der Luftwaffe angefertigten Luftbildaufnahmen angeblich sich im Camp befindliche Erddepots mit Waffen ausfindig gemacht werden sollten. Dies entpuppte sich schon wenige Tage nach dem Gipfel als Unwahrheit. Auf den damals in vielen Tageszeitungen abgebildeten Fotos waren keine Bilder von Erdbewegungen zu sehen, sondern lediglich Aufnahmen von verschiedenen im Camp diskutierenden Personengruppen. Diese waren z. T. so scharf, dass einzelne Personen identifiziert werden konnten. Nach Bekanntwerden reichten verschiedene Personen bereits 2007 Klagen beim Verwaltungsgericht Schwerin ein. Trotz des eindeutig rechtswidrigen Überwachungscharakters des Militäreinsatzes wurde die Klage vom Gericht abgelehnt. »Das Verwaltungsgericht spricht den Klägerinnen und Klägern das Rechtsschutzinteresse ab, weil sie durch die Bildaufzeichnungen der Bundeswehr-Tornados nicht tief genug in ihren Grundrechten betroffen seien sollen. Wenn diese Argumentation Schule macht, wird der Rechtsschutz gegen polizeiliche und militärische Überwachungsmaßnahmen bei Großereignissen empfindlich eingeschränkt.« so der Anwalt der Kläger, Sönke Hilbrans.

**»Free all prisoners!« kein Gewahrsamsgrund**
Und nochmal G8: Während des Protests wurden zwei Personen eine Woche lang in Polizeigewahrsam gesperrt, weil sich in ihrem Auto Banner befanden, auf denen die Slogans »Freedom for prisoners« und »Free all now« standen. Angeblich seien die Parolen konkrete Tatvorbereitungen und Aufrufe zu Straftaten gewesen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Klage der beiden Studenten gegen den 6-tägigen sogenannten Unterbindungsgewahrsam ohne Angabe von Gründen nicht angenommen hat, und das Amtsgericht Rostock die beteiligten PolizistInnen vom Vorwurf der Körperverletzung im Amt freisprach, wurde Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. 4 Jahre später erklärte das Gericht die Gewahrsamnahme für rechtswidrig. Außerdem verpflichtete es die Bundesregierung neben den Gerichtskosten den Betroffenen auch eine Entschädigung von 3.000 Euro zu zahlen. **Mehr Infos**: http://daspolizeilichegegenueber.blogsport.de

**Sind PolizistInnen Staatsgewalttäter?**
Für das kommende Frühjahr hat sich das Amtsgericht Schleswig eine spannende Aufgabe vorgenommen: In einem Prozess gegen AntimilitaristInnen wird es um die Frage gehen, ob es eine Beleidigung ist, einen Einsatzleiter einer gewalttätigen Polizeitruppe zu fragen, ob er der ranghöchste staatliche Gewalttäter vor Ort sei, und ob er den Einsatz leite. Hintergrund des Verfahrens ist ein Prozess gegen eine Antimilitaristin im Februar 2010. Der Aktivistin wurde von der Bahn ein neues Gleis in Rechnung gestellt, dass die Polizei anlässlich einer Ankettaktion gegen einen Militärtransport der Husumer Bundeswehreinheiten für die NATO-Response-Force zerstört hatte.

Vor der Verhandlung kam es zu verschiedenen friedlichen Soli-Aktionen am Oberlandesgericht, was zu schikanösen Einlasskontrollen und aus Sicht der Betroffenen rechtswidrigen Hausverboten führte. In diesem Kontext soll auch einer der beteiligten AktivistInnen dem Einsatzleiter die in seinen Augen beleidigende Frage gestellt haben. Außerdem erhob das Amtsgericht gegen zwei aus Sicht der Betroffenen grundlos in Gewahrsam genommen Person Anzeigen wegen Beleidigung, Widerstand und »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole«. Das Verfahren ist deshalb brisant, weil sich Staatstheoretiker jeder Couleur einig sind, dass ein zentraler Bestandteil von demokratischen Herrschaftsregimen die Legitimierung eines staatlichen Gewaltmonopols durch Einrichtung einer angeblichen »Gewaltenteilung« sei. In dieser Gewaltenteilung komme der Polizei die Rolle als »Ausführende Gewalt« zu. Deshalb ist die einzige legale Form von Gewaltanwendung die staatliche Gewalt zur Durchsetzung von Gesetzen. Und für die tatkräftige Umsetzung dieser hochtrabenden Gedanken sind PolizistInnen doch zuständig, oder?
**Mehr Infos**: www.husuma.de.vu

**Bußgeld für das Nichtbefolgen von Platzverweisen?**
Die Polizei Demmin versucht in einem aktuellen Fall, das Nichtbefolgen von Platzverweisen zu kriminalisieren (Platzverweise gibt es nur im Polizeirecht. Polizeirecht hat einen präventiven Charakter. Die darin vorgesehenen Maßnahmen sollen Straftaten verhindern, und schaffen damit eine rechtliche Grundlage für Polizeiübergriffe, bevor die Strafprozessordnung greifen würde. Logische Konsequenz daraus ist, dass bei Maßnahmen nach Polizeirecht die Strafbewehrung fehlt: Es ist ja noch nichts passiert, weil die Polizei es verhindert hat). Am 1. Mai 2010 wurde anlässlich eines Nazi-Aufmarsches eine Antifaschistin in Gewahrsam genommen, weil sie gegen einen Platzverweis verstoßen haben soll. Anschließend bekam sie einen Bußgeldbescheid mit der Begründung, sie habe den Platzverweis nicht befolgt. Die »juristische« Konstruktion, die dabei zur Kriminalisierung verwendet wird, behauptet, dass die Betroffene mit dem Platzverweis durch die Polizei von der Versammlung ausgeschlossen worden sei, und sich nach dem Ausschluss nicht umgehend entfernt habe. Dies würde einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz darstellen, und sei deshalb zu bestrafen. Ob diese Konstruktion, die auf die Vermengung von Präventiv- und Strafrecht hinausläuft, haltbar ist, wird sich im Frühjahr bei der Gerichtsverhandlung zeigen.

**Zensus-Repression nimmt Fahrt auf**
Nachdem die datenschutzrechtlich bedenkliche Volkszählung »Zensus 2011« im Mai begonnen hat, sind die zuständigen Behörden seit Mitte Dezember soweit, »säumige Bürger« mit der Androhung von Zwangsgeldern und Erzwingungshaft doch noch dazu zu bringen, die Fragen der DatensammlerInnen zu beantworten. Von angeblich 4,2 Mio. verschickten Fragebögen seien 50.000 noch nicht zurück. Wer das Bußgeld nicht einfach so hinnehmen möchte, findet hier Infos: http://zensus11.de.

**Neuer »Richter Gnadenlos« in Hannover?**
Was einem blühen kann, wenn man sich ohne Anwalt in ein Gericht wagt, illustrierte am 18.12. in Hannover das dortige Amtsgericht. In einer Verhandlung wegen Hausfriedensbruch (der Angeklagte soll an einer Besetzung eines Baugrundstückes für ein Tierversuchlabor der Firma Boehringer teilgenommen haben), verhängte Richter Süschenbach eine Ordnungshaft wegen »Ungebühr«, die sofort vollstreckt wurde. Auf der Seite der ProzessunterstützerInnen (http://boehringer-besetzung.blogsport.de) wird die angebliche »Ungebühr« etwas anders geschildert: Der Angeklagte habe versucht, einen Antrag zu stellen, der laut StPO genau zu diesem Zeitpunkt gestellt werde musste, um nicht als »verspätet« zu gelten. Und dafür sei ihr Genosse postwendend eingesperrt worden...●

Hauke Thoroe

Anzeige

ARBEITGEBERZUSAMMENSCHLÜSSE

# Genossenschaftliche Kooperation hilft Unternehmen und Beschäftigten

**Für Betriebe ist es oft schwierig, für saisonale und befristete Beschäftigung sowie für spezifischen Teilbedarf gute und zuverlässige Fachkräfte zu rekrutieren und zu binden. In Frankreich wurde deshalb zu Beginn der 1980er Jahre das Modell der »Groupements d'employeurs« -»Arbeitgeber-zusammenschlüsse« (AGZ) entwickelt. Arbeitgeberzusammenschlüsse sind ein Instrument der regionalen Fachkräftesicherung. Mit ihrem überbetrieblichen Blick und ihrem integrativen Vorgehen berücksichtigen sie sowohl die Situation der Region, der Betriebe als auch von Beschäftigten sowie Zielgruppen des Arbeitsmarktes.**

**Von Sigrid Wölfing, Red. Genossenschaften** ● AGZ sind Zusammenschlüsse von Betrieben, die sich qualifizierte Arbeitskräfte teilen. Im Sinne eines kooperativen Personalmanagements bringen sie den Arbeitskräftebedarf, der über das Stammpersonal der Mitgliedsbetriebe hinausgeht, zusammen und stimmen ihn ab. Aus diesen Teilbedarfen mehrerer Betriebe lassen sich Arbeitsplätze, in der Regel Vollzeitarbeitsplätze, kombinieren. Die Beschäftigten werden erst dann beim Arbeitgeberzusammenschluss eingestellt, wenn die Stellen durch die Nachfrage der Mitgliedsbetriebe abgesichert sind. Für die flexibel in den Mitgliedsbetrieben eingesetzten Beschäftigten ist der Arbeitgeberzusammenschluss der alleinige Arbeitgeber.

1985 wurden die Arbeitgeberzusammenschlüsse in Frankreich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Ein Arbeitgeberzusammenschluss stellt für die Mitgliedsbetriebe gemäß ihrer zusätzlichen Bedarfe Arbeitskräfte ein, qualifiziert sie entsprechend den Anforderungen weiter und managt den Einsatz in den beteiligten Betrieben. In Frankreich existieren derzeit über 5.000 solcher Zusammenschlüsse, in denen ca. 39.000 Beschäftigte arbeiten.

### Vorteile für die Betriebe

Die gemeinsame Verantwortlichkeit der Betriebe für den Zusammenschluss und sein Personal ist ein wesentliches Merkmal von Arbeitgeberzusammenschlüssen. Die Betriebe werden von Personalmanagementaufgaben entlastet und sie haben eingearbeitete Fachkräfte für Teilbedarfe bzw. die Zeit ihres erhöhten Arbeitsaufkommens. Durch die gemeinsame Verantwortlichkeit, die Teilung des Beschäftigungsrisikos und die Sicherheit, dass für die Beschäftigten Einsatzbetriebe zur Verfügung stehen, kann der Zusammenschluss kostengünstig arbeiten, Fachkräfte binden, Kompetenzen entwickeln und den Beschäftigten eine hohe Arbeitsplatzsicherheit bieten.

Arbeitgeberzusammenschlüsse finanzieren sich in der Regel über einen prozentualen Aufschlag auf die von den Betrieben in Anspruch genommenen Arbeitsstunden. Größere Zusammenschlüsse werden von einem eigenen Management geleitet, bei kleineren übernimmt das Management üblicherweise ein Mitgliedsbetrieb.

Hauptaufgaben des Managements sind die Identifikation von Teilbedarfen der Betriebe, die Kombination dieser Nachfrage zu Arbeitsstellen für die Beschäftigten, das Management des Arbeitseinsatzes, die Personalentwicklung und -akquisition.

### Sicherung von Fachkräften

Viele kleinere Unternehmen schaffen gezwungenermaßen prekäre Arbeitsverhältnisse. Sie können für das von ihnen benötigte Personal bzw. für einen Teil des Personals das Beschäftigungsrisiko nicht tragen. Die Gründe dafür liegen in der oftmals unsicheren Situation des gesamten Unternehmens, in schwankenden Auftragslagen, saisonalen Schwankungen oder/und in unzureichenden finanziellen Ressourcen. Arbeitsplatzsicherheit, Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung, die Vielfalt und Qualität der Arbeit und eine gute Bezahlung sind jedoch ausschlaggebend für eine erfolgreiche Bindung von qualifizierten Fachkräften.

Für kleinere Unternehmen ergibt sich oft ein Teufelskreis: Eine prekäre Situation des Unternehmens hat unsichere Arbeitsverhältnisse zur Folge. Es sind kaum Ressourcen und Kompetenzen für eine perspektivische Personalentwicklung und -planung vorhanden. Investitionen in Aus- und Weiterbildung werden vernachlässigt. Zudem gelingt die Bindung und Entwicklung guter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur unvollständig, so dass sich die unsichere Situation des Unternehmens weiter verstärkt.

### Erster AGZ im Spreewald

In Deutschland entstand der erste AGZ 2005 im Spreewald in Brandenburg. Inzwischen haben sich dort 44 Betriebe zusammengeschlossen, die gemeinsam 72 Mitarbeiter beschäftigen. Landwirtschaftliche sowie weiterverarbeitende Betriebe sind dort genauso eingebunden wie Gastronomen, Transportunternehmen, Forstbetriebe, Handwerksbetriebe, Wasser- und Bodenverbände und Behörden. Bedingt durch die größeren Betriebsstrukturen und den stärkeren Fachkräftemangel sind AGZ in Ostdeutschland bereits weiter verbreitet als in Westdeutschland.

### Qualität der Arbeit

Arbeitgeberzusammenschlüsse können hier einen Ausweg und eine langfristige und auf Kontinuität angelegte Lösung bieten. Arbeitsverhältnisse werden dadurch nicht nur sicherer, auch die Attraktivität und Qualität der Arbeit kann sich durch Kombinationen, unterschiedliche Arbeitsumgebungen und gezielte Nutzung der vorhandenen Kompetenzen erhöhen. Die dadurch verstärkte Bindung von Personal macht Investitionen in Weiterbildung und Kompetenzentwicklung für die Betriebe lohnenswert. Sie ermöglicht das Herausbilden von Strukturen und Kompetenzen für eine abgestimmte Personalplanung und strategische Personalentwicklung.

Seit 2003 arbeitet eine Gruppe von »Pionieren« daran, die AGZ-Idee in Deutschland zu verbreiten und abgesicherte Rahmenbedingungen zu schaffen. Einen breiten Raum nahm dabei die Frage der adäquaten gesellschaftsrechtlichen Form des Zusammenschlusses ein. Ein erstes juristisches Gutachten kam zu dem Schluss, dass die in Frankreich übliche Form, der Verein, in Deutschland nicht in Frage kommt, da die Unternehmenskooperation einen wirtschaftlichen Zweck verfolgt.

### Genossenschaftliche Lösungen

Hier bot sich die Genossenschaft als den Zielen und Werten des Zusammenschlusses naheliegendste Form an: Der Ein- und Ausstieg für Mitglieder ist, verglichen z.B. mit der GmbH, relativ einfach, die Verbindlichkeit der Genossenschaftsmitglieder untereinander jedoch hoch. Die Philosophie der »Gemeinschaft auf Gegenseitigkeit« entspricht der der Arbeitgeberzusammenschlüsse: Auch hier geht es darum, zum gemeinsamen Nutzen die Ressourcen zu bündeln und keine Profite Einzelner auf Kosten der Anderen zuzulassen. Die Mitglieder der Gremien der Genossenschaft werden aus dem Kreis der Unternehmen rekrutiert, so dass die Nutznießer, die Unternehmen, gleichzeitig die strategische Steuerung und Ausrichtung der Genossenschaft in der Hand behalten.

In Deutschland gibt es mittlerweile sieben Arbeitgeberzusammenschlüsse und mehrere Initiativen zum Aufbau von AGZ. Es wurden Leitfäden zum Aufbau von AGZ entwickelt sowie juristische Gutachten zur Umsetzung erarbeitet, die interessierten Unternehmensnetzwerken und regionalen Wirtschaftsförderern eine gute Handreichung beim Aufbau eines AGZ bieten. Nach einer gründlichen Analyse des regionalen Wirtschaftsgeflechts und möglicher, vielleicht auch unkonventioneller, Arbeitsplatzkombinationen werden in einer Voruntersuchung die Bedarfe der Unternehmen analysiert und mögliche Arbeitsplatzkombinationen identifiziert.

### AGZ Schwerpunkt Metallverarbeitung

Im Oktober 2006 wurde der Arbeitgeberzusammenschluss (AGZ) Jena als Genossenschaft mit Namen »perfino eG« gegründet. Sie ist die erste Arbeitgeber-Genossenschaft zur Fachkräfteteilung nach der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes. Die Idee wurde in Jena im Rahmen eines Projektes »Coop+« geboren. Dort suchten die Verantwortlichen nach Wegen, über 50 -jährige Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Zwar kann sich der AGZ Jena in seiner Leistungspalette nicht auf über 50jährige beschränken. Er bietet aber Menschen dieser Altersgruppe verbesserte Bedingungen für den Einstieg in neue Arbeit. Schwerpunkte sind die Branchen Lebensmittelverarbeitung und Metallverarbeitung. Das Unternehmen hat mittlerweile seinen Sitz nach Erfurt verlegt (www.perfino.de)

### Praktische Hilfestellungen

Erst wenn diese Schritte erfolgversprechend abgeschlossen sind, wird der AGZ gegründet. Auch hierfür gibt es eine Reihe von praktischen Hilfestellungen, die z.T. mit dem Nord- und Mitteldeutschen Genossenschaftsverband zusammen erarbeitet wurden. Ein weiterer Band der Leitfäden befasst sich mit der Erstausbildung im AGZ sowie mit der Organisation von Weiterbildung für die Beschäftigten. (siehe hierzu: Spreewald-Forum eG).●

Weitere Informationen:
www.arbeitgeberzusammenschluesse.de oder
tamen. Entwicklungsbüro Arbeit und Umwelt GmbH, Feurigstrasse 54, 10827 Berlin, www.tamen.de

### AGZ Schwerpunkt Gaststättengewerbe

Anfang Juni 2011 fand in Bergen auf Rügen die Gründungsversammlung der AGZ Rügen eG statt. Gründungsunternehmen sind vorwiegend Unternehmen aus dem Tourismussektor mit Schwerpunkt Restaurant und Gaststätten. Zu Beginn wurden fünf Arbeitnehmer in der Genossenschaft angestellt. Geplant ist die AGZ Rügen eG auf zehn Mitarbeiter aufzubauen und weitere Mitgliedsunternehmen zu gewinnen. Der Zusammenschluss fungiert als Sprachrohr »seiner« Mitgliedsunternehmen gegenüber den Institutionen und Akteuren aus Politik und Wirtschaft. Beispielsweise engagiert sich die AGZ Rügen eG in vielen Projekten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist Mitglied im »Lokalen Bündnis für Familie«. Die Ansiedlung von Fachkräften mit ihren Familien in der Region und deren Einbindung in die Mitgliedsunternehmen stellt eine wesentliche Zielsetzung der AGZ Rügen eG dar. Mehr Informationen: www.agz-ruegen.de

INTERNATIONALES JAHR DER GENOSSENSCHAFTEN

# Streit über unterschiedliche Werte

**Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt. Hintergrund:
Die internationale Gemeinschaft soll daran erinnert werden, dass Genossenschaften es möglich machen, zugleich nachhaltig zu wirtschaften und sozial verantwortlich zu handeln. Der Slogan der Vereinten Nationen dazu lautet »Genossenschaften bauen eine bessere Welt.«**

**Von Burghard Flieger, Red, Genossenschaften** ● Zum Internationalen Jahr der Genossenschaften wurde von der ICA, International Co-opeative Alliance, mit Sitz in Genf ergänzend ein Logo kreiert. Es soll an die Definition von Genossenschaften als autonome Zusammenschlüsse von Personen erinnern, die sich freiwillig ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Wünsche erfüllen auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums und demokratisch kontrollierten Unternehmen.

### Eine bessere Welt

In dem Logo sind sieben Personen abgebildet mit einem Würfel. Dieser symbolisiert die verschiedenen Projekte Ziele und Bestrebungen, auf die genossenschaftliche Unternehmen aufbauen. Die Figuren stehen stellvertretend für die sieben Prinzipien der genossenschaftlichen Bewegung: freiwillige und offene Mitgliedschaft, demokratische Kontrolle der Mitglieder, wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder, Autonomie und Unabhängigkeit, Bildung, Ausbildung und Information, Kooperation mit anderen Genossenschaften und die Sorge für die Gemeinschaft. Das Logo verdeutlicht, diese sieben Prinzipien wirken zusammen, damit Genossenschaftsmitglieder, die Ziele und Wünsche, die sie durch individuelle Anstrengungen nicht hinbekommen würden, doch erreichen.

Die genossenschaftlichen Verbände in Deutschland haben das Motto der Vereinten Nationen nicht aufgegriffen. Sie führen eine eigene Kampagne durch, mit dem Slogan »Ein Gewinn für alle – Die Genossenschaften«. Unter diesem Motto sollen laut dem DGRV, dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband, die Genossenschaften den Menschen in Deutschland ihre Leistungsfähigkeit als moderne Wirtschaftsform präsentieren. Als Grundwerte werden in der Kampagne vor allem Aspekte wie Regionalität, Partizipation, Gemeinschaft, Verantwortung und Vielfalt als wichtige Merkmale der Genossenschaften betont. Weitere Informationen dazu unter: www.genossenschaften.de

Unabhängig von diesem offensichtlichen Streit um die richtigen Werte zwischen dem größten deutschen Zusammenschluss von Genossenschaften und der Internationalen Allianz der Genossenschaftsverbände: Das Internationale Jahr der Genossenschaften 2012 bietet jeder Genossenschaft einen idealen Rahmen, um sich vor Ort gemeinsam mit anderen Genossenschaften zu präsentieren. Sie sollten es auf jeden Fall nutzen.●

GENOSSENSCHAFTLICHE MITARBEITERTEILUNG

# Arbeitskräfte (auf Abruf) nach Bedarf

**Stetiges Wachstum und voranschreitende Spezialisierung stellen viele landwirtschaftliche Familienbetriebe vor ein Problem: Sie schaffen die Arbeit auf Dauer mit den familiären Arbeitskräften nicht mehr. Zuverlässige und dauerhafte Teilzeitkräfte sind jedoch rar. Deshalb entstand die Idee, die Situation mit Arbeitgeberzusammenschlüssen zu verbessern. Der »AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG« in Nordrhein-Westfalen ist das erste realisierte Beispiel hierfür in Westdeutschland.**

**Von Rita Leßmann-Kind, Red. Genossenschaften** ● Im Frühjahr 2009 gründete sich der erste und bisher einzige landwirtschaftliche Arbeitgeberzusammenschluss in Westdeutschland – der »AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG« in Nordrhein-Westfalen. Bei einer Umfrage des Arbeitgeberverbandes der Westfälisch-Lippischen Land- und Forstwirtschaft e.V. (WLAV) unter seinen Mitgliedsbetrieben meldeten viele ihren Bedarf an Teilzeitkräften. Dies war der Startschuss für das Projekt. 2008 bis 2010 gab es zunächst eine Anschubfinanzierung aus Landesmitteln und dem Europäischen Sozialfond in Höhe von 162.000 Euro; bis 2012 wurde eine Folgeförderung in Höhe von 130.000 Euro bewilligt. Ziel des AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG ist es, ab Mai 2012 ohne Fördermittel wirtschaften zu können. Dafür müssen jedoch mindestens 20 Mitarbeiter in Vollzeit beschäftigt sein oder zusätzliche Teilzeitarbeitskräfte eingestellt werden.

### Offene Mitgliedschaft

Heute beschäftigen 45 landwirtschaftliche Unternehmen im AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG gemeinsam acht Mitarbeiter. Hierfür haben sie zusammen mit dem Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband e.V. (WLV) sowie dem Arbeitgeberverband der Westfälisch-Lippischen Land- und Forstwirtschaft e.V. (WLAV) und den Betriebshilfsdiensten Lippstadt-Soest und Ruhr-Lippe eine eingetragene landwirtschaftliche Genossenschaft gegründet. Der Genossenschaftsgedanke entspricht dem Wesen von Arbeitgeberzusammenschlüssen, da die Betriebe die Verantwortung für die Mitarbeiter, das finanzielle Risiko und die wirtschaftlichen und geschäftlichen Vorteile gemeinsam tragen. Dem AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG kann jedes Unternehmen beitreten. Der Geschäftsanteil beträgt 1.000 Euro. Damit ist das Unternehmen berechtigt, Arbeitskräfte des AGZ einzusetzen.

### Planbare Stundenkontingente

Für die Betriebe hat diese Kooperation den Vorteil, dass sie dauerhaft verlässliche Arbeitskräfte haben, die – einmal eingearbeitet – die anfallenden Arbeiten selbstständig und zuverlässig erledigen. Dazu Landwirtin Birgit Backs aus Lünen: »Ich bewirtschafte einen Ackerbau-Betrieb mit 160 Sauen und Schweinemast in Lünen. Mein Ehemann arbeitet außerbetrieblich. Deshalb beschäftige ich seit fünf Jahren einen Mitarbeiter in Teilzeit. An einzelnen Tagen wird es dennoch schwierig, alle anstehenden Arbeiten zu erledigen. Daher habe ich mich für die Beschäftigung eines AGZ-Mitarbeiters entschieden. Er kommt an einem festgelegten Tag pro Woche. In Absprache mit den anderen Betrieben, in denen er arbeitet, kann dieser Tag auch variieren. Für mich bedeutet das eine gute Arbeitsentlastung. Ich nutze die gewonnene Zeit zur Erledigung der Büroarbeit – und für meine Familie.«

Die Mitarbeiter sind bei der Genossenschaft angestellt und arbeiten ausschließlich in den Mitgliedsunternehmen – immer in der Nähe ihres Wohnortes. Sie müssen jedoch mobil sein und sich auf unterschiedliche Arbeitssituationen einstellen können. Betriebsleiter melden ihren Bedarf an Mitarbeitern dem AGZ. Der analysiert daraufhin, welche Qualifikation der Mitarbeiter braucht, ob es eine Fachkraft sein muss oder ob jemand angelernt werden kann. Der Bedarf der Unternehmen ist ganz unterschiedlich: Er kann in einem bestimmten Wochenrhythmus (zum Beispiel in Sauenbetrieben) oder regelmäßig an einem festgelegten Tag, mehreren Tagen pro Woche oder saisonal anfallen. Spezialkräfte können – zum Beispiel für die Büroarbeit – auch für nur wenige Tage im Jahr eingesetzt werden.

Jeder Betrieb verpflichtet sich, ein festgelegtes Stundenkontingent abzunehmen. Alle Aufgaben des Personalmanagements übernimmt das AGZ. Dazu gehören die Auswahl und Einstellung der Mitarbeiter, die Gestaltung der Einsatzplanung, Urlaubsregelungen, Krankheitsvertretungen, Lohnabrechnung, die Gestaltung der Arbeitsverträge etc. Die Mitgliedsbetriebe bezahlen dem AGZ nach Rechnung monatlich die Löhne inklusive Nebenkosten (Arbeitgebersozialabgaben, Pauschale für Urlaub, Feiertage, Krankheit, Ausfallzeiten und Weiterbildung) der abgerufenen Stunden sowie einen Aufschlag für das AGZ-Management. Die Bezahlung der Mitarbeiter richtet sich nach deren Qualifikation und wird dem landwirtschaftlichen Tarif angelehnt.

Anzeige

### Schwieriger Start

Aktuell beschäftigt der AGZ drei landwirtschaftliche Helfer in Vollzeit (30-38 Stunden), zwei Landwirte in Teilzeit sowie zwei Agrarbürofachfrauen und eine Hauswirtschaftshilfe in Form geringfügiger Beschäftigung. Bisher konnte sich das Projekt nicht so entwickeln, wie ursprünglich geplant (15 Mitarbeiter bis Ende 2010). Die Gründe hierfür sind vielfältig:

1. Diese neue Art der Mitarbeiterbeschäftigung muss zunächst bekannt gemacht werden – und dann muss es in den Köpfen der Betriebsleiter auch »ankommen«. Viele Betriebsleiter können sich nicht vorstellen, dass es funktioniert und warten zunächst ab, wie die Entwicklung vonstatten geht.
2. Der überwiegende Teil der Betriebe in Lippe nutzt steuerlich die Umsatzsteuerpauschalierung. Die Einstellung eines eigenen Mitarbeiters ist umsatzsteuerfrei, die Beschäftigung eines Mitarbeiters im AGZ ist steuerpflichtig. Somit erhöhen sich die Personalkosten zusätzlich um 19%.
3. Der Start des AGZ lief parallel mit dem Beginn der Wirtschaftskrise in 2009, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sanken auf ein historisches Tief in allen Produktionsbereichen und kein Landwirt gab Geld zusätzlich für Personal aus.
4. Es ist auch schwierig, passende Mitarbeiter zu finden, da auch sie diese Form der Beschäftigung nicht kennen und zunächst mit Zeitarbeit gleichsetzen.

### Bürokratische Regulierung

Arbeitskräfte zwischen verschiedenen Betrieben zu teilen, ist in Deutschland eindeutig geregelt. Entweder muss jeder Betrieb mit seinem Mitarbeiter einen Teilzeitvertrag vereinbaren, in dem Einsatzumfang, Urlaubsregelung usw. festgelegt sind. Problematisch ist in dieser Konstellation, dass der Mitarbeiter eine zweite und dritte Steuerkarte vorlegen muss. Oder ein Betrieb stellt den Mitarbeiter voll ein und verleiht diesen an die Berufskollegen. Hierbei handelt es sich jedoch ebenfalls um gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, die anzeigepflichtig und mit einem hohen bürokratischen und finanziellen Aufwand verbunden ist und – wie oben bereits erwähnt – der Umsatzsteuerpflicht unterliegt.●

**Weitere Informationen:**
AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG, Nottebohmweg 13, 59494 Soest, www.arbeitgeberzusammenschluss.de

WEITERBILDUNG

# Von den Konzepten erfolgreicher Visionäre profitieren! Zusatzqualifikation »Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume«

**»Regionalentwicklung« und »Agenda21« waren in ganz Deutschland bisher rar gesät. So wurde Neuland betreten, als die Hochschule München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften gemeinsam mit dem »Strascheg Center for Entrepreneurship« (SCE) und der Gemeinwohl-Genossenschaft »RegioSTAR eG« im Frühjahr 2011 mit dem Zertifikatsprogramm »Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume« eine Qualifizierung startete. Zentraler Schwerpunkt ist die Lebendigkeit und zukunftsfähige Entwicklung der (Alpen-)Region und von Gemeinden.**

**Von Von Franz Galler, Red. Genossenschaften** ● In der Qualifizierung »Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume« mit einem umfangreichen Modul zum Thema Genossenschaften beleuchteten die TeilnehmerInnen wichtige Themen und Probleme der Gegenwart aus der »Nachhaltigkeitsperspektive«. Sie stehen kurz vor ihrem Abschluss und geben dem Pionier-Kurs Bestnoten. Hervorgehoben wurde in deren Feedback die aktuelle Zusammenstellung der Themen, gelehrt von engagierten Dozenten in der zum Kurs passenden ländlichen Umgebung des Berchtesgadener Landes.

### Reizvolles landschaftliches Umfeld

»Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sich Herausforderungen wie Klimawandel, Finanzkrise und demografischer Wandel im ländlichen Raum nur durch neue sozialökonomische Ansätze lösen lassen. In einem sehr gut organisierten Zertifikatsstudiengang vermitteln hierzu hochkompetente Dozenten aus ganz Deutschland kompaktes Grundlagenwissen. Ein lernfreundliches landschaftlich reizvolles Umfeld beflügelt das praxisnahe Lernen aus innovativen Lösungsmodellen. Besser gehts kaum«, so lautet das Resümee von Stefan Schulte, Ökologe, Regionalmanager und Mitbegründer der Grünen, der an dem ersten Kurs teilnimmt.

Nun soll der nach dem neuen Bologna-Prozess (lebenslanges Lernen) an sechs Wochenenden durchgeführte Zertifikatskurs mit dem Sommersemester 2012 in die zweite Runde starten. In den Basis- und Fachmodulen geht es darum, sich für eigene Projekte weiterzubilden: Die TeilnehmerInnen erhalten in einem Theorie-Praxis-Dialog ein wissenschaftliches Fundament an Wissen, lernen bereits erfolgreiche Lösungsansätze kennen und treten mit »Leitfiguren« aus Wirtschaft, Politik, Initiativen und Wissenschaft in Austausch.

Die TeilnehmerInnen des ersten Kurses »Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume« sind mit ihrer Zusatzausbildung sehr zufrieden

### Erarbeiten eigener Konzepte

Im Rahmen des Kurses haben die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, eigene Projekte und Konzepte zu erarbeiten, Ideen zu professionalisieren und erfolgreich umzusetzen. Nicht nur für die TeilnehmerInnen, sondern auch für Unternehmen oder Gemeinden stellt dies eine besondere Chance dar. Sie können so die Entwicklung der Heimat anhand der vorhandenen Potenziale aktiv mitgestalten. Innovativ ist auch die Lernform: Heterogene kleine Gruppen schaffen Lern-Freude in einem Netzwerk aus sehr unterschiedlichen MultiplikatorInnen.

Die wissenschaftlichen Grundlagen der Lehre setzen sich aus verschiedenen Disziplinen zusammen und haben starken Praxisbezug durch erfolgreiche Best-Practice-Beispiele. Für den Folgekurs konnten erneut erfahrene Personen aus Wissenschaft und Praxis gewonnen werden. Das staatliche Hochschul-Zertifikat bietet auch Berufstätigen ohne Erst-Studium eine Teilnahmemöglichkeit und ist mit 20 ECTS-Punkten für Bachelor oder Master dotiert. Die projektorientierte Abschlussarbeit konzentriert sich auf eines der vier Fachmodule »Energieautarke Gemeinde«, »Genossenschaften für nachhaltige Entwicklung«, »Geld für nachhaltige Entwicklung«, »Organisation ländlicher Infrastruktur«.

### Breites Zielspektrum

Für wen ist der Zertifikatskurs besonders interessant?

- MultiplikatorInnen gelebter Nachhaltigkeit aus Initiativen, Vereinen, Verbänden, Politik, Kirche und Wirtschaft;
- an Regionalität und Nachhaltigkeit orientierte mittelständische Unternehmen und inhabergeführte Kleinunternehmen (KMUs);
- RegionalentwicklerInnen;
- bürgerschaftlich Engagierte, Ehrenamtliche – Professionalisierung;
- Berufstätige in Kommunalverwaltungen mit/ohne Erststudium;
- Selbständige, HandwerksmeisterInnen bzw. deren LebenspartnerIn;
- Regiogeld-Initiativen, Tauschring-Initiativen;
- StudentInnen.

Obwohl für die grenzüberschreitende Alpenregion konzipiert, ist eine Teilnahme darüber hinaus jederzeit möglich. Die TeilnehmerInnen des Start-Kurses haben ein Alter zwischen 25 und 60 Jahren und kommen aus drei Ländern. Das Programm wurde als berufsbegleitende Qualifikation auch für Berufstätige ohne Erststudium konzipiert und erstreckt sich über ein Jahr. Eine Förderung der Ausbildung durch 500 EUR Weiterbildungsprämie in Deutschland ist möglich. Als Anmeldefrist steht der **15. Februar 2012**.●

**Weitere Informationen und Anmeldung unter**
www.nachhaltige-region.de, per email an info@nachhaltige-region.de oder unter Tel-Nr. (0 86 54) 4 69 98 beim Büro für nachhaltige Regionalentwicklung, Goldschmiedgasse 2, 83395 Freilassin.

### Das Subjekt der Euthanasie

Euthanasie? Das ist doch diese schreckliche und menschenverachtende Variante der Bevölkerungspolitik, die schließlich im Nationalsozialismus zur radikalen Vernichtung so genannten lebensunwerten Lebens in Krankenhäusern, Psychiatrien und Behinderteneinrichtungen führte. Und was hat das mit Sterbehilfe zu tun? Dem Wunsch von Menschen nachzukommen, die sterben wollen, bevor ihnen die Apparatemedizin das Leben künstlich verlängert, hat doch keinen bevölkerungspolitischen Hintergrund, ist doch nicht von staatlichen Programmen angeleitet und folgt doch nur dem freien, autonomen Willen des Einzelnen.

Wie nah sich diese beiden Vorstellungen von Leben sind, verdeutlicht Christoph Schneider in seinem Buch »Das Subjekt der Euthanasie«. Er greift dabei zum einen die kritischen Debatten der Krüppelbewegung und des Feminismus der 1980er Jahre über die Renaissance von Defintionsversuchen »lebensunwerten« Lebens durch humangenetische Beratung, Gen- und Reproduktionstechnologien sowie Sterbehilfe wieder auf und aktualisiert sie zugleich angesichts der Privatisierung sozialer Risiken und des instrumentellen Zugriffs auf den vermeintlich freien Willen des Einzelnen. Die »Neo-Eugenik« von heute kommt »von unten«, wird »von der Frau und dem Mann auf der Straße getragen, ausgeübt und verbreitet«, so Schneider. Sie wird geformt durch die massenmediale Skandalisierung des Pflegenotstands – freilich ohne Behebung der angekreideten Missstände, durch die gesellschaftliche Ausgrenzung von Kranken und Behinderten und durch die Aufgabe des Solidarprinzips in der Gesundheitsvorsorge. Der freie Wille wird zur Mogelpackung: Die Entscheidung für oder gegen die Geburt eines Kindes mit Behinderung, die Unterschrift unter eine Patientenverfügung, die den eigenen Tod planen soll – all das sind individuelle Schritte, die ohne die Diskurse, denen sie entspringen, nicht zu verstehen sind. Und eben diese Diskurse, ihre Bilder, ihre Metaphern, die Suggestivität ihrer Folgerungen, erzeugen einen Handlungsdruck, dem sich der Einzelne nur schwerlich entziehen kann.

Schneider prägt den Begriff der modernen Euthanasie. Er beobachtet in der von ihm untersuchten Literatur, dass sich »einflussreiche Diskurse des frühen 20. Jahrhunderts, historische Umbrüche, die NS-Vernichtungspolitik, der Versuch ihrer Bewältigung und das heute dominante liberale Subjektverständnis kreuzen«. Die Stärke seines Zugangs liegt in seiner Breite wie seiner theoretischen Fundierung. Von den Anfängen der so genannten Sozialhygiene zu Beginn des letzten Jahrhunderts über die Massenmordpraxis im Nationalsozialismus bis zu den heutigen Vorstellungen vom »guten« Leben ohne Behinderung, Krankheit und Abhängigkeit – ohne jedoch die Monstrosität der NS-Vernichtungspolitik in Abrede zu stellen – spürt Schneider der Energie und Emphase nach, die in diesem Diskurs liegt. Seine Kritik an der gängigen Definition der NS-»Euthanasie« – dass sie mit dem, was historisch davor und danach passiert ist, nichts zu tun habe – zielt darauf ab, sich die Begründung genauer anzuschauen, warum immer wieder Versuche unternommen werden, Leben, das nicht lebenswert sei, zu definieren. Zwischen den Grundlagentexten der letzten hundert Jahre besteht, wie sich bei genauem Hinsehen zeigt, gar kein so großer Unterschied.

Besonders ist zudem auch der methodische Zugriff Schneiders: »Die Überwältigungsrhetorik samt ihrer typischen Argumentationsfiguren muss als Text angegangen werden, um über die Nähe zum sprachlichen Material eine Distanz zu ihren Effekten zu erzeugen«. Ohne Verständnis für die Kraft der Metaphern, die Suggestivität der Folgerungen und Affektivität der Bilder in den Diskursen über das Leben und was es lebenswert macht – oder auch nicht – gelingt die Durchdringung des Materials nicht.

Eine der zentralen Thesen Schneiders, die einer genauen und umfangreichen historischen Rekonstruktion der Euthanasiedebatte entspringt, ist, dass das selbstbestimmte Verlangen nach dem Tod und die Verfügung über Nichteinwilligungsfähige argumentativ eng beieinander liegen. Schneider beschäftigt sich mit der programmatischen Euthanasieschrift von Karl Binding und Alfred Hoche, die schon 1920 die zentralen Argumente der Eugeniker zusammenfasst und zugleich den Übergang zur NS-Vernichtungspolitik darstellt. Zentrales Argument ist damals wie heute die Biologisierung des Sozialen: Es ist viel von der Verantwortung in Kenntnis der eigenen Erbanlagen, individuellen Risiken und Autonomie die Rede, aber wenig davon, dass der Umgang mit Krankheit und Behinderung gesellschaftlich geformt ist und Leid gerade auch durch Ausgrenzung und Zuschreibung entsteht. Das bürgerliche Subjekt muss sich der Angriffe auf seine letztlich brüchige Autonomie erwehren, damit sein Selbstbild nicht vollends zerfällt.

Die heutige Abgrenzung zur NS-Euthanasie versucht eine Tradition zu konstituieren, die es nie gegeben hat: »eine rechtlich geregelte, von souveränen Staatsbürgern anzufordernde Sterbehilfe, ohne jeden bevölkerungspolitischen Einschlag und ohne vorausgegangenes Werturteil.« Schneider legt den Widerspruch der Sterbehilfedebatte offen. Zum einen wird immer wieder betont, dass jeder eine persönliche Entscheidung treffe, aber gleichzeitig suchen die Akteure dieser Debatte – die »Wohltäter-Mafia«, wie das die Krüppelbewegung einmal nannte – immer wieder nach Kriterien, nach denen bestimmt werden soll, was lebensunwertes Leben sei. Der Text zeichnet sich dadurch aus, dass er zugleich eine historische Rekonstruktion der Euthanasie-Begründung liefert und durch seine Zuspitzung auf heutige Verhältnisse in aktuelle politische Debatten interveniert. Es bleibt zu hoffen, dass das Buch einer überfälligen kritischen Auseinandersetzung mit der Neo-Eugenik neuen Antrieb verschafft.●

Gottfried Oy

**Christoph Schneider:** Das Subjekt der Euthanasie. Transformationen einer tödlichen Praxis. Verlag Westfälisches Dampfboot 2011. 244 Seiten, 29,90 EUR

### Kreuzberger Szenen

Wenn Touristen – nicht umsonst dem Wort Terroristen zum Verwechseln ähnlich – Kreuzberg hören, denken sie wohl eher an das alte SO36, aber der etwas gesittetere Teil Kreuzbergs, nämlich das ehemalige Berlin 61, zudem auch der Grafe-Kiez gehört, ist der Wohn-Raum des Ex-Krimi-Autors, Essayisten, Verlegers und Flaneurs Klaus Bittermann. Mit seinen »Kreuzberger Szenen«, ca. 80 Beiträge auf nunmehr 191 Seiten, liegt eine Buchausgabe von Kolumnen vor, die zuvor in der »taz« oder in der »junge Welt« veröffentlicht wurden. Da ich beide Blätter nicht lese habe ich Glück gehabt.

»Trink Dein Bier und halt die Fresse.« tönt es, und ich wundere mich, wie ein eingemeindeter Franke hier zum BVB-Fan geworden ist. Nun, Hertha BSC ist wirklich nur was für blinde Lokalpatrioten, und die Tatsache, dass es im umliegenden Brandenburg Bayern München-Fanclubs gibt, liegt eigentlich auf der Hand – die größten Verlierer beten die Gewinner an. Aber gut... Und wenn Bittermann mal Hells Angels sehen will, muss er schon ins spießige Charlottenburg fahren, aber sonst ist im Graefe-Kiez alles wunderbar.

Die Gentrifidingsbums nimmt er nicht ernst. Für ihn ist sie erstmal »nett und freundlich«, aber wenn erstmal Fup, der jüngste Sprößling der Bittermänner (Bittermanns?) in die Schule kommt und statt der Nachhilfe nur noch Begabtenförderung angeboten wird, dann kommt es wohl auch bei ihm an. Und dann ist es wohl für die Protagonisten seiner Szenen vorbei. Sie werden weg sein, und alles ist ruhig, eben und glatt. Aus der Punkerkneipe wird die exklusive Sushibar, aus Edeka ein Möbeldesign-Geschäft usw. Der alte Boris Karloff-Nachbar – für den jetzt die »nette und freundliche« Gentrifizierung eingezogen ist – soll 20 Jahre lang mit ihm kaum geredet haben. Die Gentrifizierung wird das wohl auch nicht, zu sehr sind sie damit beschäftigt, ihre Kinder vor dem Tennis noch kurz zum Musikunterricht zu fahren usw.

Egal. Es ist sein Blick auf seine Nachbarschaft. Und nebenbei erfahren wir einiges über des Verlegers Familie (dem BioLehrer-Bruder, den beiden Kindern und dem großen Regulativ, der Lebensgefährtin). Und wir erfahren von Welt- und stadtbekannten Bekanntschaften – die Bemerkung mit Thomas Gottschalk zur Schule gegangen zu sein, wirkt etwas prahlerisch – und den vielen kleinen Begegnungen. Aber eigentlich nichts typisch Kreuzbergerisches. Gibt es das überhaupt? Das originäre liegt darin, dass es den Kiez und die besagten Personen gibt, aber irgendwie gibt es die in (fast) jeder Großstadt: die physisch und psychisch Gestörten, die Muffeligen, die Dummen, die Anger, die Schwätzer, die Bekloppten, die Säufer, die Nervbolzen. Die Netten sind rar. Aber hoffentlich nur aus dem Grund, weil Klaus Bittermann für seine Texte die ersteren interessanter findet.

Der Titel ist heute prekär angepasst. Früher hieß dies: Keene Haare am Sack, aber'n Kamm in der Tasche. Damit waren überwiegend Jugendliche gemeint mit überschwenglichen Modebewusstsein. Aber das waren eben auch andere Zeiten, da gab es solche Begriffe wie Kiez und Szene noch nicht. Und die durchaus klugen und witzigen Beobachtungen des Flaneurs Bittermann sind wahrscheinlich in nicht all zu langer Zeit auch nur noch Bilder einer längst vergangenen Epoche. Aber schön, dass das mal einer festgehalten hat.

Nee, die Berliner sind nun mal so: da gibt es nischt zu meckern – d.h. alles ist gut. Aber der verberlinerte Bittermann hat auch seinen Abstand zu den Berlinern, wenn sie mal nicht freundlich sind, und ansonsten gibt es noch den gemeinsamen Feind – den Tourist. Es ist eben typisch berlinerisch – wie ich es nun mal bin – erstmal was meckern, aber nein, das Buch ist lesenswert. Es ist eine phantastische Lektüre für neben das Bett, oder neben dem Ruheplatz. Zur Entspannung – und das meine ich nicht ironisch – lässt sich immer gerne ein oder zwei der Szenen lesen, die im Schnitt ja gerade mal 1-2 Seiten umfassen, in einem altengerechten Schriftbild (auch nicht ironisch gemeint). Und ein paar Bilder sind auch noch dazwischen. Also ganz im Ernst: das Buch ist empfehlens- und liebenswert. Sehr schön.●

Jochen Knoblauch

**Klaus Bittermann;** Möbel zu Hause, aber kein Geld für Alkohol. Kreuzberger Szenen. Edition Tiamat Berlin 2011 / mit einigen Abb. 191 Seiten, 14 EUR

### Mädelsache!

Frauen sind nicht unbedingt das, was man gemeinhin mit der Neonazi-Szene assoziiert. Gerade dies hat die beiden ausgewiesenen Rechtsextremismus-Experten Andrea Röpke und Andreas Speit dazu bewogen, ihr Augenmerk auf dieses Phänomen zu richten. Denn weibliche Neonazis treten in der bisher männerdominierten Bewegung immer häufiger und zunehmend selbstbewusster auf. Dass sich viele im Zusammenhang mit dieser Szene immer noch aggressive, Springerstiefel tragende, männliche Glatzköpfe vorstellen, erleichtert es den nicht weniger radikal eingestellten Frauen, ihr Umfeld zu unterwandern. Die zahlreichen Fakten, Namen und Ereignisse, die das Autorenduo schildert, wirken anfangs etwas erschlagend, verdichten sich aber beim Lesen zu einem vielgestaltigen Gesamtbild. So wird von Neonazistinnen berichtet, die als Heilpraktikerinnen arbeiten, von ehemaligen Skingirls, die inzwischen als mehrfache Mütter in die völkische Bewegung eingetaucht sind, von alten Damen, deren Weltbild noch im 3. Reich geprägt wurde oder von autonomen Nationalistinnen mit gefärbten Haaren und Piercings. In einem Kapitel wird in dem im März 2011 herausgegebenen Buch auch eine »Beate Z.« aus der Thüringischen Kameradschaftsszene aufgeführt, die mit zwei Verbündeten in den Untergrund abgetaucht sei. Einige Monate nach Erscheinen des Werkes hat diese inzwischen traurige Berühmtheit erlangt, nachdem sie sich als Teil der »Zwickauer Terrorzelle« der Polizei gestellt hatte.●

Uwe Ciesla

**Andrea Röpke/Andreas Speit:** Mädelsache – Frauen in der Neonazi-Szene. Ch.Links-Verlag, 248 S., 16,90 EUR

### Weibliche Ikonen

Wo und wer sind unsere weiblichen revolutionären Ikonen? Aus dieser Frage entstand die Idee zum Buch »Revolutionäre Frauen – Biografien und Stencils«. Das Buch porträtiert dreißig Aktivistinnen, Feministinnen, Freiheitskämpferinnen sowie Visionärinnen der letzten 150 Jahre.

Während Bilder und Stencils von Che Guevara und anderen Widerständlern häufig ikonisiert werden, gibt es kaum weibliche revolutionäre Ikonen. Die sieben Autorinnen, die »Queen of the Neighbourhood Collective« bilden, beschlossen vor diesem Hintergrund ein Buch über revolutionäre Frauen zu schreiben und die Sammlung durch Stencils zu ergänzen. Dabei betrachtet das Frauenkollektiv die Revolutionärinnen unter einem satirischen Aspekt: Die ikonenhaften Darstellungen der Frauen werden im Che-Guevara-Stil überzeichnet dargestellt.

Das Buch stellt eine bunte internationale Sammlung von Biografien dar. »Queen of the Neighbourhood Collective« porträtiert unterschiedlichste Typen von Revolutionärinnen, bekannt aus den Mainstream-Medien. So finden sich Anarchistinnen neben Ökofeministinnen, Bildungsaktivistinnen, antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und Terroristinnen wieder. Beschrieben werden unter anderem Harriet Tubman, Hannie Schaft und Rosa Luxemburg. Die Tatsache, dass Brigitte Mohnhaupt als » revolutionäre Ikone« vorgestellt wird, ist kritisch zu betrachten. Ziel der Autorinnen ist es jedoch, starke, idealistische Frauen, die impulsgebend für revolutionäre Veränderungen waren, ins Gedächtnis zu holen.

In gewisser Hinsicht basiert das 128 Seiten umfassende Buch auf einer Grundlage des Feminismus, indem Frauen in einer von Männern dominierten Umgebung sichtbar gemacht werden sollen.

Alles in allem ein beeindruckendes Buch über Frauen, die impulsgebend für Veränderungen waren.●

Sandra Peters

**Queen of the neighbourhood Collective:** Revolutionäre Frauen-Biografien und Stencils; edition assemblage 1. Auflage, September 2011, Deutsche Erstausgabe; 128 Seiten, 30 Abbildungen, ISBN 978-3-942885-05-8; 12,80 EUR

### Rampensäue und Funkfanatiker

Fast jeder zweite Student hat sich einen Teil seines Studiums als Taxifahrer finanziert. Viele Chauffeure hätten sicher viel zu berichten über ungewöhnliche Touren und nächtliche Passagiere. Ein Taxi-Fahrer aus Hannover, Thorsten Amrhein, hat seine Erlebnisse festgehalten. Sie sind kürzlich im zu Klampen Verlag als Buch erschienen.

Amrhein hat vielfältige Personen befördert: spendable Geschäftsleute, knauserige Geister, gut gelaunte Touristen, verschlossene Typen, anziehende Frauen oder stark alkoholisierte Schluckspechte. Ausgedehnte Wartephasen nutzt er für philosophische Studien und schriftstellerische Arbeiten.

Seine abwechslungsreichen Erlebnisse und Taxifahrerweisheiten schildert der diplomierte Bauingenieur in klarer und präziser Sprache. Es geht um die Probleme, eingeschlafene Fahrgäste nach Fahrtende wieder wach zu bekommen, Aussicht auf Trinkgelder, Fahrgäste mit morbiden Gerüchen, festgefahrene Fahrzeuge, quälenden Harndrang, Einladungen von Bordellbesitzern, lange Überlandfahrten und eindeutige Angebote attraktiver Frauen.

Seine Kollegen unterteilt Amrhein in Rampensäue und Funkfanatiker. Rampensäue sind ängstliche Fahrer, die meist auf Nummer sicher gehen. Sie reihen sich gern in die Schlange vor Bahnhöfen, Flughäfen oder Großveranstaltungen ein und bekommen in zuverlässiger Regelmäßigkeit ihre Passagiere. Der Nachteil sind ihre langen Wartezeiten.

Funkfanatiker stellen sich gern an Halteplätzen, an denen hauptsächlich Aufträge per Funk vergeben werden. Unter ihnen gibt es unterschiedliche Typen: die Einen präferieren einige wenige Haltepunkte, die Anderen stellen sich an jeden freien Taxistand an dem sie gerade vorbeikommen. Die Funkfanatiker sind risikobereit. Gelegentlich warten sie stundenlang vergeblich auf einen Auftrag, dafür haben sie an anderen Tagen deutlich kürzere Wartezeiten als die Rampensäue und bringen es auf mehr Fahrten als ihre Kollegen. »Rampensäue und Funkfanatiker halten sich gegenseitig für doof«, meint Amrhein.

Ein kurzweiliger Lesespaß, der sich vor allem an Kolleginnen und Kollegen und Taxi-Kunden richtet. Während langer Wartezeiten lässt sich gut in den Episoden schmökern.●

Kai Böhne

Thorsten Amrhein: Nacht Taxi, 192 Seiten, Preis: 9,95 EUR, zu Klampen Verlag, Springe, ISBN 978-3-86674-089-1

Anzeige

Anzeige

## PROJEKTE

**Die Finkenburg**, ein selbstverwaltetes Wohnprojekt bei Bremen, sucht Menschen mit Interesse an kollektivem ökologischem Leben auf dem Lande.
**Infos:**
www.contraste.org/Kommunen.
**Kontakt:** ☎(0 42 04) 689 80 03 oder finkenburg@verden-info.de

Ich heiße Silke, bin 28. Im Sommer 2013 beende ich meine Ausbildung zur Hauswirtschafterin. Ich möchte fragen, ob es eine Kommune gibt, die eine HWin gebrauchen kann. Z.B. für ein Cafe, Gästehaus, Küche. Gerne würde ich meine Arbeit mit dem Leben in einer Kommune verbinden. Gerne auch vegane Projekte.
Meine e-mail:
adresse:silke.boah@gmx.de
Oder ☎(01 52) 08 21 61 11 (bitte auf mailbox sprechen).

**GESCHICHTE (N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:**
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83
**Kontakt:** WOLF.WAGNER@ROCK.com

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Lysander Spooner
Kein Lanedesverrat...
62 Seiten, 5,- €uro
Voltairine de Cleyre
Anarchismus
36 Seiten, 3,-€uro
Uwe Timm: Gesammelte Schriften
288 Seiten, 18,50 €uro
www.espero-versand.net
Oder im Buchhandel

## IM EMAIL-POSTFACH

**Betr: CONTRASTE Nr. 327**

Liebe Elisabeth, ich habe mit großem Interesse deinen Artikel »Die Vielfalt ökonomischer Alternativen« in der Dezember-Ausgabe gelesen. Dies finde ich wirklich eine gelungene und übersichtliche Typologie vieler Initiativen in diesem Bereich. Eine kleine Randanmerkung zum Text: das im Artikel erwähnte Prout-Treffen hat nicht »bei Cecosesola« stattgefunden, sondern Cecosesola hat mit vielen anderen an einem Treffen teilgenommen, das Prout im August in Caracas organisiert hat. Da es sich von der Thematik her um Solidarische Ökonomie handelte, haben einige unserer compañeras und compañeros dort über Cecosesola berichtet.
Prout selbst ist ja – wie schon der Name aussagt (»Progressive Utilization Theory«) – im Unterschied zu Cecosesola mehr ein theoretisches Unterfangen, ihre Praxis liegt im spirituellen Bereich. Auch eine Nähe zur Share-Initiative ist bei Cecosesola nicht gegeben, es geht uns ja gerade um den Abbau von autoritären und hierarchisch geprägten Organisationsformen.

Elisabeth, ganz liebe Grüße
Georg (Cecosesola/Barquisimeto)

## IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
**Herausgeber** ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
**Spendenkonto**: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

**CONTRASTE** wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
**CONTRASTE** ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

**Redaktionen :**
**06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www.ricardabuch.de, E-Mail: mail@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / 60389 **Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich**: **AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

**Fachredaktionen :**
**Genossenschaften: 79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

**V.I.S.D.P.**: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
**Eigenverlag**; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
**Anzeigenverwaltung**: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
**Herstellung**:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
**Bildredaktion**: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
**Druck**: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm
E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

## KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
**Kosten**: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
**Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
**Chiffregebühren**: 5 EUR
**Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
**Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!**
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
**Termin**: jeweils zum **15. des Monats**

**Einsenden an:**
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

## SCHNIPSEL

## ALTERNATIVE ÖKONOMIE

### NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!**
**Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
**Termin:** 11.-13.5.2012

**»When I'm 64«**
**Altersvorsorge – selbstverwaltet**

Dies ist ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten.
**Gibt es Alternativen?**
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung (z.B. Wertpapiere, Eigentumswohnung) verglichen.
Das komplexe Thema »Altersvorsorge« wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
**Termin:** 23.3.-25.3.2012
**Information & Anmeldung:**
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
kommune-niederkaufungen.de

**Gemeinsame Gemeinsame Ökonomie**
Wir laden Dich ein, mit uns ein Modell zu entwickeln, wie sich Finanzkoops, Kommunen und ähnliche solidarische Wirtschaftsformen finanziell zu einer großen Gemeinsamen Ökonomie vernetzen können (GemÖk²).
Diese Idee ist auf einem Vernetzungstreffen der Finanzkoops im Oktober in Kassel entstanden. Wir versprechen uns von einer GemÖk mehr Sicherheit, Stabilität und Durchlässigkeit unter den ökonomischen Gruppen, möchten aber eine zu hohe Komplexität an Regeln und sozialen Beziehungen vermeiden. Wenn Du Lust hast, diese aufregende Idee weiter voranzutreiben, freuen wir uns auf Dein Kommen. Wichtig ist uns, dass Du als TeilnehmerIn entweder selbst in einer Form der Gemeinsamen Ökonomie lebst oder damit bereits länger Erfahrungen gesammelt hast. Bei unserem Treffen Mitte Februar werden wir die Projektentwicklungsgruppe GemÖk² bilden. Ein späterer Quereinstieg wird dann vorerst nur noch durch Patenschaft einer TeilnehmerIn möglich sein, damit die Kontinuität der Weiterentwicklung gewährleistet werden kann.
**Termin:** 10.-12.2.2011,
in Kirchvers bei Gießen
**Weitere Infos und Anmeldung:**
info@gemeinsame-oekonomie.de

## SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

### BRD

**Forum Solidarische Ökonomie**
**Kultur der Kooperation**

Auf dem Forum können Akteure der Solidarischen Ökonomie, Sozialen Ökonomie, Alternativen Ökonomie, Gemeinwesenökonomie / Community Economy, Peoples Economy etc. zusammenkommen, um Erfahrungsaustausch zu organisieren und einen möglichen dauerhaften Vernetzungszusammenschluss über das Forum hinaus zu etablieren. So könnten z.B. Organisationen und Aktivitäten im Bereich der Solidarischen Ökonomie bekannter werden, durch Kooperation Ressourcen geteilt werden und bessere politische Rahmenbedingungen für die gemeinsamen Aktivitäten erstritten werden.

Das Forum dient als öffentlicher Auftakt zur Bildung eines Netzwerks Solidarische Ökonomie. In vielen Ländern existieren bereits solche Netzwerke. Auch hierzulande benötigen wir einen breiten Zusammenschluss von solidarischen Betrieben und Projekten, KonsumentInnen und bereits bestehenden Vernetzungs- und Unterstützungsorganisationen. Dann können wir die vorhandenen Strukturen besser nutzen und ergänzen, uns mehr Gehör verschaffen und die Rahmenbedingungen für eine Solidarische Ökonomie verbessern. Es gilt eine Ökonomie bekannt zu machen und vorzubereiten, die sich an Partizipation und Transparenz, Kooperation statt Konkurrenz sowie Bedürfnissen statt Gewinnen orientiert.
**Termin:** 2.-4.3.2012, Kassel
solidarische-oekonomie.de

**2012: Internationales Jahr der Genossenschaften**
Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2012 zum »Internationalen Jahr der Genossenschaften« erklärt. Sie wollen damit den Beitrag der Genossenschaften zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung würdigen, insbesondere ihren Einfluss auf die Reduzierung von Armut, die Schaffung von Beschäftigung und soziale Integration.
social.un.org/coopsyear
**21.-23. März 2012**, Berlin:
Internationale Konferenz »Cooperative Responses To Global Challenges«
https://www.coopsyear.hu-berlin.de

### ÖSTERREICH

**Neuer Kongress 2013**

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
**Newsletter oder Mailingliste über:**
sol-oek-2008@web.de
**Mehr:** solidarische-oekonomie.at

**2. Winter School**
**»Solidarische Ökonomie«**

Immer mehr Menschen interessieren sich für ein Wirtschaften, das auf Gleichheit, Partizipation und Solidarität beruht, das die Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und dem Profitstreben eine Absage erteilt. Vielfältige Beispiele – von Gemeinschaftsgärten und Kostnixläden über Transition Towns bis hin zu Kooperativen und besetzten Betrieben – zeigen: »Ökonomien von unten« bieten eine Alternative zu Staatsplanung und Kapitalverwertung. Es ist jedoch noch viel zu tun, um Solidarische Ökonomie zu einer tragfähigen Perspektive zum Kapitalismus und seiner Krise zu entwickeln.

Die »Winter School Solidarische Ökonomie« lädt Euch und Sie in diesem Sinn zum 2. Mal zu Beiträgen in entspannter und doch intensiver Atmosphäre ein. Workshops und Diskussionsrunden sollen der Vernetzung von AktivistInnen, dem Erfahrungsaustausch und der Planung von Projekten dienen. Daneben wird es viel Gelegenheit zu lockerem Beisammensein und Entspannung geben.
Um Interessensbekundungen und Ideen zu Workshops, Diskussionsrunden oder Filmscreenings für die Winter School 2012 wird gebeten, ebenso um Voranmeldungen für die Teilnahme.
**Kontakt:** krisu@riseup.net
**Termin:** 17.2.-19.2.2012
**Ort:** Volxhaus Villach
**Veranstalter:**
Kritische & Solidarische Universität
krisu.noblogs.org
und ÖIE Kärnten
kaernoel.at/oeie

## ANTIFASCHISMUS

**Dresden Nazifrei 2012**
*Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist*

Aller guten Dinge sind drei. Auch dieses Jahr soll der Aufmarsch der extremen Rechten in Dresden verhindert werden. In den vergangenen zwei Jahren ist es gelungen, die Nazis zu blockieren. Bei der Vorbereitung auf den Februar 2012 hat sich wieder ein großes Bündnis von Parteien und Gewerkschaften bis zur Antifa gebildet, das dazu aufruft, zu »blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist«. In einem Mobilisierungsvideo erklären Aktive, warum sie nach Dresden fahren und warum sich die Bewegung nicht von Strafanzeigen und Handyüberwachung einschüchtern lässt. Am 13. Februar beginnen die Aktionen gegen den Naziaufmarsch mit einem Täterspuren-Mahngang.
Initiative Dresden Nazifrei:
www.dresden-nazifrei.com
Aktion und Mobilisierungsvideo in
http://bewegung.taz.de/aktionen/
dresden-nazifrei-2012/beschreibung

## BUKO

**Portugal:**
**Neoliberale Krisenbewältigung und soziale Kämpfe**
*Veranstaltungsreihe mit Ismail Küpeli im März 2012*

In Europa zeigt sich die gegenwärtige Krise des Kapitalismus am deutlichsten an der südlichen Peripherie. Die durch die Europäische Union und den IWF vorgegebene neoliberale »Krisenbewältigung« erzeugt hier weiterhin deutlichen Widerstand. Während in der deutschen Presse die Proteste und Streiks in Griechenland und Spanien Erwähnung finden, ist Portugal vielfach höchstens eine Randnotiz wert.
Ismail Küpeli (aktiv in der BUKO) wird vom **10.-16. März 2012** über die neoliberale »Krisenbewältigung« und die wachsenden sozialen Proteste in Portugal berichten.
10./11.3: Berlin, 12.3.: Hannover, 13.3.: Jena, 14.3.: München, 15.3.: Tübingen, 16.3.: Erlangen.
**Weitere Infos:**
http://kuepeli.blogsport.de/kuepeli.
blogsport.de

**Lokal, glokal, utopistisch**
**– Wirtschaft für die Welt von morgen**

Angesichts der weltweiten Krisenerscheinungen sind immer mehr Menschen davon überzeugt, dass das herkömmliche Wohlstandsmodell, das auf Wirtschaftswachstum basiert, keine Zukunft hat, und dass sowohl im globalen Norden als auch im Süden grundlegend mit der Produktions-, Konsumtions- sowie überhaupt mit der Lebensweise, die sich am Ideal des homo oeconomicus orientiert, gebrochen werden muss. In der politischen Rhetorik werden die Auswüchse des Wachstums zwar gegeißelt; der Verzicht auf »Wachstum« steht in der praktischen Politik jedoch nicht auf der Agenda.
Die Diskussion ist dabei alles andere als neu: Im globalen Süden wird seit längerem unter dem Begriff »Postdevelopment« Kritik am westlichen Entwicklungsmodell geäußert, und unter dem Stichwort »buen vivir« werden in den letzten Jahren Alternativen diskutiert, in deren Mittelpunkt Aspekte wie Lebensqualität und eine Ökologisierung aller Lebensbereiche stehen. Aber auch in der BUKO selbst war die (etwas ironisch so genannte) »Abwicklung des Nordens« Mitte der 1990er Jahre ein stark diskutierter Begriff – angestoßen übrigens durch feministisch-internationalistische Konzepte. Im Vergleich dazu erscheinen die heute in der Öffentlichkeit diskutierten Postwachstumskonzepte eher halbherzig, während jedoch die praktischen Ansätze, die hinter den jüngsten Begriffen wie »Klimasolidarität« oder »commonsbasierte Peerproduktion« stehen, den Überlegungen von damals gerecht werden könnten.
In dem Seminar wollen wir uns im ersten Teil einen Überblick über all diese verschiedenen Debatten und Konzepte verschaffen und Beispiele der konkreten Praxis kennenlernen. Daran anschließend ist Zeit für gemeinsame Überlegungen, was wie überzeugend klingt. Im Mittelpunkt steht dabei, wie politische Veränderungen gedacht und gemacht werden können – und was dies für eine internationalistische bzw. transnationalistische Bewegung im Norden bedeuten könnte.
**Termin:** 13.-15.4.2012
**Ort:** Tagungshaus Wernsdorf bei Berlin
**Anmeldung:** mail@buko.info

**Saatgut-Souveränität ist das Ziel**
**– wie kommen wir dorthin?**

Saatgut ist unverzichtbares Ausgangsmaterial für die Nahrungsmittelproduktion. Die Souveränität von LandwirtInnen und GärtnerInnen über Saatgut, »Seedsovereignty« ist die Grundlage für Ernährungssouveränität. Doch der Bereich steht unter Privatisierungs- und Monopolisierungsdruck durch die Saatgutkonzerne. Gesetze schränken selbst das Tauschen und Verschenken von Saatgut ein. Viele Sorten verschwinden durch die Fokussierung auf wenige Sorten bei den Anbaumethoden der industriellen Landwirtschaft.

Aktuell ist die EU dabei, die Saatgutgesetze und die Sortenschutzgesetzgebung industriefreundlich zu überarbeiten. Verschärfungen zum Nachteil der LandwirtInnen und GärtnerInnen drohen. Dazu kommen jährlich Hunderte von Patentierungen. Andererseits gelten Samen durch die alte Praxis des Tauschens und Weitergebens als eines der »ursprünglichsten« Allgemeingüter, eine wichtige Grundlage für die Autonomie von »Saatgut-NutzerInnen«. Deshalb finden wir es wichtig, sich praktisch und politisch in den »Umgang mit Saatgut auf allen Ebenen« einzumischen.

Und das kann Erfolg haben! Wenige Tage nach unseren Protesten im April 2011 in Brüssel hat die EU eine große Befragung gestartet, im EU-Parlament hat ein Hearing zur Saatgutpolitik stattgefunden – und immerhin scheint die EU noch keinen Plan vorlegen zu können, wie die geplanten Verschärfungen durchgesetzt werden können. Die Sensibilisierung für das Saatgut-Thema kann und soll auf allen Ebenen weitergehen! Auch für 2012 sind an vielen Orten in Europa Aktionen zum Saatgut geplant. Unsere Proteste und Aktionen haben schon mitgeholfen, öffentliches Interesse zu schaffen, so dass EU-Parlament und EU-Kommission sich anders damit beschäftigen müssten – der Druck soll aufrechterhalten werden!

Das Seminar wollen wir nutzen, um Ideen für praktische Handlungs- und Einflussmöglichkeiten zu suchen, zu planen und Schritte für die Umsetzung unserer gemeinsam entwickelten Pläne zu verabreden und uns gegenseitig zu unterstützen. Eingeladen sind aktive, saatgutinteressierte Menschen – oder solche, die es werden wollen!

Wir freuen uns auf ein kreatives und spannendes Wochenende mit euch!
**Termin:** 17.-19.2.2012
**Ort:** Escherode (bei Kassel)
**Anmeldung:**
info@saatgutkampagne.org
**Info:** www.saatgutkampagne.org

## FORTBILDUNG

**Controlling mit Excel**
Soll und Ist vergleichen, Abweichungen analysieren Quartalsübersichten, Soll-/Ist-Vergleich, Einnahmen-/Überschussrechnung: Das alles lässt sich mit ein paar Fertigkeiten gut aus Excel-Tabellen basteln. Es ermöglicht Ihnen Ihr Projekt zu planen, zu analysieren und zu steuern. Durch Soll-/Ist-Vergleiche in den einzelnen Bereichen (G+V, Bilanz, Kapitalflussrechnung/Liquidität) werden gezielt Abweichungen analysiert. Im Rahmen der Vorschaurechnung (Forecasting) können Sie auch das Jahresergebnis hochrechnen.
**Referentin:** Inge Pfeffer
**Preis:** 349 Euro
**Termin:** 24.-26.2.2012

**Sprechertraining**
*Frei reden vor Gruppe, Mikrofon und Kamera*
Das beste Argument, einer Rede zu folgen, ist der Redende selbst. In diesem Seminar geht es nicht nur darum, reden zu lernen. Es zeigt auch denjenigen, die viel reden müssen, wie sie ihre Wirkung überprüfen und verbessern. Ziel des Seminars ist nicht das Aufsagen oder Ablesen, sondern jeder Satz vor der Gruppe sollte im Idealfall in dem Moment entstehen, in dem ich ihn spreche.
Jede/r Teilnehmer/in bekommt eine professionelle Rückmeldung über die Art, wie er oder sie sich in der Öffentlichkeit darstellt.
**Methoden:** Präsentation, moderiertes Gespräch, bei Bedarf: Arbeit mit der Videokamera.
**Referent:** Michael Rossié
**Preis:** 179 Euro
**Termin:** 25.2.2012
**Information & Anmeldung:**
journalistenakademie.de

## BUH E.V.

**Reisegewerbe von A bis Z**
Auch ohne Meisterbrief kann man sich im Handwerk selbständig machen – z.B. im Reisegewerbe. Hier dürfen (fast) alle Handwerke – ohne Eintragung in die Handwerksrolle und ohne Meisterbrief – ausgeübt werden!
Wir informieren Euch im Seminar
- wie Ihr ein Reisegewerbe gründet;
- wie Ihr genügend Kunden bekommt und wo man sie findet;
- was Ihr bei der Auftragsanbahnung unbedingt beachten müsst;
- wie man im Reisegewerbe richtig wirbt und
- wie die Gewerbeordnung kreativ ausgelegt werden kann.

**Termin:** 24.-25.2.2012, Verden (Aller)

**Buchhaltung für HandwerkerInnen**
**– leicht gemacht!**
Buchhaltung ist keine Geheimwissenschaft. Und nicht jedes Unternehmen bzw. jeder Betrieb ist zu einer umfangreichen Buchführung verpflichtet. Dieses Seminar soll helfen, die Buchführung selbst zu erledigen oder einen besseren Einblick zu bekommen, um die Ausführung der eigenen Buchhaltung durch Dritte besser kontrollieren zu können.
Wir informieren Euch im Seminar über
- Aufbau und Funktion der Buchführung;
- Gesetzliche Grundlagen (kurzer Überblick);
- den Umgang mit dem Finanzamt;
- Methoden der Buchführung und Umgang damit anhand von Beispielen;
- Belegbearbeitung und Ordnersystem, Erstellen der Einnahme-Überschuss-Rechnung, Kennenlernen der Formulare für das Finanzamt, Aufbau einer betriebswirtschaftlichen Auswertung;

und und und.
**Termin:** 25.-26-2.2012, Verden (Aller)

**Referenten:**
Jonas Kuckuk, Reisegewerbetreibender
Manfred Loose, Unternehmensberater
**Veranstalter:**
Berufsverband unabhängiger HandwerkerInnen – BUH e.V.
**Mehr Infos und Anmeldung unter:**
www.buhev.de
oder ☎ (0 42 31) 95 66 79

## WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm


CONTRASTE

**JETZT ABONNIEREN:** **Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.**

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

**Zahlungsweise** (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

**Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.**

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

**Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.**


## SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

**Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn**
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg